Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2/Nr.3 April 1977



Die Slowenen in Kärnten

Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen!

Politisches Kommunique des 13. Palästinensischen Nationalrates

KB

Kommunistischer
Bund
Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt:

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, 1070 Wien, Halbgasse 12. Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.
Erscheinungsort: Wien Verlagspostamt: 1070

Die Slowenen in Kärnten

Vorbemerkung

In dieser Nummer des Kommunist erscheint ein Artikel über die geschichtliche Entwicklung der Kärntner Slowenen bis in die Zwischenkriegszeit. Diese Untersuchung soll in den nächsten Nummern durch die Beleuchtung der weiteren Entwicklung bis hin zur gegenwärtigen Situation fortgesetzt werden.

In den letzten Monaten wurde die chauvinistische Hetze gegen die Minderheiten, wurde die Entrechtung der Minderheiten von seiten des österreichischen Staates gewaltsam vorangetrieben. Die Entrechtung der Minderheiten fand ihren vorläufigen Höhepunkt in der Minderheitenfeststellung vom 14. November sowie der Installierung des reaktionären Volksgruppengesetzes durch den Parlamentsbeschluß vom 7. Juli 1976.

Der Kommunistische Bund Österreichs hat sich seit seinem Bestehen, wie schon seine Vorläuferorganisationen an der Bewegung für die Rechte der Minderheiten und im letzten Herbst am erfolgreichen Boykott der Minderheitenfeststellung beteiligt. Durch diesen Boykott erlitt die Regierung eine schwere Niederlage. Aber damit ist der Kampf für die Rechte der Minderheiten keineswegs beendet. Im Gegenteil. Heute ist es notwendiger denn je, unter den Massen Kenntnisse über die tatsächliche Lage der Minderheiten zu verbreiten, um im Kampf für die Rechte der Minderheiten voranzukommen. Dazu aber ist ein tieferes Verständnis sowohl der historischen als auch der gegenwärtigen Lage der Minderheiten vonnöten.

Wenn wir in unserer Untersuchung einen breiten Raum der geschichtlichen Entwicklung gewidmet haben, so taten wir dies unter der Überlegung, daß nur eine solche Darstellung in der Lage sein wird, den Lügen und Verdrehungen sowie den Verfälschungen der historischen Tatsachen, wie wir sie heute tagtäglich in der Presse der Bourgeoisie finden, entgegenzutreten.

Man kann den heute in der Minderheitenfrage angehäuften politischen und sozialen Sprengstoff nur verstehen, wenn man die Geschichte der Unterdrückung der Völker und Nationen kennt, eine Geschichte, die vom Kampf der Arbeiterklasse um Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus unzertrennlich ist.

I. Einleitung

Das Entstehen der Nationen in der neueren geschichtlichen Bedeutung ist mit einer bestimmten Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft verbunden.

„Die Nation ist nicht einfach eine historische Kategorie sondern eine historische Kategorie einer bestimmten Epoche, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Der Prozeß der Liquidierung des Feudalismus und der Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig ein Prozeß des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen. So geschah es z.B. in Westeuropa: Die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener usw. haben sich zu Nationen zusammengeschlossen unter dem siegreichen Vormarsch des Kapitalismus, der über die feudale Zersplitterung triumphierte.“ (1)

Im Westen vollzog sich der Konstituierungsprozeß der Nationen hauptsächlich im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolutioner durch die Bildung einheitlicher und zentralisierter Nationalstaaten. Anders aber verlief die Entwicklung im Osten.

(1) J.W. Stalin: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Verlag Rote Fahne 1976, S. 37
Im weiteren siehe zur nat. Frage:
Edvard Kardelji: Die Vierteilung, Nationale Frage der Slowenen, Europa Verlag 1971
Friedrich Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Marx-Engels-Werke, Band 8
Boris Kidrič: Izbrano delo, O slovenski nacionalni kulturi in moralni stvarnosti, Ljubljana 1972
(Ausgewählte Werke, Über die slowenische nationale Kultur und moralische Wirklichkeit)

Die Entwicklung im Osten

Wollen wir die Spezifität der nationalen Frage bei den Slowenen untersuchen, müssen wir auf den Nationswerdungsprozeß im Osten (Rußland, Österreich-Ungarn), in diesen Rahmen ja der nationale Entwicklungsprozeß der Slowenen vor sich ging, eingehen.

Im Osten Europas ging die Entwicklung zur Nation einen langsameren und schwierigeren Weg. Hier hatten die absolutistischen Feudalstaaten eine hohe Stufe der Zentralisierung erreicht, und zwar unter anderen Bedingungen als im Westen. Auf Grund der Rückständigkeit trat hier die Bourgeoisie als starker politischer Faktor erst zu einem Zeitpunkt auf den Plan, als sie sich von ihren ehemaligen revolutionären Parolen schon loszusagen begann. Der Feudalismus wurde hier nicht durch siegreiche revolutionäre Umstürze zerstört, sondern zerbröckelte allmählich durch Kompromisse mit der Bourgeoisie der herrschenden Nation, zu welchen er durch den revolutionären Druck von unten getrieben wurde. So entstanden die administrativ zentralisierten multinationalen Imperien, die mehr oder weniger auch den Interessen der Bourgeoisie der herrschenden Nation entsprachen. Hier nützte die Bourgeoisie den Zentralismus der absoluten Monarchie zur Stärkung ihrer eigenen hegemonistischen Stellung im Vielvölker-Imperium aus. Das kam in Österreich und in Rußland umso deutlicher zum Ausdruck, als die hegemonistischen Nationen dieser Staaten gleichzeitig zu den wirtschaftlich und kulturell am höchsten entwickelten gehörten, wobei ihre Bourgeoisie eine ganze Reihe von Vorteilen gegenüber der Bourgeoisie der rückständigeren Nationen genoß. Die Bourgeoisie der höher entwickelten Herrschernation hatte sich schon starke Stützpunkte erkämpft, während die unterjochten rückständigen Nationen eher unter dem Einfluß reaktionärer feudalabsolutistischer gesellschaftlicher Faktoren standen. Deshalb war der Druck auf die unterjochten Nationen nicht nur außerordentlich stark, sondern auch erfolgreich; er behinderte merklich ihre ökonomische und politische Entwicklung, damit aber auch das Entstehen selbständiger Nationalstaaten.

Die langsame Entwicklung in Osteuropa hatte für die nationale Frage in zweierlei Hinsicht negative Folgen. Die Stabilisierung des zentralisierten Vielvölker-Imperiums wurde zu einem großen Hindernis für die Verselbständigung der unterjochten Völker, das System der nationalen Unterdrückung selbst aber verlängerte wieder dem Feudalsystem das Leben. Die deutsch-österreichische Bourgeoisie der Herrschernation stützte sich auf die ökonomische Überlegenheit des Kapitalismus und benützte die ökonomische und politische Krise des Feudalsystems, um ihren Einfluß auf den Staatsapparat der Monarchie zu stärken, einzelne Schlüsselpositionen in ihm einzunehmen und ihrem Interesse entsprechend zu lenken. Gleichzeitig aber behielt sie vom alten System, was ihren Bestrebungen nützte. In diese Kategorie fiel vor allem der Zentralismus, der von der Bourgeoisie nicht nur übernommen, sondern - im Kampf gegen die partikularistischen Tendenzen des noch immer starken Feudalsystems auf der einen und gegen das Proletariat auf der anderen Seite - sogar noch gefestigt und weiterentwickelt wurde.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen zur historischen Entwicklung der nationalen Frage, ihrer beiden Erscheinungsformen, können wir nun zu jener Epoche der Entwicklung der Slowenen übergehen, die allgemein als die Epoche des Nationalismus, des aufsteigenden Kapitalismus, bezeichnet wird, nämlich das 19. Jahrhundert.

II. Die Slowenen und das Revolutionsjahr 1848

In der österreich-ungarischen Monarchie reifte die bürgerlich-demokratische Revolution zweimal: Erstmals als der Kapitalismus in seinem vollen Aufblühen war und als solcher die Liquidierung der feudalen und absolutistischen Beziehungen forderte. Diese Entwicklung kulminiert im Jahre 1848. Zweitens, als der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium trat. Diese Entwicklung kulminierte Ende des 1.-Weltkrieges mit dem Zerfall der österreich-ungarischen Monarchie. (4)

(4) B. Kidrič, S. 8 ff. Siehe dazu auch: Die österreichische Arbeiterbewegung vom 1. Weltkrieg bis 1927, S. 15 ff
Janko Pleterski: Gospodarski faktorji narodnega in političnega usmerjanja kmečkega prebivalstva na Slovenskem Koroškem v letih 1848 - 1914. v.: Razprave in gradivo,

TIROL
KÄRNTEN
STEIERMARK
GRAZ
SPITAL
HERMAGOR ŠMOHOR
VILLACH BELJAK
KLAGENFURT CELOVEC
MARIBOR
PTUJ
VENETIEN
ITALIEN
KRANJ
CELJE
KRAIN
LJUBLJANA
UNGARN
TRST TRIEST
PIRAN
ISTRIEN
REKA
KROATIEN

SLOVENISCHES TERRITORIUM 1849

Österreichische Staatsgrenze
Grenze des slovenischen Territoriums
Grenze der Kronländer



Die Sprachenermittlungen der Volkszählungen in der Monarchie zeigen, daß jene des Jahres 1846 noch am ehesten der Wirklichkeit entsprachen. Das Kriterium der Sprachenermittlung war bis zum Jahre 1910 die Umgangssprache. Demnach lebten 1846 in Kärnten 95.544 oder 30 % Slowenen und 223.033 oder 70 % Deutschsprachige. In Klagenfurt/Celovec selbst waren von 12.054 ständigen Bewohnern 7.678 oder 63,7 % Slowenen.

Die Bevölkerung war fast ausschließlich agrarisch tätig. Ausnahmen bilden das Gebiet westlich von Villach/Beljak, das Gailtal/Ziljska dolina, wo das Fuhrwerksgetriebe verbreitet war.

Jedoch unterscheidet sich die Rolle des Bürgertums in beiden Revolutionen. Verließ sie zur Zeit der ersten Revolution die revolutionären Ziele und wandelte auf dem Weg der faulen Kompromisse mit den feudalen und dynastischen Kräften, so stand sie zur Zeit der zweiten Revolution von allem Anfang an auf der anderen Seite der Barrikaden.

Endete die erste Revolution also mit einem feudal-bürgerlichen Kompromiß, so haben wir es bei der zweiten mit Resten eines nicht vollendeten bürgerlich-demokratischen Umsturzes zu tun.

Kennzeichnend für die Unvollendetheit der bürgerlich-demokratischen Revolution in der Monarchie waren vor allem zwei Probleme: die Agrarfrage und die nationale Frage (5).

Die Bodenentlastung des Jahres 1854 löste das Agrarproblem nur halb aus den feudalen Verhältnissen. Sie öffnete nur den Weg der kapitalistischen Ausbeutung des bäuerlichen Bodens und des bäuerlichen Menschen, während große Teile des fruchtbaren Bodens, der Weiden und Wälder in den Händen des Adels blieben. Teilweise wurden daraus kapitalistische Großgrundbesitzer, teilweise aber wurden die halbfeudalen Beziehungen mit den Bauern aufrechterhalten. Das Vordringen des Kapitalismus ins Dorf, die Verschuldung der bäuerlichen Bevölkerung sowie die Ausbeutung des dörflichen Proletariats bzw. der Saisonarbeiter war noch mit Resten der feudalen Beziehungen verbunden. Dies wurde vor allem am Ende des 1. Weltkrieges bedeutsam, als breiteste Bauernmassen mit aller Kraft gegen diese Beziehungen revoltierten und die Besitzungen der Großgrundbesitzer forderderten. (6)

Die nationale Frage veränderte in der österreich-ungarischen Monarchie dreimal ihren Charakter:

Erstmals um das Jahr 1848, als bereits das nationale Bewußtsein den absolutistischen Staat in Frage stellte. Dieses Bewußtsein war bei den meisten slawischen Völkern auf Grund ihrer ökonomischen Unterentwickeltheit schwach und konnte somit keine entscheidende Rolle spielen. Die slowenische Nation war im Jahre 1848 noch nicht konstituiert. Vor allem ein wesentliches Merkmal der historischen Kategorie Nation, nämlich die wirtschaftliche Verbundenheit und als ideologischer Ausdruck das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl fehlte. Der Handel war noch kein moderner kapitalistischer Handel, der von einem expansiven Mittelpunkt mit der Erschließung eines inneren Marktes ausgegangen wäre, sondern er war im wesentlichen eine Transitverbindung zwischen den österreichischen Wirtschaftszentren und dem Meer sowie Italien.

Auch die spärliche Industrie war bezüglich Konzentration und innerer Ausstattung keineswegs in der Lage, den inneren Markt zu erschließen.

Diesen unreifen ökonomischen Verhältnissen des Jahres 1848 entsprachen auch unreife gesellschaftliche Strukturen. Ein modernes Industriebürgertum mit seinem Gegensatz Proletariat hat es im Jahre 1848 bei den Slowenen nicht gegeben. (8) Die Ansätze der nationalen Bewegung aber wurden vor allem von der Intelligenz unter dem Einfluß der europäischen nationalen Strömungen getragen. (9)

Ljubljana 1963.

• (Die wirtschaftlichen Faktoren der nationalen und politischen Orientierung der bäuerlichen Bevölkerung in Slowenisch-Kärnten in den Jahren 1848 - 1914, in: Razprave in gradivo, Ljubljana 1963

(5) B.Kidrič, S.9

(6) ebenda; siehe auch: Janko Pleterski

(8) ebenda, Seite 10

(9) In Kärnten selber aber hat die spezifische Bodenverteilung aus der Zeit des Feudalismus zwei Haupttypen der Eigentumsformen entstehen lassen. Hier handelt es sich um das Pachtrecht sowie das Erbrecht. Diese beiden Eigentumsformen haben für den Typus der Landwirtschaft, für die Größe der Bauernhöfe sowie für das kulturelle Niveau und die politische Orientierung der bäuerlichen Bevölkerung weitreichende Folgen.

Das Besitzrecht der Bauern spaltete sich im 14.Jahrhundert in ein Pachtrecht und ein Erbrecht. Es handelt sich hier um eine Besonderheit Kärntens, zumal in den Nachbarländern Salzburg und Tirol sich das Erbrecht insgesamt durchsetzte. In Kärnten aber blieb das Pachtrecht fast ausschließlich auf dem slowenischen Territorium bestehen, während sich im deutschen Gebiet, im nördlichen Kärnten, das Erbrecht durchsetzte. Als Grund dafür führt Pleterski die äußerst große Zersplitterung der Besitztümer sowie die Tatsache, daß die feudalen Grundbesitzer eine große Anzahl unfreier Bevölkerung zur Verfügung hatten, an.

Der Hauptunterschied zwischen diesen beiden Eigentumsformen liegt darin, daß das Pachtrecht die Übernahme eines Hofes auf eine bestimmte Zeit (anfänglich auf unbestimmte Zeit, später auf die Dauer eines Jahres und in den letzten Phasen auf eine Lebensdauer des Pächters) garantierte, während das Erbrecht sicherstellte, daß der Hof im Besitz einer Familie blieb. Es ist einleuchtend, daß dieses Erbrecht Bedingungen schuf, in der die Akkumulation einer Reihe von Generationen einer Familie die Möglichkeit der Entstehung großer und starker Landwirtschaften ermöglichte. Diese Entwicklung führte dazu, daß vor allem im nördlichen Kärnten, d.h. im deutschen Teil Kärntens, große Höfe entstehen konnten, während der Prozentsatz an solchen in Südkärnten geringer ist.

Die allgemeinen Bedingungen für das Wachstum eines heimischen verbürgerlichten, auf seine bäuerliche Herkunft gebundenen kapitalistischen Elements sind im slowenischen Teil des Landes schwieriger als im deutschen Teil Kärntens.

In der weiteren Entwicklung verlief der Kapitalismus in relativ ruhigen Bahnen der Kompromisse, die vom österreich-deutschen bzw. ungarischen Bürgertum mit dem Hause Habsburg geschlossen wurden. Die nationale Frage war jetzt in ihrem Wesen vor allem ein *Konkurrenzkampf* (10) zwischen dem österreichischen Bürgertum, das das entwickeltste und stärkste war, und den verspäteten andersnationalen Bourgeoisien oder, wie bei den unterentwickeltsten, z.B. den Slowenen, ihren kleinbürgerlichen Ansätzen.

Qualitative Veränderungen bahnen sich mit dem Krieg Österreichs gegen Preußen und Italien im Jahre 1866 an, der nicht nur den Verlust Venetiens bringt, sondern auch Österreich auf der europäischen Bühne auf die zweite Stelle zurückdrängt. (11) Die Niederlage brachte Österreich in große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten. Es sah sich vom gerüsteten Preußen mit den übrigen kleinen deutschen Vasallenstaaten, vom jungen Italien und dem zaristischen Rußland umzingelt. Wenn es diesen Panzer durchbrechen wollte, mußte es seine inneren Verhältnisse ordnen. Da es sich hiebei um die nationalen Bewegungen der Ungarn und der Slawen handelte, entschlossen sich die deutsch-österreichischen Kreise auf ein Übereinkommen (12) mit den Ungarn auf Kosten der Slawen. Den Polen wurde etwas Autonomie gewährt - sie bekamen die Macht über die Ukrainer in Galizien - und den Kroaten wurden die Serben überlassen. So wurden die Polen von den Deutschen im Zaum gehalten, die Ukrainer von den Polen, die Kroaten und Serben von den Ungarn, die Serben von den Kroaten; ganz nach der Regel: teile und herrsche. Der Dualismus bedeutete für die Slowenen einen Umbruch. (13) Er zwang die Volksmassen zu stärkerer politischer Aktivität; der zunehmende Zentralismus, der wirtschaftliche Druck des deutschen Kapitals sowie die Steuerausplünderung und andere Abgaben riefen einen stärkeren Widerstand hervor. Ihr politischer Kampf nahm neue Formen und eine neue Schärfe an. Auf diesem Boden erwuchsen die großen Volksversammlungen, die im ganzen slowenischen Gebiet Zehntausende Menschen mobilisierten. Schon dieser Zufluß von Bauernmassen bewies, daß die slowenische Frage vor einer neuen Etappe stand. In diesen Volksversammlungen wurde wieder die Forderung nach dem Vereinigten Slowenien (14) laut. Hunderttausende Bauern setzten all ihre Wünsche und Hoffnungen auf diese Losung und gaben ihr ihren demokratischen und revolutionären Inhalt wieder. Diese radikale Linie aber konnte die slowenische liberale Bourgeoisie nicht durchhalten. Der Liberalismus verlor insgesamt seine fortschrittliche Rolle mit der Pariser Kommune 1871, als das liberale und monarchistisch-reaktionäre Europa alle Kräfte anspannen mußte, um das heilige Privateigentum zu erhalten. (15)

Mit dem deutsch-französischen Krieg im Jahre 1870 änderte sich die Rolle Österreichs. Wäh-

(10) B. Kidrič, Seite 10; siehe dazu: Leninismus Heft 6: Die nationale und koloniale Frage, Seite 18

(11) E.Kardelj, Seite 178

(12) ebenda

(13) E. Kardelj, Seite 180

(14) Die Forderung nach dem „Vereinigten Slowenien" wurde im Jahre 1848 vom slowenischen Geistlichen Matija Majar aus Kärnten formuliert.

(15) E.Kardelj, Seite 185, siehe dazu auch:
R.Kühnl: Formen der bürgerlichen Herrschaft; Liberalismus-Faschismus, RoRoRo-Verlag.

Nach der Krise von 1873 gab es einen konjunkturellen Aufschwung, der aber die Landwirtschaft nicht erfaßte, sodaß die miserable Lage der Bauern nicht besser wurde. In dieser Phase kommt es zu einer starken Emigrationswelle vor allem in die USA, nach Deutschland.

In dieser Zeit bildet sich bei den Slowenen eine moderne Bourgeoisie heraus, die aber nun die nationale Idee nur noch mehr als ein Mittel zur eigenen wirtschaftlichen Stärkung betrachtete.

Ihre Interessen gerieten in Gegensatz zu den Interessen der gesamten Nation.

In der Taborbewegung aber betritt eine neue gesellschaftliche Klasse die politische Bühne, die Arbeiterklasse. Wenn das Proletariat den Bauern als Verbündeten gewinnen wollte, so mußte es die nationale Frage nicht als Sprachenfrage stellen, sondern in der Gesamtheit als kulturelle, wirtschaftliche und politische Frage. Der Kampf hätte gegen die monarchistisch-absolutistische Reaktion geführt werden sollen. Da aber die Sozialdemokratie nicht das Ziel in der Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihres Staatsapparates sah und auch die nationale Frage nur als eine Frage der Politik und Kultur betrachtete, wurde die Bauernschaft nicht als direkte Reserve der Arbeiterbewegung gewonnen. Die ideologischen Schwächen der Sozialdemokratie aber zeigen sich am deutlichsten an der Frage der Okkupation Bosniens und Herzegowinas im Jahre 1908, als die slowenische Sozialdemokratie das mit der Begründung rechtfertigte, somit bekämen die Slawen in der Monarchie die Mehrheit und könnten so dem österreichischen Imperialismus ein Ende bereiten.

Zur Stellungnahme der Sozialdemokratie zur nationalen Frage in Österreich-Ungarn siehe: Die österreichische Arbeiterbewegung bis zum 1. Weltkrieg, Seite 31 fff.

rend früher ein Teil der österreichischen Reaktion noch Rachegedanken gegen die Preußen gehegt hatte, setzte sie jetzt nach dem preußischen Sieg auf die Politik eines engeren Bündnisses (16), natürlich unter preußischer Führung. Österreich verlor seine dominante Position in Mitteleuropa und wurde zum vorgeschobenen deutschen Wachposten in Osteuropa. Der österreichische Völkerkerker wurde zur Brücke für die deutschen Machtinteressen im Osten, und je tiefer Deutschland in den Imperialismus hineinglitt, desto enger mußte das österreichisch-deutsche Bündnis werden. Die Aufrechterhaltung der deutschen Hegemonie in Österreich war also eine Angelegenheit, die auch Deutschland stark interessierte. Bismarck umschrieb dies folgendermaßen: „...*Der österreichische Deutsche strebt berechtigt nach der politischen Führung, und er soll die Interessen des Germanentums im Osten wahren, wenn er als Zwischenglied zwischen dem Germanen- und Slawentum deren gegenseitigen Zusammenstoß verhindert....*“(17)

Diese politische Konstellation brachte die erste imperialistische Germanisierungs- und Entnationalisierungswelle für die Slowenen mit sich. Der Druck des deutschen Kapitals sowie die wirtschaftliche Ausbeutung der unterdrückten Nationen wurden zu grundlegenden Tatsachen der nationalen Verhältnisse.

„Theoretisch“ formulierte es ein liberaler Bourgeois folgendermaßen:

„*... Die Forderung nach einer absoluten Gleichberechtigung ist ein Irrtum, weil es im Leben des einzelnen und der Völker keine absolute Gleichberechtigung gibt, und die nichtdeutschen Nationalitäten in Österreich müssen im Interesse des österreichischen Staates ein gewisses Maß von, ich will nicht sagen Unterordnung, sondern Anerkennung vollzogener nationaler Tatsachen annehmen.*“(18)

Durch den wachsenden Einfluß Deutschlands in Österreich stärkte sich auch der Deutsch-Nationalismus sowie die Tendenzen zu einer Vereinigung mit Deutschland. Mit dem preußischen Einfluß in Österreich brach ein neuer Zeitabschnitt in der österreichischen Geschichte an. Österreich streckte seine Hände nach dem Balkan aus. Als im Jahre 1878 der Außenminister Andrassy vom Berliner Kongreß zurückkehrte, auf dem man Österreich das Recht zugestanden hatte, Bosnien und Herzegowina zu besetzen, sagte er zu Kaiser Franz Joseph I., daß nun für Österreich der Weg nach Saloniki geebnet sei. Im selben Jahr wurde Bosnien und Herzegowina besetzt. Auf Grund der weltweiten und eigenen imperialistischen Entwicklung tritt Österreich in die moderne imperialistische Phase ein und somit bekommt das nationale Bewußtsein der unterdrückten Völker Österreich-Ungarns einen neuen Inhalt und sozial eine neue Bedeutung. Die nationale Frage wurde nun vor allem eine Frage der ausgebeuteten, bäuerlichen und kleinbürgerlichen Volksmassen. (19)

Imperialismus = Verschärfung des nationalen Druckes und Reaktion auf der ganzen Linie

Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts traten verschiedene Entwicklungen auf, die das Schicksal der Kärntner Slowenen beeinflußten:

1. Der österreichische (deutsch-österreichische) Kapitalismus entwickelte sich immer deutlicher weiter zum Imperialismus: das deutsch-österreichische Finanzkapital, unterstützt und getrieben vom internationalen Finanzkapital, expandierte immer mehr nach dem Balkan und zur Adria hin. Handel und Industrie dehnten sich aus, die Eisenbahnlinien durch Kärnten gewannen an Bedeutung, eine neue Bahn nach Triest wurde gebaut. Unter diesen Bedingungen des imperialistischen Kapitals war es für die herrschenden Klassen (die deutsch-österreichische Finanzbourgeoisie und die Großgrundbesitzerklasse), die durch das Finanzkapital immer mehr miteinander verschmolzen, gesetzmäßig, daß ihr Interesse an der Beherrschung Südkärntens sowie ganz Sloweniens absolut war und daß sie jede Regung, die auf Eigenständigkeit dieser Gebiete zielte, brutal zu unterdrücken beabsichtigten. Das ist die objektive ökonomische und politische Grundlage für die Fortsetzung der Germanisierungspolitik mit neuen, brutaleren und planmäßigeren Mitteln. Dazu kam noch das militärische Interesse an diesem Gebiet in Hinblick auf den unausweichlich heraufziehenden imperialistischen Weltkrieg. Auf der politischen Ebene hieß dies für die deutsch-österreichische Verwaltung, daß alle wichtigen politischen Ämter, viele Lehrerposten u.a., mit rein deutschen oder jedenfalls mit Beamten besetzt wurden, die eine

(16) E.Kardelj, Seite 185
(17) Zit. nach E. Kardelj, Seite 185
(18) Zit. nach E. Kardelj, Seite 186
(19) B. Kidrič, Seite 11 - 12

feindliche, geringschätzende Gesinnung und Politik gegenüber der slowenischen Sprache und der slowenischen Bevölkerung vertraten.

Der Zweck dieser Politik der k.u.k. Verwaltung lag in der Sicherung der Herrschaft der deutsch-österreichischen Bourgeoisie über dieses Gebiet, der Sicherung dieses Gebietes im eigenen Einflußbereich, gegen eine aufkommende nationale Befreiungsbewegung und gegen die soziale Revolution.

2. Am Beginn des 20. Jahrhunderts gab es in Kärnten und auch in Südkärnten eine neuerliche Welle der Ausbreitung des Kapitalismus, die bäuerlichen Strukturen differenzierten sich, es bildeten sich Großbauern und kleine Holzhändler und andere Kapitalisten heraus. Diese Schicht orientierte sich in ihrer übergroßen Mehrheit am deutschen Kapital der Kärntner Städte und an dem den weiteren Handel beherrschenden Kapital. Diese Schicht von Kapitalisten und Großgrundbesitzern ordnete sich gemäß ihren ökonomischen Interessen auch politisch der deutschen Bourgeoisie Kärntens unter. Sie germanisieren sich von Generation zu Generation und figurieren zunächst als „Windische“, später sind es deren Familien, die einen Kerntrupp der Germanisierungswellen des 20. Jahrhunderts bilden. Diese Schicht hält sich natürlich eine große Zahl von Pächtern, Landarbeitern und deren Familien in Abhängigkeit und setzt diese ebenfalls in der Richtung einer Germanisierung unter Druck, wenngleich auf ihren Gütern und Höfen, in ihren Sägewerken und kleineren Betrieben Slowenisch noch lange die Arbeitssprache blieb. Diese Schicht ist einer der Hauptträger der Plebiszithetze.

Zusammenfassend kann man sagen, daß auf der Grundlage der Weiterentwicklung des deutsch-österreichischen Kapitalismus zum Imperialismus und der damit einhergehenden Hinwendung der Finanzbourgeoisie zum Kampf um die Sicherung der Einflußsphären und zur Expansion in fremde Gebiete, eine erste Welle der Germanisierung größten Ausmaßes in dieser Periode vor dem 1. Weltkrieg stattfindet. Das Resultat dieser Entwicklung war aber nicht die Auflösung der bäuerlichen slowenischen Gesellschaft in Unterkärnten: die Mehrheit der Bevölkerung blieben weiterhin landwirtschaftliche Kleinproduzenten.

Für die Interessen jener Finanzbourgeoisie mußten auch tausende Kärnter (Slowenen und Deutschsprachige) in den ersten Weltkrieg ziehen und das Resultat dieses imperialistischen Krieges sollte für diese slowenischen Arbeiter und Bauern eine Fortsetzung ihres Elends und ihrer nationalen Knechtung sein. Diese Wende in der Politik der Bourgeoisie wurde von der österreichischen Sozialdemokratie (SD) deutlich erkannt und wissenschaftlich analysiert - allerdings ohne die erforderlichen politischen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen; so schrieb später der „Held“ der 2. Internationale, Hilferding, im „Finanzkapital“: „*Das Verlangen nach Expansionspolitik aber revolutionierte auch die ganze Weltanschauung des Bürgertums. Es hört auf, friedlich und humanitär zu sein. Die alten Freihändler glaubten an den Freihandel nicht nur als die richtigste ökonomische Politik sondern auch als Ausgangspunkt einer Ära des Friedens. Das Finanzkapital hat diesen Glauben längst verloren. Es hält nichts von der Harmonie der kapitalistischen Interessen, sondern weiß, daß der Konkurrenzkampf immer mehr zu einem politischen Machtkampf wird. Das Friedensideal verblaßt, an die Stelle der Idee der Humanität tritt das Ideal der Größe und Macht des Staates. Der moderne Staat aber ist entstanden als Verwirklichung des Strebens der Nationen zur Einheit. Der nationale Gedanke, der in der Konstituierung der Nation als Grundlage des Staates seine Grenze fand, da er das Recht aller Nationen auf eigene staatliche Gestaltung anerkannte und damit die Grenzen des Staates in den natürlichen Grenzen der Nation gegeben sah, wird jetzt gewandelt zu dem Gedanken der Erhöhung der eigenen Nation über die andere. ALS IDEAL ERSCHEINT ES JETZT, DER EIGENEN NATION DIE HERRSCHAFT ÜBER DIE WELT ZU SICHERN, EIN STREBEN EBENSO UNBEGRENZT WIE DAS PROFITSTREBEN DES KAPITALS, DEM ES ENTSPRANG. DAS KAPITAL WIRD ZUM EROBERER DER WELT UND MIT JEDEM NEUEN LAND EROBERT ES DIE NEUE GRENZE, DIE ES ZU ÜBERSCHREITEN GILT! Dieses Streben wird zur ökonomischen Notwendigkeit, da jedes Zurückbleiben den Profit des Finanzkapitals senkt, seine Konkurrenzfähigkeit verringert und schließlich das kleinere Wirtschaftsgebiet zum Tributpflichtigen des größeren machen kann. ÖKONOMISCH BEGRÜNDET, WIRD ES IDEOLOGISCH GERECHTFERTIGT DURCH JENE MERKWÜRDIGE UMBIEGUNG DES NATIONALEN GEDANKENS, DER NICHT MEHR DAS RECHT JEDER NATION AUF POLITISCHE SELBSTBESTIMMUNG UND UNABHÄNGIGKEIT ANERKANNT .... Vielmehr spiegelt sich die ökonomische Bevorzugung des Monopols wider in der be-*



1910

Ein Vergleich der ethnischen Zusammensetzung Kärntens an Hand der vorliegenden Karten zeigt die widersprüchlichen Ergebnisse der einzelnen Volksabzählungen. Vor allem in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden auch die Volkszählungen zum politischen Mittel des deutschen Nationalismus. Bereits bei der Volkszählung 1880 ermittelte man nur mehr 84.826 und im Jahre 1910 gar nur mehr 66.602 Slowenen, trotzdem zeigen die Karten ein geschlossenes slowenisches Gebiet. Eine private slowenische Zählung ergab 1910 eine Anzahl von 115.000 Slowenen.

vorzugten Stellung, die der eigenen Nation zukommen muß. DIESE ERSCHEINT ALS AUSERWÄHLT VOR ALLEN ANDEREN." (19a)

Ganz im Geiste dieser Ideologie und Politik wird seit damals die deutsche Sprache als der slowenischen weit überlegen propagiert und von der Erziehungsaufgabe des Deutschtums gegenüber den Slowenen geredet, wird seit damals der Gedanke der Unterordnung der Slowenen unter die deutsche Bourgeoisie breit propagiert und diese Unterordnung in noch größerem Ausmaß politisch erzwungen.

III. Volksabstimmung und Abwehrkampf 1918 - 1920

Die Jahre 1918 - 1920 in Kärnten zeigen uns mehrere wichtige Dinge:

1. Wie auch in Österreich die Prophezeiung Lenins, daß der imperialistische Weltkrieg die Revolution hervorbringen müsse, voll und ganz Gültigkeit gehabt hatte;
2. Daß es gerade der Tätigkeit der Sozialdemokratie, der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, zuzrechnen ist, daß die Arbeiterklasse Kärntens und Sloweniens das Joch von Kapitalismus und politischer Unterdrückung nicht abschütteln konnte;
3. Daß der imperialistische Raubkrieg nur einen imperialistischen Frieden und damit neuen Krieg, neue nationale Unterdrückung und neues Leid und Elend hervorbringen mußte, falls die imperialistische Bourgeoisie nicht überhaupt gestürzt würde;
4. Daß nur eine konsequente, den proletarischen Internationalismus hochhaltende, kommunistische Partei einen Weg weisen konnte, wie es die KPÖ und die KPJ damals waren.

Weiters ist eine richtige Haltung zu den Ereignissen in diesen Jahren von größter Bedeutung, weil sie fester Bestandteil der chauvinistischen Hetze der österreichischen Bourgeoisie sind und alle bürgerlichen Kräfte in Österreich eine chauvinistische Interpretation der historischen Entwicklung der Slowenenfrage teilen; die chauvinistische Interpretation bestimmter historischer Ereignisse ist auch in beträchtliche Teile der Bewegung gegen die Unterdrückung der Kärntner Slowenen in der Gegenwart eingedrungen, womit diese Bewegung um ihre revolutionäre Vergangenheit gebracht und ihren geschichtlichen Grundlagen nach auf den Boden des österreichisch-patriotischen Standpunktes vergattert würde, der im Kern aber auch Chauvinismus ist.

Die allgemeine Situation 1918

Schon seit spätestens Anfang 1918 war die politische Situation in der Arbeiterklasse überaus gespannt - im Jänner 1918 war es zu einer aufstandsähnlichen Streikbewegung gekommen, unter den Soldaten gärte es - der berühmte Matrosenaufstand von Cattaro war ein Indiz dafür - selbst die Bauernmassen waren in Bewegung geraten. Die nationale Befreiungsbewegung spitzte sich zu und es gab erstmals etwa in der slowenischen Nationalbewegung seit vielen Jahren wieder eine breite Massenbewegung, die die Bauernmassen erfaßte. Seit September 1918 begann die Armee der Monarchie zu zerfallen, die Mittelmächte suchten um Frieden an, die Tschechen, Polen und die südslawischen Völker erklärten ihre Lostrennung von der Monarchie. Im November wurde in Wien unter schweren revolutionären Erschütterungen die deutschösterreichische Republik ausgerufen. In Ungarn und im deutschen Reich brodelte die Revolution. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion und der Präsident der Sowjets richteten am 3.11. einen Aufruf an die Völker Österreich-Ungarns, in dem sie die zwei hauptsächlichen Wege aufzeigten, die die Entwicklung nehmen könne. In diesem Appell wurde als die Grundaufgabe der Revolution in Österreich-Ungarn aufgezeigt, „einen brüderlichen Bund der freien Völker (der Habsburgermonarchie) zu schließen und mit vereinten Kräften die Kapitalisten zu besiegen. Die hungernden Arbeiter Wiens werden Brot von den Bauern Ungarns erhalten, denen sie die Erzeugnisse ihrer Arbeit liefern werden .... *Nicht im Bunde mit der eigenen Bourgeoisie, sondern im Bunde mit den Proletariern aller in Österreich lebenden Nationen liegt die Bürgschaft des Sieges.* Damit dieser Sieg endgültig sei, müssen sich die Arbeiter aller Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Weltkapitalismus vereinigen. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten Österreich-Ungarns werden es ihrer Bourgeoisie nicht gestatten, sie vor den Karren des angloamerikanischen Kapitals zu spannen".... „Die

(19a) Hilferding: Das Finanzkapital, Dietz-Verlag, Berlin 1947, Seite 463 f.

amerikanischen Kapitalisten versprechen jetzt Brot. Aber sie werden die Arbeiter zwingen, die Schulden der Bourgeoisie zu zahlen, so wie sie Krieg gegen die Sowjetmacht führen, damit sie die Schulden des Zarismus bezahlt. Hilfe und Brot könnt ihr nur von den russischen Arbeitern haben" heißt es weiter, „die die Macht in ihre Hände nahmen, nach einem Jahr des Kampfes die Rote Armee schufen und die weißgardistischen Banditen aus den brotreichen Gebieten vertrieben und das für euch und uns notwendige Brot haben werden, wenn wir mit vereinten Kräften einen Sieg des anglo-amerikanischen Kapitals verhindern." (siehe dazu: Die österreichische Arbeiterbewegung vom ersten Weltkrieg bis 1927, S. 15 - 16)

Also entweder gehen die Arbeiter, Bauern und Soldaten Österreich-Ungarns miteinander gegen das Finanzkapital, den Großgrundbesitz und die Bourgeoisien, zerschmettern endgültig den Staatsapparat der Habsburgermonarchie und weisen die Versuche der siegreichen Ententeimperialisten zurück, sich die „Beute" ihres Sieges zu holen; oder die Massen ordnen sich ihrer jeweiligen Bourgeoisie unter, helfen diesen, „ihre" Nationalstaaten zu gründen und liefern sich damit nicht nur der Fortsetzung der Ausbeutung durch die Kapitalisten aus, sondern auch dem Ententeimperialismus, der an die Stelle des österreichischen und deutschen Imperialismus zu treten beabsichtigte.

Unter den Massen war die Bereitschaft, den ersten Weg zu gehen, vorhanden. Die politische Führung der Arbeiterbewegung Österreich-Ungarns hatte zu diesem Zeitpunkt aber immer noch die ins Lager der Bourgeoisie übergewechselte Sozialdemokratie. Diese Sozialdemokratie beschritt gegen heftigen Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse selber den zweiten Weg. Keine sozialdemokratische Partei der Monarchie, die nicht mit den Vertretern der reaktionären Parteien ihrer Nationalität eine „Provorische" Nationalversammlung oder einen „Nationalrat" gebildet hätte. In Österreich selbst gingen diese Herren sogar mit diesen Reaktionären in die Regierung. Überall war die Einheit der Nation zum Schlagwort geworden, um die Arbeiter zu täuschen. Die österreichische Sozialdemokratie scheute nicht einmal davor zurück, das deutsch-imperialistische Schlagwort von Deutsch-Österreich auszugeben (20), das sich dem deutschen Reich anschließen sollte. So saßen 1918 überall die „Arbeitervertreter" mit den Reaktionären und ihren „Nationalversammlungen" zusammen, statt wie es die Vertreter einer wirklichen Arbeiterpartei gemacht hätten, sich mit demokratisch gesinnten und proletarischen Massen des ganzen österreichisch-ungarischen Gebietes zusammenzuschließen.

Es ist ganz klar, daß, wie der erste Weg jener war, auf dem alle dringlichen Probleme der Massen hätten gelöst werden können (was ja das Beispiel der Oktoberrevolution zeigte), auf jenem zweiten Weg kein einziges Problem einer Lösung zugeführt wurde. Das gilt ganz besonders auch für die nationalen Probleme. Es ist reine Demagogie, wenn heute behauptet wird, daß nach dem 1. Weltkrieg die Völker gemäß dem Selbstbestimmungsrecht über ihr Schicksal entschieden hätten. In allen neugebildeten Nationalstaaten lebten neuerlich nationale Minderheiten, die neuerlicher Unterdrückung ausgesetzt waren. (21) Diese wurden in diesen Staatsgebilden festgehalten von den herrschenden Klassen, die an der Kontrolle fremder Gebiete, an der Ausbeutung der fremden Völker größtes Interesse hatten. Diese wurden aber auch durch den imperialistischen Schiedsspruch der siegreichen Ententeimperialisten zur neuerlichen nationalen Knechtschaft verurteilt, die in Wirklichkeit die Grenzen des Nachkriegseuropa zogen. Am Beispiel der Entwicklung der Südkärntnerfrage kann man genau sehen, wie weit diese Entwicklung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker entfernt war, welche schädliche Rolle der bürgerlich-imperialistische Betrug mit den „nationalen Interessen" spielte, welche klägliche und reaktionäre Rolle die Sozialdemokratie spielte, welche Resultate dieser zweite Weg für die Völker Mittel- und Osteuropas brachte. Zugleich sind die Ereignisse 1918 - 1920 wichtig für das Verständnis der gesamten Frage der Kärntner Slowenen.

(20) Die Anschlußparole bringt den völligen Bankrott der austromarxistischen Führer äußerst krass zum Ausdruck. Sie stellte eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen dar. Die austromarxistischen Führer begründeten nämlich diese Parole gerade damit, daß sie sagten, wenn die slawischen Völker das Selbstbestimmungsrecht haben können, warum dürfen sich dann nicht auch die Österreicher den Deutschen anschließen und propagierten den Anschluß an das deutsche Reich als den einzigen Ausweg. Zweck einer solchen Politik konnte nur die völlige Ablenkung der Arbeiterklasse von ihrer Aufgabe sein, sich mit den Völkern der Monarchie in der Revolution zusammenzuschließen und ihren Blick auf die Entente zu richten, ob diese den Anschluß gestatten würde oder nicht.

(21) siehe die Rede des Gen. Manuilski am 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, wo ein Überblick über die nach dem 1. Weltkrieg entstandenen Staaten in Europa und ihre nationale Zusammensetzung gegeben wird. (Protokoll d. V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Band II, Karl Liebknecht-Verlag, Erlangen 1971)

Eine revolutionäre Situation war entstanden

Schon während des Weltkrieges hatte sich in Slowenien - auch im Südkärntner Gebiet eine national-demokratische Bewegung entwickelt, deren Inhalt von Janko Pleterski, einem slowenischen Historiker, wie folgt gekennzeichnet wird:

„In dieser Bewegung sind außer rein nationalen Forderungen nach slowenischer Selbstbestimmung und Selbständigkeit auch das Aufbegehren gegen den Krieg und die Forderung nach Lösung von Sozialproblemen, vor allem von agrarischen von Bedeutung. Das künftige Jugoslawien wird als ein demokratischer und sozial gerechter Staat erwartet, es wird die Überzeugung laut, die deutschen Arbeiter, d.h. die Sozialdemokratie, seien den slowenischen Forderungen nicht abgeneigt; es handle sich vielmehr nur um eine Abrechnung mit der deutschen Bürokratie, dem deutschen feudalen Großgrundbesitz und der Macht des deutschen Kapitals." (22)

Freilich konnte diese national-demokratische Bewegung nicht unter der Führung einer proletarischen Partei stehen, da sowohl die deutsch-österreichische Sozialdemokratie als auch die slowenischen Sozialdemokraten damals schon lange nicht mehr beabsichtigten, durch die Verschmelzung der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung unter der Führung der Arbeiterklasse die Monarchie zu stürzen und an ihre Stelle einen freien Bund der Völker zu setzen ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Die Volksbewegung unter den Slowenen ergriff offenbar auch die slowenischen Soldaten. Pleterski berichtet über Aufstände in den Garnisonen von Judenburg, Murau und Radkersburg.

Bekanntlich erklärte im Oktober der slowenische Nationalrat in Ljubljana Slowenien als von der Monarchie abgetrennt und seine Bereitschaft, gemeinsam mit den anderen südslawischen Völkern einen Staatenbund zu gründen. Der slowenische Nationalrat stellte dann die Forderung, daß ganz Unterkärnten mit Villach und Klagenfurt Bestandteil Sloweniens sei und entsandte Truppen, denen sich serbische Einheiten anschlossen, um die Herrschaft des neuen jugoslawischen Staates über das Gebiet herzustellen.

Nach dem Kriegsende waren die politischen Verhältnisse in Kärnten tief aufgewühlt. Kärnten war selbst Kriegsgebiet, die Soldaten, die von der Isonzofront heimkehrten, zogen durch das Land durch. Mit ihnen verstärkte sich noch die Unruhe, denn das Kriegsende hatte sie aufgerüttelt und sie suchten am energischsten eine völlige Revolutionierung der sozialen und politischen Verhältnisse in ihrer Heimat. Die Arbeiter Kärntens lebten im Elend, der Krieg hatte ihnen den Bankrott der reaktionären Klassen vor Augen geführt, auch sie suchten einen revolutionären Ausweg. Selbst die Bauernmassen aber waren durch die ungeheure Not, die der Krieg mit sich brachte, durch den Krieg selbst, durch die Opfer, durch die vielen gefallenen Kinder, in Bewegung geraten. In Villach, Klagenfurt und St. Veit hatten sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

Otto Bauer kennzeichnete damals allgemein die Situation folgendermaßen:

„Nicht nur das städtische und industrielle Proletariat war durch den Krieg revolutioniert worden. Auch durch die bäuerlichen Volksmassen ging eine gewaltige Bewegung .... Auch der Bauer war aus dem Schützengraben voll Haß gegen Krieg und Militarismus, gegen Bürokratie und Plutokratie zurückgekehrt. ..... Nicht anders als der Arbeiter glaubte auch der Bauer, die politische Revolution müsse den Volksmassen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bringen."

„Seit den Siebziger Jahren hatten ..... Feudalherren und Kapitalisten Bauernhöfe zusammengelegt, um das Bauernland zu großen Jagdgütern zu vereinigen; ..... Jetzt sei die Zeit gekommen, das geraubte Bauernland ..... wieder zurückzugeben. In den Kriegszeiten hatten Kriegsgewinner ihren neuen Reichtum zum Ankauf großer Güter verwendet; jetzt sei der Augenblick gekommen, ihren aus dem Blut des Volkes gewonnenen Besitz auf die Bauern zu verteilen." (23)

Der Kärntner Sozialdemokrat Falle berichtet

(22) Koroški Plebiscit, Ljubljana 1970, Seite 130 (Kärntner Volksabstimmung, Ljubljana 1970)

(23) Zit. aus: „Die österreichische Revolution", Seite 122

1930 über die Lage in Kärnten: „Die unmittelbaren Wirkungen des Krieges vernichteten das Ansehen und die Autorität der bürgerlichen Parteien, die am Kriege politisch oder moralisch mitschuldig waren, in Kärnten noch mehr (!) als in anderen Bundesländern." „Das wichtigste Werkzeug der bürgerlichen Herrschaft, der Militarismus, lag zertrümmert am Boden, die Autorität der bürgerlichen Parteien war verbraucht." (24)

Über die Ziele der in Bewegung geratenen Massen nochmals Otto Bauer (über die Ziele der Bauernbewegung, s.o.):

„Der Krieg hatte die Struktur und die Geistesverfassung des Proletariats wesentlich verändert. Er hatte die Arbeiter aus der Fabrik und Werkstatt herausgerissen. Im Schützengraben erlitten sie Unsägliches. Im Schützengraben füllten sie ihre Seelen mit Haß gegen Drückeberger und Kriegsgewinner. Der vier Jahre lang angesammelte Haß und Groll mußte Ausdruck suchen. Jetzt heischten sie Rache ab all denen, von denen sie vier Jahre mißhandelt worden waren. Jetzt forderten sie die Revolution, die den Kaiser verjagt, solle alle Großen, die Reichen, die Schuldigen, stürzen." „'Diktatur des Proletariats!' 'Alle Macht den Räten!' So hallte es nun auch hier durch die Straßen." (25)

Der Abwehrkampf

Das war die Lage in Österreich und auch in Kärnten, als nach Kriegsende sich die deutsch-österreichische Republik und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gründeten. In beiden Staaten herrschten reaktionäre Klassen, in beiden Staaten behaupteten die Herrschenden, daß sie die Befreiung der Massen brächten. In beiden Staaten begannen die Herrschenden, noch bevor sie wirklich die Kontrolle über das eigene Territorium innehatten, schon Pläne zur Besetzung und Aneignung fremder Gebiete zu schmieden. Und trotz aller hochtrabender nationaler Phrasen orientierten sich in Wahrheit die herrschenden Klassen beider Staaten darauf, daß die Ententeimperialisten (ganz wie es Lenin und Swerdlow vorausgesagt hatten), ihnen gut gesinnt seien und ihnen daher ein Stück Land mehr zusprechen würden.

Auch die österreichische Bourgeoisie, gerade aber ihr Kärntner Ableger, hatte ihre alten Pläne nicht vergessen; sie wollte keinesfalls der Besetzung Südkärntens durch die Serben zusehen, sie wollte Südkärnten selbst kontrollieren, sie wollte keinesfalls die Südbahnstrecke von den Jugoslawen kontrollieren lassen. Daher forderte sie ihrerseits, daß „Kärnten frei und ungeteilt" bleiben müsse und schlug die Karawanken als Grenze vor. Ihrerseits mobilisierten sie Truppen und nahmen den „Kärntner Abwehrkampf" auf. Die „Arbeiterparteien" Österreichs (Kärntner Sozialdemokraten) und Jugoslawiens (die slowenische Sozialdemokratie) schickten munter ihre Anhänger in diese Schlachten, hetzten und trieben die Arbeiter und Bauern gegen ihre Klassenbrüder. Sie entzweiten die Unterkärntner Bevölkerung in solche, die „für Slowenien" wären und solche, die „für Österreich" seien.

Natürlich bestand nach wie vor nationale Unterdrückung der Kärntner Slowenen, natürlich mußte jeder aufrechte Demokrat für das Recht auf Selbstbestimmung der Slowenen eintreten. Aber hatte der Abwehrkampf von slowenischer Seite aus etwas mit dem Selbstbestimmungsrecht zu tun? Oder war er vielleicht von Seiten der österreichischen Bourgeoisie ein gerechter Widerstandskrieg gegen die „slawische Annexion"? Entsprach die Führung dieses Krieges auch nur von einer der beiden Seiten den Interessen der Volksmassen? Keineswegs!

Die slowenischen und serbischen Kriegshetzer beriefen sich auf die Deklarationsbewegung, als sie die slowenischen Menschen für ihre Besetzungspläne gewinnen wollten. Aber was war das Ziel der breiten demokratischen slowenischen Massenbewegung gewesen? Ein demokratischer Staat der Südslawen, in dem alle südslawischen Nationalitäten nebeneinander leben können, friedlich und gleichberechtigt! Tatsächlich entbrannte aber schon kaum ein paar Wochen nach seiner Gründung in diesem neuen Staat der Kampf um die Vorherrschaft zwischen serbischen, kroatischen und slowenischen Kapitalisten! Begannen nicht schon die serbischen Reaktionäre damit, ihre Hegemonie über den ganzen Staat zu errichten, diente ihnen und ihrem König nicht gerade der Einsatz serbischer Truppen im Kampf um Südkärnten, um die slowenische revolutionäre Bewegung einzudämmen und sich Slowenien politisch

(24) „Abwehrkampf und Volksabstimmung in Kärnten 1918 - 1920", herausgegeben im Auftrag der sozialdemokratischen Landesparteivertretung Kärntens von Hans Lagger, Klagenfurt 1930.

(25) Siehe Anm. 23, Seite 120 - 121

und militärisch unterzuordnen. (26) Im „Vereinten Königreich" war es mit der Herrschaft des Volkes von vornherein nicht weit her. Die dringendsten Bedürfnisse der werktätigen slowenischen Massen konnten von diesem Staat ebenfalls nicht befriedigt werden. Weder ging er daran, die Großgrundbesitzer zu enteignen, noch die Macht des Finanzkapitals zu brechen. Statt dessen hetzte er sie gegen ihre Verbündeten, die deutschsprachigen Arbeiter, in den Kampf.

Die Rolle der Sozialdemokratie

Diese bediente sich der alten Waffe des Sozialchauvinismus. Sie schwätzte von der „Gefährdung der österreichischen Arbeiterrepublik", sie malte Schreckensbilder von den marodierenden und terrorisierenden königlich-serbischen Truppen, kurz, sie rief zur Verteidigung des „Vaterlandes" auf, wie schon 1914. Die Kärntner Arbeiter und Soldaten standen dem „Abwehrkampf" anfangs offenbar durchaus ablehnend gegenüber. Pleterski etwa berichtet, daß der Villacher Soldaten- und Arbeiterrat gegen die Verletzung des Waffenstillstandes, der 1918 nach den ersten Gefechten zwischen serbisch-slowenischen Truppen und deutsch-österreichischen abgeschlossen wurde, scharf protestierte, daß der St. Veiter Soldatenrat längere Zeit das Eingreifen von deutsch-österreichischen Verbänden Anfang 1919 verzögerte. Tatsächlich hatten die Arbeiter und Soldaten wenig Grund, in diesen Krieg zu marschieren. Sollten sie die territorialen Bedürfnisse der immer noch an der Macht befindlichen deutsch-österreichischen Bourgeoisie verteidigen? Sollten sie für die Kapitalisten kämpfen, die für ihren gegenwärtigen Hunger verantwortlich waren, nur damit diese ein paar zehntausend Menschen mehr ausbeuten könnten, sollten sie Seite an Seite mit den Großgrundbesitzern, die immer noch ihre Güter hatten und die Landarbeiter für sich arbeiten ließen, kämpfen, damit diese nicht einen Teil ihres Besitzes an ihre slowenischen oder serbischen adeligen Brüder verlieren würden?

Sowohl in Österreich als auch in Slowenien hatte sich aber noch keine politische Kraft herausgebildet, die den chauvinistischen Sozialdemokraten die Führung der Arbeiterbewegung streitig machen konnte. So verlief sich der Widerstand gegen das kriegerische Abenteuer und es gelang der Bourgeoisie zusehends, beträchtliche Teile der aufgerüttelten Massen auf die „slawischen Abtrenner" oder auf die „Deutschen Teufel" zu orientieren und sie von ihren Lebensfragen abzulenken.

Tatsächlich hatten die Arbeiter, Bauern und Soldaten des ganzen Gebietes dieselben Interessen: Abschüttelung jeglicher bürgerlicher und adeliger Klassenherrschaft, Enteignung der großen Kapitalisten und des Großgrundbesitzes, Landverteilung, Errichtung der Macht des Volkes nach der Zerschlagung des monarchistischen Staatsapparates, der in Wirklichkeit in beiden Staatsgebilden von den neuen Herrschern übernommen wurde. Die nationale Unterdrückung und ihre rückschrittlichen Folgen hätten die Slowenen auch nur auf diesem Weg abschütteln können. Für die slowenischen Volksmassen aber änderte sich so gut wie nichts an der nationalen Unterdrückung. Ein demokratisches, proletarisches Österreich hätte mit einem ebensolchen Jugoslawien sicherlich alle strittigen nationalen und Grenzprobleme gelöst, am besten durch Bildung einer Föderation (nach dem Vorschlag Lenins) und der Bildung autonomer, möglichst einheitlicher, nationaler Regionen in den Misch- und Grenzgebieten.

Diese gemeinsamen Interessen wurden durch die beiderseitige sich verschärfende chauvinistische und nationalistische Hetze immer mehr verdeckt, die Kämpfe wurden immer erbitterter und der Gedanke an die nötige Einheit der Massen beider Nationalitäten wurde nur von den beiden kleinen kommunistischen Parteien hochgehalten und propagiert.

Sicherlich zu Recht konnte der Sozialdemokrat Falle 1930 feststellen, daß keine andere Partei jedenfalls in der Lage war, die Kärntner Arbeiter und Soldaten so sehr zu betrügen, daß sie neuerlich ihr Blut für ihre Ausbeuter vergießen würden. Er schreibt: *„Die sozialdemokratische Partei hatte allein die Autorität, regelnd einzugreifen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und das drohende Chaos zu verhindern."* Nämlich die revolutionäre Erhebung, die Verbrüderung der Massen verschiedener Nationalitäten und die Errichtung eines wahrhaft demokratischen Staates der Diktatur des Proletariats. Sicherlich konnte er 1930 feststellen, daß keine andere Partei als die SD in der Lage war, die Arbeiter noch einmal für die Bourgeoisie mit linken Phrasen zu betören. Das konnte sie, weil die österreichische Sozialdemokratie noch

(26) In Wahrheit war es ja sogar so, daß die slowenische Bourgeoisie die serbische Hegemonie als ein Mittel gegen die breite revolutionäre Bewegung in ganz Slowenien begrüßen mußte. Es gab bis 1919 in einigen Industriestädten Sloweniens Arbeiterräte, die dort die politische Macht weitgehend übernommen hatten.

ihren Ruf und ihr Ansehen hatte als die große historische Partei der österreichischen Arbeiterbewegung. (27)

Die Imperialisten entscheiden

Wenn man sich nun vor Augen hält, daß die deutsch-österreichische Bourgeoisie die österreichischen Arbeiter zwar gegen ihre slowenischen und serbischen Klassenbrüder hetzte, daß die serbischen und slowenischen Reaktionäre den kämpfenden Slowenen zwar die nationale Freiheit versprachen, um sie gegen ihre engsten Verbündeten im nationalen Befreiungskampf, die Arbeiter, zu treiben, daß aber alle beide vor den Ententeimperialisten auf den Knien rutschten, daß sie genau wußten, daß nicht der Ausgang der „Abwehrschlacht" die Grenze bestimmen würde, sondern die Imperialisten, dann versteht man erst voll und ganz den ungeheuren Betrug, den dieser Abwehrkampf darstellte. Heute kann man sagen, daß sein konkreter Verlauf keinerlei Einfluß auf die imperialistische Grenzziehung hatte, daß er aber durch die ungeheure nationalistische Welle von beiden Seiten, vor allem aber von seiten der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, den unterdrückten und ausgebeuteten österreichischen und slowenischen Massen den Blick auf die zwischen ihnen nötige Einheit verstellte, nötig, um ihre nationale, politische und soziale Freiheit zu erreichen.

Die Ententeimperialisten entschieden zuletzt für Österreich, nachdem sie sich erst untereinander vergleichen mußten, wie die Beute aufzuteilen war.

Der schärfste Gegner einer starken slawischen Stellung unter den Ententemächten war Italien. Dieses wußte zwar, daß die österreichischen Kapitalisten und das großdeutsche Finanzkapital auch nicht bloß um der „nationalen" Ehre willen stets den Zugang zur Adria frei haben wollten und daher nach Süden expandierten, aber diese waren zunächst einmal geschlagen; Österreich war ein kleiner Staat, während Italien kein Interesse an einem großen südslawischen Reich hatte, das weit bis nach Istrien und nach Kärnten reichen sollte. Dieses Königreich Jugoslawien würde unter dem Einfluß der französischen und englischen Imperialisten stehen, an deren Präsenz direkt vor der Tür Italiens der italienische Imperialismus trotz „Bündnistreue" kein Interesse hatte. Die französische Regierung dürfte aus einem umgekehrten Grund die jugoslawischen Vorstellungen über den Grenzverlauf unterstützt haben. Die englische und amerikanische Regierung unterstützten eher die österreichischen Vorstellungen, wahrscheinlich um Italien zu beruhigen. Die ganze Zeit reisten Ententekommissionen im Lande umher, beobachteten alles und arbeiteten Vorschläge für die Grenzziehung aus. Die Imperialisten einigten sich dann Mitte des Jahres 1919, die Karawanken als Grenze zu bestimmen. Italien erhielt sogleich den Bezirk Tarvis zugesprochen, in dem auch viele Slowenen und Österreicher lebten. In diesem verlief die Südbahn und da war die Durchführung einer ungewissen Volksabstimmung viel zu unsicher. Der slowenisch besiedelte Bezirk Arnoldstein/Podklošter wurde aus demselben Grund Österreich zugesprochen.

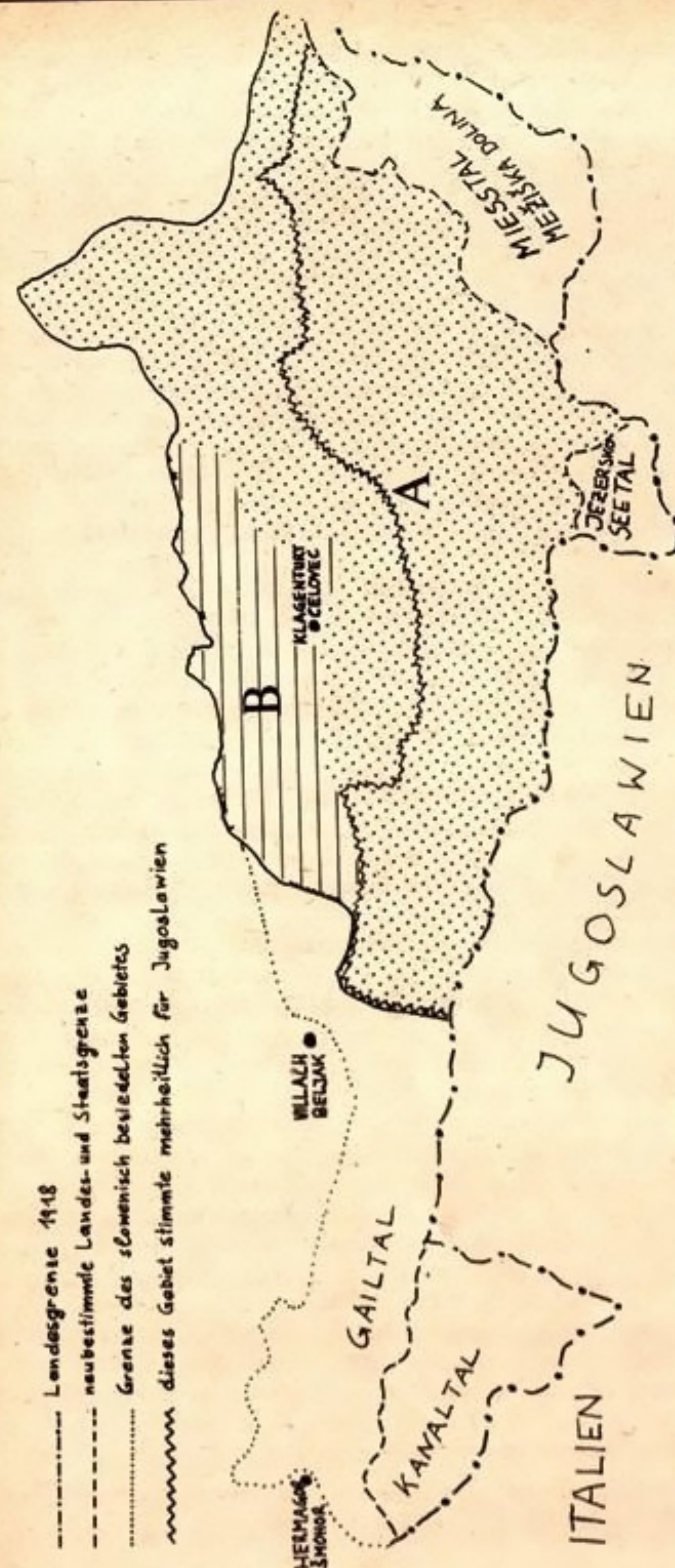
Die Volksabstimmung

Danach wurde in den Friedensverträgen von St.Germain, die Österreich endgültig an die Entente auslieferten (alles durch die „nationalgesinnte und heimattreue" Bourgeoisie), ein Plebiszit für die verbliebenen Gebiete festgelegt. Diese Volksabstimmung war von den Ententeimperialisten so angelegt, daß sie auf jeden Fall gemäß ihren Vorstellungen enden würde.

War schon der Abwehrkampf ein Fest des Betruges und der nationalen Demagogie unter den Massen gewesen, so erst recht die von den Imperialisten organisierte Volksabstimmungsagitation. Bei der für Österreich spielte die Sozialdemokratie eine führende Rolle. Sie behauptete keck, daß jede Stimme für Österreich eine Stimme für die Arbeiterdemokratie sei, gegen den Militarismus und für die Freiheit von Unterdrückung und Not, während die Menschen in Jugoslawien blutige Unterdrückung, Hunger und Elend erwarte. Die slowenischen und serbischen Agitatoren malten ihrerseits prächtige Bilder des Landlebens im neuen slawischen Staat, versprachen volle nationale Entfaltungsmöglichkeit und Wohlstand, während sie Österreich als krisengeschüttelten, unfreien und armen Staat schilderten, in dem die Massen nichts als Not und Elend erwarten würde. Schon damals und heute erst recht konnte man sagen, daß sie beide Recht hatten mit dem, was sie über ihre Gegner sagten, daß sie Volksbetrüger

(27) siehe Anmerkung 24

DIE IMPERIALISTEN LEGEN DIE BEDINGUNGEN DER VOLKSABSTIMMUNG FEST



Die Entente-Kommission (USA, Großbrittannien, Frankreich, Italien) teilten Südkärnten in 2 Gebiete: Im Süden in die Zone A, die von Jugoslawien verwaltet wurde, im Norden in die Zone B, die von Österreich verwaltet wurde. Das Gailtal wurde ohne Abstimmung Österreich zugeteilt, ebenfalls ohne Abstimmung wurde Jugoslawien die Gemeinde Seetal sowie das Mießtal zugesprochen, während Italien das Kanaltal erhielt. Es wurde beschlossen, sollte die Abstimmung in der Zone A zugunsten Jugoslawiens ausfallen, nach 3 Monaten eine solche in der Zone B durchzuführen.

Am 10.10.1920 stimmten in der Zone A 15.279 oder 40,96% der Bewohner für Jugoslawien, während 22.025 oder 59.04% der Bewohner für Österreich votierten. Nach der Volkszählung des Jahres 1910 sprachen im Abstimmungsgebiet 70% der Bewohner die slowenische Umgangssprache.

und Demagogen waren mit dem, was sie den Massen über den eigenen Staat versprachen.

Die kommunistischen Parteien Sloweniens und Österreichs erhoben ihre Stimme gegen den Betrug. Sie deckten die Absichten auf, die hinter der Plebiszithetze steckten; sie zeigten, daß diese Politik des Gegeneinander der Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten die Methode ist, mit der die Bourgeoisie die nationalen Probleme zu lösen versucht, sie damit erhält und morgen als neuen Vorwand für den Betrug der Massen verwendet und sie mit seiner Hilfe für ihre aggressiven Ziele einspannen wird.

Die österreichische KP deckte auf, daß die Plebiszithetze nur dazu diente, wie schon der „Abwehrkampf", der österreichischen Bourgeoisie ein wichtiges Stück Land mehr zu sichern für die Ausbeutung und als Ausgangspunkt für ein weiteres Vordringen. Beide Parteien deckten auf, daß die Imperialisten die wirklichen Entscheidungen gemäß ihren strategischen und ökonomischen Interessen schon gefällt hatten und daß gerade diese Einmischung der Imperialisten die ungelösten Probleme, die Grenzfragen und die nationale Unterdrückung perpetuiert. Am 18. August 1920 erschein im „Rdeči prapor" („Rote Fahne") Nr. 23 folgender Artikel (28):

Dem Proletariat des Abstimmungsgebietes in Kärnten

Die Pariser Konferenz, der Repräsentant des Weltkapitalismus und -imperialismus, hat zu uns nach Kärnten eine Kommission geschickt, um irgendein Plebiszit zu machen.

Und seht heute die Kommissionen in den Abstimmungszonen A und B! Damit hat die wahre Komödie angefangen. Die nationalistische Welt des Kärntner Landes tobt. Von der einen Seite schreien sie: „živio!", von der anderen Seite: „heil!". Die Nationalisten Kärntens sind rasend geworden, beide, die deutschen und die slowenischen. Lange Prozessionen dieser Nationalisten pilgern zu dieser Kommission, beschweren sich, protestieren, bitten. Das Volk erregt sich auf Versammlungen, in der gewissenlosen Presse, wird ungeduldig und brüllt wie verrückt. Die Zeitungen, deutsche und slowenische, bringen, schön feierlich verbrämt, lange feurige Begrüßungsartikel, wo sie in den Entente-Sprachen die Vertreter der „Gerechtigkeit" preisen und schmeicheln ihnen auf ihre Art um Gewogenheit. Die Kommission aber schaut auf diese ganze Komödie, die sie nicht versteht, und gibt hie und da ein Plakat mit Bezug auf das „sogenannte" Plebiszit.

So schaut jetzt dieses Abstimmungsnarrenhaus in Kärnten aus!

Uns Kommunisten geht diese Komödie nur insoweit an, sofern sie das Proletariat betrifft. Und hier überkommt uns Trauer! Heute ist in Kärnten der Sozialismus begraben, heute hat die nationalistische Hetze die ganze Arbeiterschaft so betäubt, daß sie ihre soziale Lage vollkommen vergessen hat und blind den Nationalisten nachrennt. Heute kann man in Kärnten kein richtiger Sozialist sein: ist man Sozialist, muß man schweigen, sonst geht es einem wie Liebknecht in Berlin.

Daran ist das verräterische Handeln der führenden Kreise in den Reihen der Sozialdemokratie schuld, in der unser Kärntner Proletariat organisiert ist. Die Mentalität der Kärntner Sozialisten unterscheidet sich heute rein gar nicht von der Mentalität verschiedener Nationaler. Der Lokalpatriotismus, der sagt: „Wir sind Kärntner!", ist bei den Sozialisten genauso in Mode wie bei den anderen Bourgeois-Parteien. Der Geist der Internationale schwindet mehr und mehr aus den Massen und der politische Horizont des Kärntner Proletariats schrumpft im Kärntner chauvinistischen Sumpf.

Die Politik, die in dieser Hinsicht in Kärnten die offizielle deutsch-österreichische Sozialdemokratie mit Dr. Renner an der Spitze, betreibt, können wir nicht anders bezeichnen als eine große politische Sudelei. Fast das ganze gewerkschaftlich und politisch organisierte Proletariat in Kärnten ist vollkommen unter dem Einfluß der benachbarten deutsch-österreichischen Sozialdemokratischen Partei, die es für ihre nichtsozialistischen, nationalen Ziele ausspielt. Ein Teil dieses Proletariats ist formal zwar in der jugoslawischen Sozialdemokratischen Partei organisiert, aber alle diese Organisationen sind faktisch unter der Führung und dem Einfluß der deutschen sozialdemokratischen Partei, die den Führungen dieser Organisationen Direktiven fürs Auftreten gibt. Die Führer der sozialdemokratischen Partei bei uns sind die berüchtigten „Genossen" Gröger, Pressien usw., die sich in nichts von anderen nationalistischen Bestien vom Kaliber D'Annunzios unterscheiden. Der ganze Einfluß der Partei wurde der nationalistischen und lokalpatriotischen Propaganda verdingt. Im Augenblick haben sie die Gewalt über die Stimmung der Arbeiterschaft erlangt, darum wirken sie bewußt, rücksichtslos auf die verwandte jugoslawische Sozialdemokratische Partei ein, die aber angesichts dieser Verhältnisse traurig an der Seite steht und die Rolle einer politischen Memme spielt. Das Schicksal der jugoslawischen Sozialdemokratischen Partei ist wirklich hoffnungslos. Die Arbeiterschaft, faktisch unter dem Einfluß der deutschen Parteien, hat überhaupt kein Vertrauen in seine Führer, die es allgemein demütigend „Krainer" nennt. Weiter haben sich wegen der nationalen Verhältnisse in der Partei viele verdächtige Elemente, Großgrundbesitzer, Kaufleute und andere solche Leute zusammengerottet, die ihrer Überzeugung nach alles andere sind als Sozialisten, oder in ihr Schutz suchen. Man kann sich leicht die Herzenswehen der sozialdemokratischen Partei beim Blick auf die Anhänger vorstellen. Daher auch diese Unentschlossenheit in den führenden Reihen unserer sozialpatriotischen nationalen Partei in den Ansichten zur Kärntner Frage, ein solches zauderndes Schreiben in ihrer Presse.

Eine richtig orientierte sozialistische Politik findet auch daraus einen klaren Ausweg. Wir Kommunisten im jugoslawischen Teil Kärntens haben unseren Standpunkt in dieser Hinsicht schon klar präzisiert. Unser Delegierter, den wir nach Vukovar geschickt haben, hat auf dem Parteitag erklärt, daß das kommunistisch orientierte Proletariat in Kärnten das Plebiszit ablehnt, das uns die Pariser kapitalistische Herrschaft serviert hat. Diese Erklärung wurde damals vom ganzen Parteitag einmütig begrüßt. Und wieviel Staub hat diese Erklärung in der Presse unserer Sozialpatrioten aufgewirbelt. Wieviel Unverständnis, Verdrehungen!

Den gleichen Standpunkt wie wir nimmt hinsichtlich der Volksabstimmung auch die kommunistische Partei in Deutsch-Österreich und ihr Führer Kerže und Tomasch in Klagenfurt ein.

Dem Proletariat Kärntens und besonders jenem aus der Zone A und B aber rufen wir zu:

Arbeiter aus den Fabriken, aus den Wäldern, Bauern auf den Feldern und Wiesen und ihr alle, die ihr unterdrückt seid und die ihr das Joch des Kapitals auf eueren Schultern spürt, euch geht das „Plebiszit" überhaupt nichts an. Ein solches Plebiszit ist nicht die Sache der Arbeiterschaft! Die Arbeiterschaft ist nicht dazu hier, um Grenzen zwischen den Nationen zu ziehen oder um der Bourgeoisie solche Grenzen aufbauen zu helfen; sondern die Arbeiterschaft muß die Grenzen, die der Kapitalismus aufbaut, niederreißen und zerstören. Grenzen niederreißen ist deine Aufgabe, Proletariat! Laßt die faule deutsche und slowenische Bourgeoisie sich untereinander zerbeißen, soll sie die Grenzen ziehen, weil die Herrschaften keine andere Beschäftigung haben. Sie ist verpflichtet, so zu handeln, weil sie vom Schicksal der Zeit zum Tode verurteilt ist und sich damit erschöpfen wird. Die Ziele der Arbeiterschaft sind ganz andere, besonders in der heutigen revolutionären Epoche. Wir müssen für die Errichtung der Sowjetdemokratie kämpfen, deren Bild uns das brüderliche Rußland gibt, für die Errichtung der proletarischen Diktatur.

Am Tag der Volksabstimmung bleibe jeder bewußte Proletarier, jeder Kommunist zu Hause! Mit vollkommener Abstinenz zeige, du Arbeiterschaft, deine politische Reife, daß du die Entscheidungen Paris' nicht anerkennst.

Arbeiterschaft, mache dieser Entente-Kommission keine Kratzfüße, gehe nicht Hände lecken, schrei nicht „heil!" und „živio!", streue nicht Blumen aus für jene, die Vertreter einer faulen Gesellschaftsordnung sind, für jene, die Sowjet-, Arbeiter-Rußland vernichten wollen. Das Proletariat ist nicht für solcherart „Plebiszite"! Das ist unser kommunistischer Standpunkt, der Standpunkt der jugoslawischen und der deutschen kommunistischen Partei, haltet fest an ihm. Was sie uns vorschreiben, ist nicht Selbstbestimmung der Nationen, das ist Einschläfern ins alte Regime der wechselseitigen Unterdrückung, aus der nur herrliche Perspektiven für einen grausamen gegenseitigen Krieg erwachsen.

(28) eigene Übersetzung aus: I. Regent, J. Kreft, J. Pleterski: Progresivna Slovenija, Trst in Koroška; Murska Sobota, 1964, Seite 123 ff. (Progressives Slowenien, Triest und Kärnten).

Arbeiterschaft, streite nicht, welchem kapitalistischen Staat du zufallen möchtest, klammere dich an die kommunistische Partei, die alle Nationalitätenstreitigkeiten besser lösen wird als Paris und die Entente, klammere dich an die Kommunistische Internationale, die einen wirklichen Kampf gegen jede Versklavung, sowohl soziale als auch nationale, führt.

Der Kommission aber rufen wir zu:

Vive le communisme international!

Ein Kärntner Arbeiter
Lovro Kuhar - Prežihov Voranc

Was war nun das Resultat von Abwehrkampf und Volksabstimmung?

1. Die österreichische Bourgeoisie konnte durch beides ihre Kapitulation vor der Entente nicht verhindern; sie lieferte ihr Land vollkommen den imperialistischen Räubern aus. Trotzdem versuchte auch sie, gestützt auf die Entente, sich ein Stück Land mehr zu unterwerfen. Dies ist ihr geglückt.

2. Kein einziges der dringenden Probleme der Massen, weder der slowenischen noch der österreichischen Massen, wurde durch den „Abwehrkampf" gelöst. Seine Wirkung war nur die, die in Bewegung geratenen Massen wieder an ihre „nationalen Bourgeoisien" zu binden. Die führende Rolle dabei spielte die Sozialdemokratie, die den Chauvinismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte und gemeinsam mit Großgrundbesitz und Kapital für Österreich und Kärnten mobilisierte.

3. Die nationalen Probleme bleiben durch diese Grenzziehung ungelöst. Die chauvinistische Bourgeoisie Österreichs schränkte die schon aus der Monarchie herrührenden Sprachenrechte der Slowenen neuerlich ein und schuf damit einen ständigen Zankapfel und einen politischen Ausdruck ihrer Slawenverachtung und ihres imperialistischen Deutschnationalismus. Die slowenische Nation ist damals auf vier Staaten aufgeteilt worden, wo sie in allen vieren massivst unterdrückt wurde.

4. Sowohl der österreichische Staat als auch der jugoslawische erwiesen sich trotz ihrer hochtrabenden Reden von nationalem Kampf als unfähig, dem Ansturm der nächsten imperialistischen Macht standzuhalten, nämlich Hitlerdeutschland.

5. Die Sozialdemokratie und ihre Demagogie erfuhr nicht ganz 15 Jahre nach der Volksabstimmung ihre blutige Widerlegung. Schon zu Zeiten der bürgerlichen Demokratie in Österreich wurden die Arbeiter wieder breit unterdrückt, aber als die Faschisten gegen sie anstürmten, zerfiel die bürgerliche Demokratie, die die Sozialdemokratie als die unerschütterliche Arbeiterdemokratie gepriesen hatte, in sich. In Jugoslawien herrschte sowieso schon seit Jahren die blutige monarcho-faschistische Diktatur, die alle nichtserbischen Nationalitäten national unterdrückte.

6. Der Chauvinismus und die Unterdrückung der Slowenen wurde trotz Versprechungen bei der Volksabstimmung von der Bourgeoisie weiter hochgehalten. Seit damals begann die Bourgeoisie und ihre politischen Parteien, die Einteilung in Heimattreue und Nationalslowenen zu treffen. Diese Hetze und diese Unterdrückung entsprach der Furcht der Bourgeoisie vor neuen Ansprüchen Jugoslawiens und entsprach der Absicht der deutschnationalen Bourgeoisie, wieder nach Süden vorzudringen. Kaum hatte sie Kärnten einigermaßen unter Kontrolle, begannen die am meisten chauvinistischen Elemente mit Unterstützung des deutschen Finanzkapitals Eroberungspläne zu schmieden. Wollten sie gestern nur die „Heimat" verteidigen und das „Selbstbestimmungsrecht", so reichte heute die Heimat schon wieder bis Marburg und Krain.

Umso wichtiger war es für sie, das Unterkärnter Gebiet zu unterwerfen und es dem übrigen Österreich anzugleichen. So verband die Bourgen an ihre agressiven Ziele mittels Chauvinismus mit der „Säuberung" ihres Aufmarschgebietes, das von Slowenen bewohnt war, und der Konsolidierung der deutschen Vorherrschaft über dieses Gebiet.

Zusammenfassung

Wir österreichischen Marxisten-Leninisten müssen unbedingt an der Einschätzung des

Abwehrkampfes durch die revolutionäre KPÖ als eines imperialistischen Krieges und der Volksabstimmung als eines Volksbetrugs festhalten. Wir dürfen keine Zugeständnisse an die chauvinistische Interpretation der Geschichte der Jahre 1918 - 1920 durch die Bourgeoisie machen.

Sehen wir die Sache richtig, so sehen wir,

- daß die Bourgeoisie damals, wie auch in ihrer heutigen Darstellung der Ereignisse, imperialistisches Diktat als demokratische Entscheidung der Völker auszugeben versucht,
- daß die Bourgeoisie damals wie heute die Gründung der Republik 1918 als Lösung der Probleme der Massen und als „Revolution" im Interesse der Arbeiter propagierte, in Wahrheit aber ihre Herrschaft auf diese Weise rettete,
- daß die Bourgeoisie sich dabei gerade im Kärntner Raum des Chauvinismus und Sozialchauvinismus, der nationalistischen Spaltung der Massen bediente, um diesen den Blick auf den gemeinsamen revolutionären Kampf als Ausweg zu verstellen und den Blick auf den Zusammenschluß mit den eigenen Unterdrückern und Ausbeutern richtete,
- daß die Bourgeoisie damit bereits den nächsten Krieg um noch weiter gehende territoriale Ziele vorbereitete, und gar keinen Unterschied zwischen der Sicherung ihrer Herrschaft über ihr „angestammtes" Territorium und der Eroberung anderer Gebiete machte.

Wir sehen andererseits, daß die slowenischen und deutschsprachigen Arbeiter und Bauern dieselben Interessen hatten und längere Zeit auch Widerstand gegen Abwehrkampf und nationalistische-chauvinistische Verhetzung geleistet hatten, daß ihre gemeinsamen Interessen hätten verwirklicht werden können im gemeinsamen Kampf gegen ihre gemeinsamen Ausbeuter. Wir sehen, daß die Sozialdemokratie die tragende Rolle bei der Niederringung der revolutionären Bewegung in diesem Raum gespielt hatte und diese Rolle die Sozialdemokratie bei allen klassenbewußten Arbeitern verhaßt machen müßte, wenn die Wahrheit darüber verbreitet wird.

Damit können wir auch den völligen Verrat erkennen, den die revisionistische KPÖ heute praktiziert, wenn sie die Ergeignisse der Jahre 1918 - 1920 wie folgt bezeichnet: *„Zu bestimmten Zeiten gab es auch Gegensätze: besonders nach dem Auseinanderbrechen der Habsburger Monarchie"* (28a) Eine solche Darstellung ist Chauvinismus in Reinkultur. In Wahrheit war es niemals so klar wie damals, daß die slowenischen und deutschsprachigen Massen die gleichen Interessen, gleiche Feinde und die gleiche Zukunft haben und es war gerade die Bourgeoisie, die das Beschreiten dieser gemeinsamen Zukunft mit Hilfe des Geredes und der nationalistischen Hetze von den „Gegensätzen zwischen Slowenen und Deutschen" zu verhindern trachtete.

Dieser selbe Verrat zeigt sich im Gerede der Revisionisten, daß die Nazis den Inhalt der Volksabstimmung verfälscht hätten - aus einer Entscheidung für die Republik, für die Demokratie, in eine Entscheidung für Deutschland. In Wahrheit war es eben gerade das verräterische, betrügerische, sozialchauvinistische Gerede der Sozialdemokratie von der „Arbeiterrepublik" und von der „Demokratie", das den Zwiespalt in der Südkärntner Bevölkerung vertiefen sollte und diese reif für die Pläne der österreichischen Bourgeoisie machen sollte.

Erst recht zeigt sich deren Aussöhnung mit der österreichischen Bourgeoisie, deren blinde Nachbeterei der sozialdemokratischen Geschichtsfälschung, wenn die revisionistische „Volksstimme" anläßlich der Errichtung eines Denkmales für den Faschisten Steinacher (ganz im Stile der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit) die Verfälschung der „Abwehrkämpfer" durch Steinacher beklagt und deren Anerkennung durch die Bourgeoisie in Österreich. Wo doch Steinacher und seine reaktionären Offiziersklüngel mit ihrer deutschnationalen Ausrichtung und die Herren österreichischen Sozialdemokraten mit ihrer sozialchauvinistischen Ausrichtung nur zwei Seiten derselben Politik der Bourgeoisie waren, mit allen Mitteln die Revolution niederzuschlagen und die Arbeiter Kärntens nationalistisch zu verhetzen. Und war es nicht so, daß Steinacher und die Sozialdemokraten sich die Arbeit teilten, die Soldatenräte des Proletariats niederzuringen: die einen von innen, indem sie sie in Werkzeuge der Bourgeoisie verwandelten und auflösten und der andere, indem er sie zerschlug. Gänzlich übel ist die Stellung der Revisionisten zur Volksabstimmung, die von ihnen als entscheidend für den Verbleib Südkärntens bei Österreich ausgegeben wird, während die Volksabstimmung in Wirklichkeit nichts als ein „demokratischer"

(28a) Minderheiten in Österreich (Broschüre der KPÖ 1976)

Schleier für die imperialistische Machtpolitik war, denn die Ententeimperialisten führten die Volksabstimmung so durch, daß gar kein anderes Resultat möglich war als das tatsächlich eingetretene. Das ist jene Politik der Revisionisten der Beschönigung der imperialistischen Einmischung, der hundertfachen Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, falls dies nur den Interessen ihrer Klasse, der Bourgeoisie, dient. Das ist die Politik der Verschleierung des Imperialismus. Das ist jene Politik, die die österreichische Sozialdemokratie der 20er Jahre zur Vertreterin nicht nur der österreichischen Bourgeoisie, sondern auch des Ententeimperialismus gemacht hat.

Wir sehen also, daß die heutige KPÖ in allen wichtigen, die Volksabstimmung und den Abwehrkampf betreffenden Fragen die Stellung der österreichischen Bourgeoisie, des Imperialismus und des Chauvinismus einnimmt.

Das ist umso mehr ein Grund für uns, in allen diesen Fragen die Position des Proletariats, des Kampfes gegen den Imperialismus und des Internationalismus einzunehmen.

IV. Die Zwischenkriegszeit

Mit der Volksabstimmung und dem Verbleib Südkärntens bei Österreich verändert sich wesentlich die Lage der Kärntner Slowenen. Sie waren nunmehr durch eine Staatsgrenze von den anderen Teilen der Slowenischen Nation getrennt.

Hatte die Kärntner Landesregierung noch vor der Volksabstimmung eine feierliche Erklärung abgegeben, im Falle des Verbleibs Südkärntens bei Österreich den Slowenen ihre Rechte in jeder Hinsicht zu gewähren, so dauerte es nur kurze Zeit, bis der Vertreter der Bourgeoisie, der damalige Landesverweser Dr. Arthur Lemisch das Programm der gewaltsamen Germanisierung im Landtag unterbreitete: *„Nur ein Menschenalter haben wir Zeit, diese Verführten (gemeint sind jene, die für Jugoslawien gestimmt haben) zum Kärntnertum zurückzuführen; in der Lebensdauer einer Generation muß das Erziehungswerk vollendet sein!"*

Dieses Programm entsprach der imperialistischen Bourgeoisie, das nunmehr gewonnene Territorium endgültig zu sichern. *„... denn der Imperialismus kann nicht leben ohne Ausbeutung und gewaltsames Festhalten der Kolonien im Rahmen des „einheitlichen Ganzen", da der Imperialismus die Nationen nur durch Annexionen und koloniale Eroberungen einander näher bringen kann, ohne die er überhaupt undenkbar ist."* (30) Dieses *„Festhalten .... im Rahmen des einheitlichen Ganzen"* wurde in Kärnten durch die „Windischentheorie" ideologisch gerechtfertigt. Demnach wären die Kärntner Slowenen keine richtigen Slowenen, sondern sogenannte „Windische", die sich von den Slowenen unterschieden. Die Anfänge dieser Theorie reichen in die 60-er Jahre des vorigen Jahrhunderts und beruhen darauf, daß in der Vergangenheit die Slawen überhaupt mit dem Ausdruck Winden oder Wenden bezeichnet wurden. (31) Von daher kommt auch die historische Bezeichnung Windische für Slowenen. Gegen diese Bezeichnung entwickelte sich am Ende des 18. Jahrhunderts bzw. am Anfang des 19. Jahrhunderts ein Widerstand. Dieser konnte auf der Grundlage der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung der Slowenen entstehen, als das nationale Bewußtsein bereits die Bezeichnung der slowenischen Nationalsprache als Windische Sprache als beleidigend empfinden mußte.

Knapp vor dem 1. Weltkrieg, im Verlauf der Volksabstimmung und in der ersten Republik, bekam die Theorie der Windischen einen neuen Inhalt.

Danach wären jene Slowenen, die sich dem deutschnationalen Einfluß unterordnen und auf die nationale Gleichberechtigung verzichten, Windische, während als Slowenen jene gelten, die sich für die nationale Gleichberechtigung aktiv einsetzten. Letztere wurden somit zu Irredentisten gestempelt, während erstere als heimattreu galten und gelten.

Diese Theorie wurde nach dem Plebiszit zu einem der Hauptausgangspunkte deutschnationaler Kreise in Kärnten. Die Zielsetzung war klar; einem Teil der Kärntner Slowenen seinen nationalen und ethnischen Charakter zu nehmen, um somit überhaupt die Berechtigung von Forderungen der Slowenen abzulehnen. So hat im Jahre 1926 eine Heimatbundversammlung eine Resolution verabschiedet, in der behauptet wird, die *„Windischen ... Kärntens fühlen sich überhaupt nicht unterdrückt und haben noch nie den Gedanken an eine Kulturautonomie (32) geäußert, weil sie mit ihr nichts anzufangen wüßten, hätten sie doch in der Kirche, im Amt und in der Schule die gleichen Rechte als die anderen Bewohner des Landes."* (33) In dieser Resolution finden wir auch den Standpunkt zu den Slowenen, der auch noch heute vertreten wird: *„Die Windischen lehnen eine Bezeichnung mit slowenischem Namen ab und kämpfen sogar gegen den erfundenen, unhistorischen Namen Slowene. Der Slowene verachtet den windischen Dialekt, weil er ihn nicht versteht und ihn nicht erlernen kann. Der Windische fühlt sich nur vom Slowenischen bedroht, nicht aber vom Deutschen: er will keine slowenische Schule, da sie ihn slowenisieren würde ... das sind die Gründe, warum die den Deutschen freundlich gesinnten Slowenen nichts von den Slowenen wissen wollen."* (34)

Eine besondere Ausformung fand diese Theorie bei den Volkszählungen. Im Jahre 1939 wurde neben den beiden bisherigen Sprachkategorien Deutsch und Slowenisch noch eine neue, nämlich Windisch, eingeführt. (35)

Die organisierte Form fanden diese Ansichten und Theorien in der antislowenischen Organisation Kärntner Heimatbund (bis 1923 nannte sich der Kärntner Heimatbund noch Heimatdienst; mit demselben Namen wurde er nach der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages wieder gegründet).

Die Anfänge dieser Organisation reichen in das Jahr 1919, als sie gegründet wurde, um die Volksabstimmung für Österreich zu organisieren. Nach der Volksabstimmung aber wurde das Programm des Dr. Arthur Lemisch, die gewaltsame Germanisierung Südkärntens, zu ihrer Hauptaufgabe.

Sie war nicht nur in engen (auch finanziellen) Kontakten zur Landesregierung, sondern war auch engstens mit den höchsten Organen verbunden, war doch der Präsident des Kärntner Heimatbundes (KHB), Vinzenz Schumy, in den Jahren 1923 - 1927 auch zugleich Kärntner Landeshauptmann. (36)

Über das Betätigungsfeld dieser Organisation sagte ihr geschäftsführender Sekretär Alois Maier-Kaibitsch im Jahre 1926, sie müsse einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kärntner Slowenen sowie eine genaue Feststellung ihrer wirtschaftlichen Positionen haben. Dazu wäre der Überblick über alle slowenischen Einbücherungen sowie eine Kartothek über die Besitzverhältnisse notwendig. Als weiteres Ziel setzte er die Abschaffung jener Reste der slowenischen Sprache, die die utraquistische (37) Schulordnung noch zuließ; als Hauptziel des Kärntner Deutschtums aber die alsbaldige Entnationalisierung der Kärntner Slowenen. (38)

Bereits in den ersten Jahren nach der Volksabstimmung wurden etwa 60 Lehrer und ebensoviele Geistliche ihrer Posten enthoben oder versetzt. (39) Von den slowenischen Lehrkräften an den zweisprachigen Schulen aus der Vor- und unmittelbaren Nachkriegszeit verblieben nur mehr vier in Österreich und von denen wurde zunächst keiner wieder in den Dienst gestellt. (40). Nur solche slowenische Studenten wurden in die Lehrerbildungsanstalt aufgenommen, von denen man sicher war, *„daß sie ihr Volkstum beim Verlassen der Anstalt würden aufgegeben haben."* (41)

---

(30) Leninismus Heft 6, Seite 48

(31) Med plebiscitom in napadom na Jugoslavijo, v: Vestnik koroških partizanov 2, letnik V maj 1972, str.2
(Zwischen Volksabstimmung und dem Angriff auf Jugoslawien, in: Der Bote der Kärntner Partisanen 2, Jahrgang V. Mai 1972, Seite 2, im weiteren Vestnik ...)

(32) Im Jahre 1927 kam es zu Verhandlungen zwischen der kärntner Landesregierung und den kärntner Slowenen bezüglich einer Kulturautonomie. Initiiert wurden diese Verhandlungen von der deutschen Minderheit in Jugoslawien, die sich durch eine Besserstellung der Slowenen in Österreich auch eine solche in Jugoslawien für sich erhoffte.
Der Vorschlag der Regierung sah vor:
Die kärntner Slowenen bilden eine Gemeinschaft öffentlich rechtlicher Art, die ihre nationalen und kulturellen Angelegenheiten selbst verwaltet. Diese Organisation sollte auf Grund eines Bekenntnisses gebildet werden und sollte für das eigene Bildungswesen selbst (!) finanziell aufkommen. Es ist wohl verständlich, daß die Kärntner Slowenen auf solche reaktionären Machenschaften nicht eingingen.

(33) Vestnik ... Seite 4

(34) ebenda

(35) Diese Sprachkategorien finden wir in den verschiedensten Formen (deutsch-windisch, windisch-slowenisch, deutsch-slowenisch usw.)
auch noch nach dem zweiten Weltkrieg bei den Volkszählungen 1951, 1961 und 1971, und dies, obwohl der Kärntner Landesschulrat 1946 noch die Bezeichnung Windische als Benennung österreichischer Staatsbürger verboten hatte und somit den chauvinistischen Charakter dieser Theorie anerkannte.

(36) Vestnik ... Seite 6

(37) Das utraquistische Schulwesen wurde Anfang der 70-er Jahre des 19. Jahrhunderts eingeführt. Es bediente sich der slowenischen Sprache als Hilfsmittel zur Erlernung der deutschen Sprache.
Siehe dazu den Artikel „Die Lösung der Schulfrage ist für die Slowenische Minderheit das Vordringlichste" in Klassenkampf Nr. 5/2. Jahrgang, 3.3.1977

(38) Vestnik ... Seite 6

(39) Hans Haas: Der deutsche Bumerang, in: Neues Forum Dezember 1976, Seite 10

(40) ebenda, Seite 11

(41) ebenda, Seite 12

Den Entlassungen der Intelligenz folgten auch solche von Arbeitern. So wurden etwa in Villach 27 Eisenbahner ohne Pensionierung entlassen.

Nach der Volksabstimmung wurde die deutsche Sprache zur ausschließlichen Staatssprache und jede Äußerung in Slowenisch wurde als Irredentismus verfolgt. Die Stellung der Behörden zur slowenischen Sprache zeigt ein Beispiel der Bezirkshauptmannschaft Klagenfurt/Celovec an einen Slowenen, der die Ausstellung eines Bescheides in slowenischer Sprache forderte: Staatssprache Deutsch!

Und dies ließ man sich auch gleich von Wien bestätigen: *„Der vorgelegte Fall ist der erste bei der Landesregierung zur Verhandlung gelangte Sprachenstreit, der Entscheidung kommt daher grundsätzliche Bedeutung zu."* (42)

In den ersten Jahren nach der Volksabstimmung konnte keine einzige slowenische Veranstaltung ungestört durchgeführt werden. Physische Angriffe auf Slowenen wurden vor Gericht meist mit der Begründung der „Heimattreue" legitimiert.

Im Zuge der zunehmenden Intentionen des deutschen Reiches auf Österreich wurde der KHB immer mehr zum Vollzugsorgan der großdeutsch-imperialistischen Bestrebungen des „Drangs nach Osten".

Schon im Jahre 1926 vertrat der Sekretär des KHB, Alois Maier-Kaibitsch, den Anschluß ans deutsche Reich: *„Wir müssen die Menschen im südlichen Kärnten überzeugen, daß die einzige mögliche Lösung aus der Wirtschaftskrise der Anschluß zum deutschen Reich ist."* (43) Nunmehr wurde unter Leitung des KHB die Kärntner Bodenvermittlungsstelle gegründet, eine Organisation, die eine planmäßige Kolonisierung Südkärntens vorantrieb.

Man organisierte eine systematische Ansiedlung Reichsdeutscher (vor allem Protestanten, da man bei Katholiken fürchtete, sie könnten sich assimilieren!). Die Zentrale für die Ansiedlung Reichsdeutscher in Kärnten befand sich in Berlin unter dem Namen „Volksbund" und stand unter der Führung des Dr. Steinacher, dem Organisator der Volksabstimmungspropaganda des Jahres 1920 in Kärnten. In der deutschen Reichspresse wurden Kampagnen geführt, um die Bevölkerung für eine Ansiedlung in Kärnten zu gewinnen. Diese sollten *„mit deutschem Geist die slowenische bäuerliche Bevölkerung Südkärntens durchtränken"* und somit die Arbeit *„echter Pioniere der deutschen Kultur erfüllen."* (44)

Ende 1930 waren bereits 109 Familien mit über 300 Familienmitgliedern in Kärnten angesiedelt, die an die 130 Bauernhöfe aufkauften. (45)

Die Aufgaben dieser Angesiedelten wurden auf den diversen Versammlungen des KHB immer wieder klar festgelegt: die erste Aufgabe wäre es, Kärnten alsbald zu germanisieren. Die Angesiedelten sollten im Sinne der „Freiheitskämpfer" von 1919 bis 1920 für das Deutschtum leben ... vor allem aber sollten sie einen günstigen Boden für eine baldige Vereinigung Österreichs mit Deutschland schaffen. (46)

Mit der zunehmenden Faschisierung Österreichs am Anfang der 30-er Jahre beginnen auch neue politische Ausrichtungen der Kärntner Slowenen. Ihre politische Führung, Politično in gospodarsko društvo (Politischer und wirtschaftlicher Verein), traditionell klerikal orientiert, ordnet sich 1930 anläßlich der Bundeswahlen völlig dem Austrofaschismus unter, indem sie zur Wahl der klerikalen christlich-sozialen Partei aufrief. (47) In seinen Memoiren beschreibt Karel Prušnik-Gašper diese Partei: *„Uns kam es überhaupt nicht in den Sinn, die christlich-sozialen zu wählen, denn ihre Vertreter in Kärnten waren der Graf Thurn, reiche chauvinistische Unternehmer wie Niederdorfer und verschiedene Kolonisatoren.*

Wie sollten slowenische Bauern den Grafen Thurn wählen, der auf Kosten des Bodens zahlreicher slowenischer Bauern lebte, die als arme Pächter Jahr für Jahr auf dem Grafenbesitz dahinvegetierten und rackerten. Die Jäger des Grafen erschossen auf seinen Befehl die Schafe der Bauern, wenn sie sich in die Wälder des Grafen verirrten." (48)

(42) ebenda

(43) Slovenci v zamejstvu, Pregled zgodovine 1918 - 1945 Državna založba Slovenije, str. 152
)Die Slowenen hinter den Grenzen, Überblick der Geschichte 1918 - 1945, Seite 152)

(44) Svoboda, mesečnik Slovenske Koroške, letnik II, Oktober/November/December štev. 10/11/12 str. 9
Freiheit, Monatszeitschrift Slowenisch Kärntens, Jahrgang II, Oktober/November/Dezember Nr. 10/11/12, Seite 9, herausgegeben vom Slowenischen Kulturverband in Klagenfurt/Celovec: Diese Nummer ist höchstwahrscheinlich im Jahre 1949 erschienen, im weiteren: Svoboda ...)

(45) ebenda

(46) ebenda, Seite 12

(47) Vestnik ... Seite 18 ff

(48) Karel Prušnik-Gašper: Gamsi na plazu, str. 13, Založba Borec 1974
(Karel Prušnik-Gašper: Die Gemsen auf der Lawine, Verlag Borec 1974)

Dies aber führte dazu, daß unter der slowenischen Bevölkerung der Einfluß der KPÖ wuchs. Dazu bemerkte die Zeitung des Politischen und wirtschaftlichen Vereins, „Koroški Slovenec": *„Vor allem im unteren Rosental agitieren sie stark. Sie nützen unsere Armut, vor allem aber die Tatsache aus, daß die deutschen Parteien für uns nur Versprechungen hatten, aber nichts getan hatten. Sie versprechen uns in vielen Flugblättern nationale Rechte, sogar ein Sowjet-Slowenien. Eine schreckliche Verurteilung unserer Regierung wäre es, wenn die Kommunisten bei uns Stimmen erhalten werden, nur die Verzweiflung über die Gerechtigkeit kann jemanden zu den Kommunisten treiben."* (49) In einem Memorandum slowenischer Geistlicher wird auf den starken Einfluß der KPÖ hingewiesen: „Ist es nicht charakteristisch genug, wenn z.B. ein Anhänger unserer Partei Stimmen zur Bundestagswahl für die KPÖ sammelt, um damit seinen negativen Standpunkt gegenüber dem Staat zu zeigen? Wird wirklich unsere diesbezüglich (die Betonung des nationalen Moments der Kommunisten, Anm. M.St.) *negative Politik unser Volk ins Lager der Sozialisten und Kommunisten treiben?"* (50)

Der Klerikalismus erlitt zu dieser Zeit seinen Bankrott. Als die sozialdemokratischen Führer Kärntens (Zeinitzer und Pichler) 1934 die kampfbereiten Arbeiter verrieten, indem sie die Waffenverstecke an die Polizei preisgaben, traten auch viele Slowenen der KPÖ bei, die in Kärnten nach Wien zur zweitstärksten Landesorganisation wurde. Prušnik-Gašper erinnert sich: *„In Wien floß Arbeiterblut, unsere Klagenfurter 'Führung'* (gemeint sind die Sozialdemokraten, Anm. M.St.) *aber schwätzte vom Himmel. Das Volk blieb natürlich schön auf der Erde und so mancher ballte zornig die Fäuste wegen des verflossenen Blutes in Wien und anderen Industriezentren Österreichs.*

Auch die Bauernburschen aus Eisenkapel/Železna Kapla und der Umgebung sowie die große Mehrzahl der Forstarbeiter waren damals bereit, gegen die Klerofaschisten zuzuschlagen. Noch heute kann ich nicht verstehen, warum damals alles so schnell und blutig endete. In Eisenkapel/Železna Kapla und überall in größeren Märkten war der republikanische Schutzbund organisiert. ...

Auch in unserem Stall waren wir versammelt. Wir reinigten die Gewehre und verteilten die Munition. Ich wurde bestimmt, nach Eisenkappel/Železna Kapla zu gehen, um zu erfahren, wann wir zuschlagen sollten. Der Führer der Sozialdemokraten aber sagte mir, es wäre noch zu früh und daß wir noch warten sollten. ... Und so haben wir auf den 'Befehl von oben' gewartet. Darauf warteten höchstwahrscheinlich Tausende und Tausende Werktätige, die bereit gewesen wären, die Republik zu verteidigen und zu erhalten.

Als ich am nächsten Tag, am 15. Februar nach Eisenkappel/Zelezna Kapla kam, sagte mir der gleiche Führer der Sozialdemokraten, daß es bereits zu spät wäre, da das Herz der Republik, Wien, erlegen wäre. Hätten wir damals gewußt, daß in Leoben und anderen steiermärkischen Industriezentren die Arbeiter noch auf den Straßen kämpften, hätten auch wir zugeschlagen." (51)

Die Eintritte in die KPÖ waren auch in Südkärnten sichtbar. Einen besonderen Ausdruck aber fand dies in dem Versuch slowenischer Kommunisten aus der Umgebung Eisenkappel/Železna kapla, eine slowenische Zeitung „Kam?" (Wohin?) herauszugeben. Karl Prušnik, ein Mitarbeiter dieser Zeitung, erinnert sich, daß diese Zeitung den Kärntner Slowenen einen revolutionären Ausweg aus der nationalen und sozialen Unterdrückung zeigen sollte. Knapp vor der Herausgabe aber wurden diese Kommunisten verhaftet und somit ein Erscheinen verhindert. (52)

Die Kommunisten in der Zwischenkriegszeit zur Slowenenfrage

Der kommunistische Delegierte der Arbeiterkammer in Klagenfurt/Celovec, Johann Kacijanka, ein Arbeiter aus dem Rosental, verlas 1930 in der Arbeiterkammer in slowenischer Sprache ein Memorandum über die Kärntner Slowenen, worin er ihnen das Recht auf Selbstbestimmung zugesteht. Den Eindruck, den das Memorandum hinterließ, charakterisierte Prežihov Voranc folgendermaßen: *„Die anwesende Bürokratie der Kärnter Arbeiterorganisationen, fast ausschließlich Sozialdemokraten, erschrak. Das war für sie etwas Unerhörtes. Alle Delegierten bis zum letzten Mann verließen den Saal mitsamt dem Präsidium und Kacijanka verlas das Memorandum im völlig leeren Saal. Die Klagenfurter Arbeiterkammer galt als geschändet. Der richtige sozialchauvinistische Friede kehrte dort erst dann wieder ein, als die jugoslawische Polizei Kacijanka später irgendwo in den Kara-*

(49) Vestnik ... Seite 17

(50) Vestnik ... Seite 17

(51) Karel Prušnik-Gašper: Seite 18

(52) Vestnik ... Seite 23

wanken festnahm und ihn für vier Jahre in Sremska Mitrovica einkerkerte."

Im Namen der Landesorganisation der KPÖ gab Kacijanka auch ein Flugblatt in deutscher und slowenischer Sprache heraus, in dem er den Standpunkt der Kommunisten zur Slowenenfrage darlegte. Wegen seiner umfassenden Einschätzung der Zwischenkriegszeit drucken wir es vollständig ab. (53)

Dem arbeitenden Volke Kärntens zu der 10-jährigen Plebiszitfeier, zu den Nationalrats- und Landtagswahlen !

Bauern und Arbeiter! Deutsche und Slovenen!

Am 10. Oktober werden es 10 Jahre, seitdem die Slovenen Kärntens durch die sogenannte Volksabstimmung ihre Zugehörigkeit zu Österreich erklärten. In Wirklichkeit war aber das keine wahre Volksabstimmung, sondern ein Volksbetrug! Nationale Prügelbanden beherrschten das ganze Land. Die Kapitalisten, damals noch von den erbitterten Kriegsmassen ernstlich bedroht, stürzten sich auf das arbeitende Volk mit Versprechungen und Phrasen, um das Proletariat von den Klassenforderungen abzulenken. Die jugoslavische Bourgeoisie versprach den Slovenen »nationale Freiheit«, »wirtschaftliches Aufblühen« usw. Die österreichische Bourgeoisie versprach aber »Republik«, »Demokratie«, »soziale Freiheit« etc.

In Wirklichkeit handelte es sich um gar kein Selbstbestimmungsrecht der Slovenen; die imperialistischen Interessen des italienischen und jugoslawischen Staates waren die treibenden Faktoren. *Es handelte sich schon damals lediglich um die militärischen Interessen des jugoslavischen und italienischen Imperialismus.*

Das untere Drau-Gailtal und das Kanaltal sind äußerst wichtige strategische Kommunikationslinien und Italien konnte nicht zulassen, daß das gefährliche Jugoslawien in den Besitz dieser «Tore nach Italien» kommen würde.

Der großdeutsche Imperialismus, welcher schon Jahrzehnte vorher, mit allen Gewaltmitteln um die Eroberung dieser Gebiete kämpfte, um die Slovenen auszurotten, lehnte sich damals an den italienischen Imperialismus. Italien fürchtete das schwache Oesterreich nicht so sehr, wie das militaristische Jugoslavien.

Nicht Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern militärisches Interesse waren die Gründe dieser Volksabstimmung. Für diese Interessen wurde damals das werktätige Volk Kärntens in einen gehässigen Guerilla-Kampf verwickelt, man hetzte Deutsche gegen Slovenen und Slovenen gegen Deutsche!

Wie schon im Jahre 1914, wo die Sozialdemokratie, gleich mit den anderen nationalistischen Parteien für den Krieg gegen die Russen und Serben hetzte, so blieb diese Partei dem Verrate treu auch in den Jahren 1918 - 1920 in Kärnten. Damals wollten die Arbeiter und *Bauern die Kriegsschuldigen, die Henker von Millionen von Opfern zur Verantwortung ziehen, die Großgrundbesitzer enteignen und den werktätigen Bauern den Grund und Boden übergeben, damals wollte das Proletariat die Fabrikanten und Bankiers zum Teufel jagen, aber die sozialdemokratischen Führer haben dies verhindert, sie haben durch Verrat und Betrug den Kampf der Arbeiter und Bauern mit Absicht auf den falschen Weg geführt und dadurch die Schuldigen der heutigen Not, die kapitalistische Meute, gerettet.*

So die österreichische wie auch die jugoslavische Sozialdemokratie. Die österreichische Sozialdemokratie marschiert auch bei der jetzigen Plebiszithetze an der Spitze, sie will damit die Verelendung des werktätigen Volkes sowie die gährende Unzufriedenheit der Slovenen und Deutschen verschleiern. *Sozialfaschistische und kapitalistische Führer fahren in geschmückten Automobilen durch das arme Land um die nationale Kriegshetze neuerlich zu entfachen.*

(53) Zit. aus Progresivna Slovenija, Trst ... Seite 131 - 134

Slovenen Kärnten's, Deutsche Kärnten's!

Wir wissen, daß Eure wirtschaftliche und soziale Lage elendig ist! Wir wissen, daß es Euch Slowenen national und kulturell unter der sogenannten „demokratischen Republik" schlechter geht als unter dem monarchistischen Blutregime. Man gewährt Euch keine Schulen, man hat aus den Staatsämtern die slowenische Sprache vollkommen verdrängt und dieselben mit deutschfaschistischer Beamtenschaft besetzt. Wir wissen, daß der kriegshetzerische Heimatdienst mit Hilfe von öffentlichen Geldern die slowenischen Bauernhöfe für die deutschen Herrenbauern auf dem Wege von spottbilligen Exekutionen erwirbt, um dadurch die slowenische Minderheit vollkommen auszurotten.

Slovener, die ihr für Jugoslavien gestimmt habt! Ihr dürft Eure Rettung nicht im Anschluß an das heutige Jugoslavien suchen! In diesem Staate will der großserbische Imperialismus auch die eigenen Völker wirtschaftlich zugrunderichten, er will die Slaven, die Kroaten und andere Minderheiten vernichten.

Slovener, die ihr für Österreich gestimmt habt, in der Überzeugung in der Republik ein besseres Dasein in der Erfüllung Eurer wirtschaftlichen und nationalen Forderungen zu finden, auch Ihr seid enttäuscht! Aus den Versprechungen ist nicht nur nichts geworden, sondern die Lage wurde immer unerträglicher. *Aus der sogenannten Volksrepublik wurde mit Hilfe der Sozialdemokratie eine faschistische* Republik. Ihr seht, daß der Kapitalismus keinen Unterschied zwischen den Slovenen und den deutschfreundlichen Slovenen macht! Nun sind die Faschisten aller Richtung an der Arbeit, auch Kärnten und Österreich in den kommenden Krieg einzubeziehen. Kärnten soll von diesen Faschisten als Kriegsschauplatz vorbereitet werden.

Nur eine Rettung gibt es für das werktätige Volk Kärntens, für Deutsche und Slovenen! Sturz der kapitalistische Regierung und Errichtung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung. Mit dem Sturze der kapitalistischen Regierung in Jugoslavien, Italien und Oesterreich ist eine nationale Befreiung der Slovenen möglich.

Nur durch den Sturz des kapitalistischen Systems überhaupt, durch die Errichtung der proletarischen Diktatur, kann eine wahre Befreiung der Arbeiter und Bauern aller Nationen kommen.

Für diese Befreiung der Völker, der Arbeiter und Bauern, kämpft nur die *Kommunistische Internationale.* Die Kommunistische Partei Österreichs ist die einzige Partei, die für diese Ziele kämpft. Sie wird gemeinsam mit den Kommunistischen Parteien Jugoslaviens und Italiens für die Slovener und für die Deutschen Südtirols die nationale und soziale Freiheit erkämpfen. Sie kennt keine deutschfreundlichen Slovenen oder slovenischfreundliche Deutsche, sie kennt nur deutsche und slovenische Arbeiter und Bauern. Auf Grund dieser Forderungen verlangt sie für die Kärntner und Slovener das Selbstbestimmungsrecht bis zur völligen Lostrennung vom österreichischen Staate.

Antwortet anläßlich dieser nationalen Hetze mit dem Anschluß an unsere revolutionäre Bewegung. *Reihet Euch ein in die Kommunistische Partei Oesterreichs und wählet kommunistisch! Damit protestiert Ihr gegen die nationale Unterdrückung und soziale Ausbeutung, damit protestiert Ihr gegen sozialdemokratischen Verrat.*

Nieder mit dem Sozial- und Nationalfaschismus!
Es lebe hoch - Sowjet-Oesterreich!
Es lebe hoch - Sowjet-Slovenien!
Heraus mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Südtirol!
Es lebe die Kommunistische Internationale!
Es lebe hoch der Bund der Europäischen Sowjetrepubliken!

Wählet am 9. November kommunistisch!

Kommunistische Partei Oesterreichs
Bezirksorganisation Kärnten

Eigentümer, Herausgeber, Verleger u.f.d. Inhalt verantwortlich: Johann Katzianka, Hilfsarbeiter, Loibl 23 bei Ferlach (Kärnten) Druck Adolf Blond Wien IX., Serviteng. 17.

Dieser Standpunkt fand auch Ausdruck in einer gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Österreichs, Jugoslawiens und Italiens im Jahre 1934. (54)

Erklärung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, der Kommunistischen Partei Italiens und der Kommunistischen Partei Österreichs zur Slowenenfrage (1934):

Durch die gewaltsame Aufteilung der slowenischen Nation auf zwei „siegreiche" Staaten, auf Jugoslawien und Italien, bei gleichzeitigem Belassen eines Teiles der Slowenen in Österreich, wurden die slowenischen Länder zu Punkten des nationalrevolutionären Kampfes der slowenischen Volksmassen, wie auch zum Boden heftiger imperialistischer Intrigen und Hetzereien, die mit Vorbereitungen auf einen neuen Krieg in Zusammenhang stehen. In der herannahenden Epoche der Revolutionen und Kriege kann die Slowenenfrage zu einem Hebel der Befreiungsrevolution der Arbeiter und Bauern werden oder aber ein Werkzeug der imperialistischen Konterrevolution. Daher erachten es die Kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Italiens und Österreichs als notwendig, daß sie ihren gemeinsamen Standpunkt zur Slowenenfrage erklären.

Die Kommunistischen Parteien Jugoslawiens, Italiens und Österreichs erklären, daß das Proletariat der drei genannten Staaten genau im Gegensatz zur Bourgeoisie in der Slowenenfrage gleiche gemeinsame Interessen hat, die mit den Interessen der unterdrückten slowenischen Nation völlig übereinstimmen. Der gemeinsame Standpunkt der Kommunistischen Parteien aller drei Staaten ist in der Slowenenfrage folgender:

1. Alle drei Parteien sprechen sich ohne Vorbehalt für das Selbstbestimmungsrecht der slowenischen Nation bis zu ihrer Lostrennung von den imperialistischen Staaten Jugoslawien, Italien und Österreich aus, die derzeit die slowenische Nation unterdrücken. Das selbe Recht auf Selbstbestimmung erkennen sie auch allen übrigen Nationen und nationalen Minderheiten (den Kroaten, Italienern, Deutschen), die im slowenischen Sprachraum leben, an.

2. In Anbetracht dessen, daß die slowenische Nation schon vor dem Weltkrieg getrennt in Österreich, Ungarn und in Italien lebte, daß sie schon jahrelang nach Befreiung und Vereinigung aller ihrer Teile strebte, daß sie nach dem Weltkrieg mit imperialistischen Friedensverträgen gewaltsam noch mehr zerstückelt wurde, in Anbetracht dessen, daß sie jetzt von der serbischen, italienischen und österreichischen faschistischen Bourgeoisie sowohl national unterdrückt und entnationalisiert als auch wirtschaftlich ausgenützt und ausgebeutet wird, erscheint es der KPJ, KPI und KPÖ als notwendig, ihre Hauptparole der Selbstbestimmung mit dem Recht auf Lostrennung von den in Frage kommenden Staaten zu ergänzen und durch die Parole des *Kampfes um die Vereinigung der slowenischen Nation* zu bestimmen. Die Kommunistischen Parteien aller drei Länder erklären, daß sie den revolutionären Kampf der slowenischen Nation für ihre Befreiung und Vereinigung bedingungslos unterstützen werden und daß sie für die Verwirklichung dieses Zieles auch tatsächlich kämpfen werden.

3. Die Kommunisten aller drei Teile Sloweniens (im serbischen, italienischen und österreichischen Teil) werden neben der allgemeinen Propaganda und Agitation auch in den Tageskämpfen den Kampf um die Verwirklichung der Befreiung und Vereinigung der slowenischen Nation mit dem Kampf für die Verteilung des Bodens der Großgrundbesitzer, der Kirche und der Klöster und für seine Zuteilung an Bauern mitsamt Inventar und ohne Entschädigung systematisch mit dem Kampf gegen die eigene Bourgeoisie *für die Errichtung der slowenischen Arbeiter- und Bauernmacht* verbinden. Diese Verbindung ist deswegen unumgänglich notwendig, weil die gesamte slowenische Bourgeoisie konterrevolutionär ist und weil die slowenische Nation ihre Befreiung und Vereinigung nur durch einen revolutionären Kampf unter der Führung der Arbeiterklasse und im Bündnis mit dem Proletariat der herrschenden Nation erreichen kann.

4. Ein Teil der slowenischen Bourgeoisie unterstützt unmittelbar die Bourgeoisie der herrschenden Nationen und ihr kapitalistisches Regime (in Jugoslawien die Demokraten und Bauernpartei). Die andern slowenischen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (in Jugoslawien und im österreichischen Teil Sloweniens die Slowenische Volkspartei,....) sind wegen ihrer nationalversöhnlerischen Politik die gefährlichste Stütze der herrschenden faschistischen Regime innerhalb der slowenischen Nation selbst, besonders aber unter den Bauern.....

Die selbe Rolle spielt auch die Sozialdemokratie ... In Österreich aber hat die Sozialdemokratie die Unterdrückung der Slowenen in Kärnten nicht nur nicht geleugnet, sondern hat die Slowenen als Regierungspartei selbst und im Bündnis mit anderen Bürgerlichen offensichtlich unterdrückt und gewaltsam entnationalisiert. ...

Die Kommunisten der herrschenden Nation (die serbischen, italienischen, österreichischen) werden ihren Kampf in der Slowenenfrage gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie für die bedingungslose und sofortige Befreiung und Vereinigung der slowenischen Nation richten. Sie werden mit allen Kräften den nationalen Befreiungskampf und die Tätigkeit nationalrevolutionärer Gruppen unterstützen. Nur der gemeinsame Kampf des werktätigen Volkes der slowenischen Nation und der herrschenden Nation wird den Erfolg und den Sieg über die Feinde und Unterdrücker gewährleisten.

5. Indem die Kommunisten ihren Standpunkt in der Slowenenfrage in die breitesten Massen der slowenischen Nation und der herrschenden Nationen tragen, sind sie sowohl gegenüber der unterdrückten slowenischen Nation als auch gegenüber den herrschenden Nationen (der serbischen, italienischen, österreichischen) verpflichtet, ihre Tätigkeit für die Verwirklichung ihrer Parolen in der nationalen Frage *hinzuführen auf die Vorbereitung und Entwicklung von Tageskämpfen der Massen gegen alle Formen nationaler Unterdrückung* von seiten der serbischen, italienischen und österreichischen Bourgeoisie. (Schließung slowenischer Schulen, Verfolgung und Zurückstellung der slowenischen Sprache, Literatur und Kunst; Steuerauspressung .... , wirtschaftliche Benachteiligung der national unterdrückten werktätigen Massen; Kolonisierungs- und Entnationalisierungsbestrebungen; (Dienen der Soldaten außerhalb des Heimatlandes usw.)

Diese Teilkämpfe müssen auf die revolutionäre Verwirklichung des Grundsatzes der Selbstbestimmung gerichtet sein, auf die Vertreibung des gesamten Eroberungsapparates. Nur mit der Entwicklung solcher alltäglicher Kämpfe gegen verschiedene Formen der nationalen Unterdrückung werden die Kommunisten fähig sein, den Einfluß der bürgerlichen und kleinbürgerlichen nationalversöhnlerischen Parteien aller Art unter den Massen der slowenischen Nation zu untergraben und diese Massen im Bündnis mit dem Proletariat der herrschenden Nationen und gemeinsam mit den nationalrevolutionären Bewegungen in anderen unterdrückten Ländern, in Kroatien, Mazedonien, Südtirol usw. hinzuleiten zum entscheidenden Kampf um die oben aufgestellten Hauptforderungen der Kommunisten in der Slowenenfrage.

Der beharrliche Kampf um die Verwirklichung dieser Parolen und Aufgaben ist besonders heute, am Vorabend neuer Revolutionen und Kriege, eine wichtige Aufgabe aller Kommunisten in Jugoslawien, Italien und Österreich.

April 1934.

Kommunistische Partei Italiens. Kommunistische Partei Jugoslawiens. Kommunistische Partei Österreichs.

(54) Zit. aus: Delo 1948 (theoretisches Organ der KPS, eigene Übersetzung)

Um den Standpunkt der damaligen Kommunisten verstehen zu können, ist es notwendig, noch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Zwischenkriegszeit einzugehen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in der Zwischenkriegszeit die slowenische Nationalität in Kärnten voll und ganz erhalten geblieben war und daß nach dem ersten Verschmelzungsprozeß in der Zeit von 1900 - 1913 kein weiterer vor den Fünfzigerjahren folgte.

Wie war also die Situation der Wirtschaft Kärntens und die soziale Lage der Slowenen in der ersten Republik?

Kärnten stellt in der 1. Republik wirtschaftlich gesehen ein geschlossenes Gebiet dar. Im Landesmaßstab war besonders der südliche Teil Kärntens zurückgestellt.

Vor allem aber war Kärnten nach der Wirtschaftsstruktur ein überwiegendes Agrarland. Dies folgte aus der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus in Österreich, wo von einer Erholung der Wirtschaft und von einer umfassenden Konjunktur nicht die Rede sein konnte. Die österreichische Wirtschaft war

vor allem durch eine anhaltende scharfe Absatzkrise und durch die Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung gekennzeichnet. (55) Dies hatte zur Folge, daß insgesamt in der 1. Republik das wirtschaftliche Wachstum stagnierte und ein Prozeß der *Reagrarisierung* einsetzte. Dies sieht man anschaulich an der Bleiberger Bergwerk Union in Kärnten (einer der größten Industriebetriebe), die in der Zwischenkriegszeit mehrmals geschlossen werden mußten und somit auch keine überschüssigen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft absorbieren konnten. Noch deutlicher sieht man die Agrarstruktur in Südkärnten selber. Als Beispiel sollen uns die Beschäftigtenzahlen im politischen Bezirk Völkermarkt/Velikovec aus dem Jahre 1939 dienen.

Hier waren 56,6% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig (als Vergleich dazu in Gesamtkärnten 37,3%),

in der Industrie, dem Gewerbe und dem Verkehr	5,6 % (28,6 %)
in öffentlichen Ämtern und Freiberufen	4,5 % (7,8 %)
im Handel und Verkehr	5,6 % (11,3 %)
und in anderen Berufen	8,9 % (19,9 %)

Die ganze 1 Republik hindurch steht in Südkärnten die Landwirtschaft im Vordergrund. Ausnahmen bilden einige Industriebetriebe, die die Krise der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts überlebten. Hervorzuheben sind ein Eisenindustriebetrieb in Ferlach/Borovlje mit 520 Arbeitern und ein solcher in Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu mit 281 - 300 Beschäftigten. Im Jauntal muß das Sägewerk Valentin Leitgeb erwähnt werden, das ca. 180 - 280 Arbeiter beschäftigte. (57)

Aus der überwiegend agrarischen Struktur ergibt sich notwendigerweise die überwiegend agrarische Bevölkerung. Daraus aber folgt:

Auf Grund der fehlenden Industrialisierung kommt es nicht zur Auflösung der relativ abgeschlossenen ländlichen Agrargesellschaft. Die nationalen Eigenheiten (Sprache und Kultur) der slowenischen bäuerlichen Bevölkerung bleiben unter solchen Bedingungen bestehen und konnten auch durch schärfsten politischen Druck und Unterdrückung nicht aufgelöst werden. Der Bauer verkehrte in seinem Bereich, dem Dorf, ausschließlich in slowenischer Sprache.

Es war richtig, daß die Kommunistischen Parteien Österreichs, Italiens und Jugoslawiens im Jahre 1934 am Selbstbestimmungsrecht der slowenischen Nation festhielten. Richtig, weil es sich um ein geschlossenes Territorium handelte und alle signifikanten Merkmale der historischen Kategorie Nation gegeben waren. Richtig, weil Südkärnten als Bestandteil der slowenischen Nation durch imperialistische Grenzziehungen zu Österreich kam, seinen abgeschlossenen Charakter aber beibehielt.

Als die österreichische Bourgeoisie auf Grund der weltweiten und österreichischen Entwicklung die Herrschaft nur mehr durch den Faschismus gewährleisten konnte, führte die nationale Unterdrückung und wirtschaftliche Ausplünderung zu einer neuen politischen Orientierung der Kärntner Slowenen, die sich in einer Zuwendung zur KPÖ ausdrückte. Sie fand ihren revolutionären Ausdruck im antifaschistischen nationalen Befreiungskampf im 2. Weltkrieg.

B.M. St., G.F.,
(wird fortgesetzt)

(55) Die österreichische Arbeiterbewegung vom Juli 1927 zum Feber 1934, Seite 23
(56) Siehe Anmerkung 43, Seite 130 - 131
(57) ebenda, Seite 129



Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen!

Das ZK des KB Österreichs hat beschlossen, den Artikel „Zur Bauernfrage", der im Sommer 1975 im theoretischen Organ des damaligen KB-Wien erschienen ist, einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen und ihn deshalb nachzudrucken.

Auf Grund der ungenügenden statistischen Aufzeichnungen des bürgerlichen Staates, wäre es nur bei einigen Tabellen möglich, sie zu aktualisieren. Eine solche teilweise Aktualisierung würde aber das Bild verzerren.

Trotzdem läßt sich sagen, daß die im Artikel aufgezeigten Tendenzen der Klassenspaltung auf dem Lande in den Jahren zwischen 1970 und 1975 sich nicht abgeschwächt, sondern sich vielmehr verschärft haben.

Der Prozeß der Entwicklung von kapitalistisch geführten Großbetrieben bei gleichzeitig fortschreitendem Ruin der kleinbäuerlichen Landwirtschaften ist weitergegangen. Allein von 1974 auf 1975 z.B., nahm die Zahl der selbständigen Betriebe bis zu einem Einheitswert von 50.000S (in diese Kategorie fallen der überwiegende Teil der Kleinbauern) um 2.200 (−4,5%) ab, während die Zahl der Betriebe über einem Einheitswert von 200.000S einen Zuwachs von 369 (+1,9%) erfuhren.

Einheitswertgruppen	Pflichtversicherte Selbständige 1974	1975
bis 50.000	51.459	49.257
über 50.000 bis 100.000	41.298	40.012
über 100.000 bis 200.000	34.480	34.179
über 200.000	19.566	19.935
	146.803	143.383

Quelle: Grüner Bericht 1975

Der Umstand, daß die Zahl der Betriebe insgesamt in diesem einen Jahr um 3.420 Betriebe oder 2,3% abgenommen hat zeigt, wie stark sich die Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Landwirtschaft entwickeln.

Dem ist noch hinzuzufügen, daß die Verschuldung der kleinbäuerlichen Wirtschaften sich in diesen Jahren genauso weiterentwickelt hat wie die zwar noch schwache, doch stete Umwandlung von selbständigen Kleinbauern zu Vertragsbauern für Agrarkonzerne.

Auf dieser Grundlage ist in diesem Jahr auch die Landflucht vorangeschritten. Zwischen 1970 und 1975 ist der Anteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen von 14,5% auf 10,9% gesunken. Daß der Rückgang der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen zwischen 1974 und 1975 etwas geringer war als der Durchschnitt der 10 vorangegangenen Jahre erklärt sich dadurch, daß die Unsicherheit des Arbeitsplatzes in der Industrie viele Kleinbauern davon abhält, ihren Hof aufzugeben, auch wenn Not und Arbeitsüberlastung schon fast unerträglich sind.

1.3.1977

I. Die Situation in der österreichischen Landwirtschaft

Die Differenzierung in der Landwirtschaft

Bei uns in Österreich hat sich auch in der Landwirtschaft der Kapitalismus voll durchgesetzt. Die Enteignung der selbständig kleinproduzierenden Bauern ist schon weit fortgeschritten und nimmt weiter zu. Die Bauernklasse, von der heute nicht mehr als Klasse zu reden ist, hat sich im wesentlichen in Großagrarier und kapitalistische Großbauern auf der einen Seite sowie in das Landproletariat und Halbproletariat auf der andern Seite gespalten.

Das ist eine Entwicklung, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollzieht und die in der Entwicklung des Kapitalismus ihre Ursachen und Wurzeln hat. Marx schreibt in den Theorien über den Mehrwert: *„Es ist denn auch das Gesetz, daß die ökonomische Entwicklung die Funktionen an verschiedene Personen verteilt, und der Handwerker oder Bauer, der mit seinen eigenen Produktionsmitteln produziert, wird sich entweder nach und nach in einen kleinen Kapitalisten verwandeln, der auch fremde Arbeit exploitiert oder er wird seiner Produktionsmittel verlustig gehen (dies mag zunächst geschehen, obgleich er ihr nomineller Eigentümer bleibt, wie bei Hypothekenwesen) und in einen Lohnarbeiter verwandelt werden. Dies ist die Tendenz in der Gesellschaftsform, worin die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht."*(1)

Wie dieser Prozeß in Österreich vor sich gegangen ist, zeigt die folgende Tabelle:

2ha haben ¼ der Bauern ihre Landwirtschaft aufgegeben. Bei den Betrieben von 2 bis 5ha bietet sich ein ähnliches Bild. Etwas schwächer ist der Rückgang bei den Betrieben in der Kategorie 5 bis 10ha. Die Anzahl der Großbetriebe konnte dagegen im selben Zeitraum leicht vergrößert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Großbetriebe heute wesentlich größere Flächen an Grund und Boden auf sich vereinigen als vor 25 Jahren. Zum Beispiel vereinigen die 351 Forstbetriebe, deren Besitzgröße die 1000ha Grenze überschreitet (das sind 0,1% aller Forstbetriebe) 1,214.987ha auf sich. Die übrigen 99,9% (insgesamt sind das 248.707 Betriebe) verfügen über 1,916.872ha. Das heißt in Prozentzahlen gefaßt: 38,8% des Waldbesitzes werden von 0,1% aller Besitzer auf sich vereinigt. Die übrigen 99,9% besitzen zusammen 61,2% des gesamten Waldbesitzes.(2)

Was drücken diese zahlen aus? Sie zeigen insgesamt, daß die Aussagen, die K. Kautsky, als er noch Marxist war, über die Entwicklung in der Landwirtschaft traf, auch für uns heute genauso treffen.

„Die gesellschaftliche Entwicklung geht in der Landwirtschaft in derselben Richtung, wie in der Industrie. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse wie die gesellschaftlichen Bedingungen drängen hier wie dort zum gesellschaftlichen Großbetrieb, dessen höchste Form Landwirtschaft und Industrie zu

(1) Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. In: Marx/Engels Werke (MEW), Berlin, Dietz-Verlag 1973, Bd.26.1., S.384

Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (nach Betriebsgrößen)

Betriebsgrößen	1951	1960	1970
bis unter 2ha	105.213	90.708	79.426
2 bis 5ha	102.687	90.708	77.942
5 bis 10ha	81.547	76.323	66.151
10 bis 20ha	76.874	76.077	72.212
20 bis 50ha	57.166	53.451	57.104
50 bis 100ha	8.083	8.231	8.500
100 bis 200ha	3.322	3.551	3.295
200 bis über 1000ha	2.976	3.237	3.072

1a)Tabelle aus: Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 1975 Wien: Verlag der Arbeiterkammer für Wien 1975, S.276

Seit 1951 hat es in der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich starke Veränderungen gegeben. In der Kategorie bis zu

2)Zahlen aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft, Wien, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs 1974, S.6

einer festen Einheit vereinigt."(3)

Dieser notwendige ökonomische Prozeß der kapitalistischen Zentralisation von Grund und Boden in der Hand weniger und die Verdrängung des historisch überholten Parzelleneigentums durch den großkapitalistischen Betrieb, mit dem die Proletarisierung der kleinen Bauern Hand in Hand geht, schafft die Bedingungen für das Bündnis der Kleinbauern mit dem Proletariat. Für ein Bündnis, das sich gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, die ja die Grundlage dieser Entwicklung ist, und auf die Erkämpfung des Sozialismus richtet.

Schon immer kamen sogenannte Marxkritiker, die sich die kompliziertere und langsamere Entwicklung in der Landwirtschaft (gegenüber der Industrie) nicht erklären konnten und „Theorien“ aufstellten, in denen behauptet wurde, daß die Realität beweise, daß der kleine sorgfältig und sparsam geführte Bauernhof dem im großen Maßstab geführten landwirtschaftlichen Betrieb überlegen sei und daß in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb die Zukunft vor sich habe.

Alle Vorstellungen und Illusionen von der Möglichkeit, den Kleinbetrieb zu erhalten, zielen darauf ab, zu beweisen, daß der Sozialismus in bezug auf die Landwirtschaft unmöglich sei. Mehr noch, sie beinhalten in der Tendenz auch die Aussage, daß der Sozialismus überhaupt undurchführbar ist, denn er hat ja die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel zum Ziel. Will man nun beweisen, daß in einem Bereich die Produktivkräfte nicht nach der Vergesellschaftung drängen, dann negiert man insgesamt, daß die modernen Produktivkräfte gegen die herrschenden Produktionsverhältnisse, die auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln beruhen, rebellieren und immer stärker auf deren Überwindung in der sozialistischen Produktion als geschichtliche Notwendigkeit zusteuern.

Die Überlegenheit des Landwirtschaftlichen Großbetriebes über den Kleinbetrieb

Vergleicht man die Organisation der Produktion beim landwirtschaftlichen Großbetrieb mit der beim landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, so springen die Vorteile des Großbetriebs gleich in die Augen.

Ein gutes Beispiel bietet allein schon ein Blick auf den Mechanisierungsgrad der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe:

Betriebe nach Größenstufen und Zugkrafttypen

Betriebsgrößenstufen in ha Kulturfläche	Betriebe	Von 100 Betrieben entfallen auf Zugkrafttypen: ohne eigene Pferde und Traktoren	nur mit Traktoren
unter 2	75.840	79,4	12,3
2 bis unter 5	71.034	50,9	41,5
5 bis unter 10	62.281	26,2	64,4
10 bis unter 20	73.464	12,2	74,7
20 bis unter 30	38.001	8,6	72,8
30 bis unter 50	24.412	10,2	64,1
50 bis unter 100	11.597	13,0 a)	51,9
100 und mehr	5.587	20,5	46,4 (4)

a) Hier muß berücksichtigt werden, daß es in der Größenordnung über 100ha sehr viele große Waldbesitzungen gibt, die nicht mehr mit Traktoren, sondern mit Lastwagen und Schleppkränen arbeiten. Der Mechanisierungsgrad dieser Betriebe ist so oft größer als bei andern Betrieben, worüber die Tabelle, die als Zugkrafttypen nur Pferde und Traktoren angibt, hinwegtäuscht.

Ein weiteres Beispiel für die Ausrüstung der Großbetriebe ist die Verteilung der Traktoren nach PS-Stärkeklassen auf die einzelnen Größenstufen landwirtschaftlicher Betriebe.

3) Karl Kautsky: Die Agrarfrage. Stuttgart, Verlag von I.H.W. Dietz Nachf.(Ges.m.b.H.) 1899, Reprint Graz 1971, S.300

4) Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1973, Wien, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 1974, S.10

Betriebsgrößenstufen in ha landwirtschaftlich genutzter Fläche	Von 100 Traktoren der PS-Stärkeklasse entfallen: bis 18 PS	18-30 PS	30-50 PS	über 50 PS
unter 10	68,9	40,8	19,7	5,4
10 bis 20	21,3	36,9	42,3	21,1
20 bis 30	5,9	13,3	21,2	27,1
30 bis 50	2,5	5,7	10,7	26,9
50 und mehr	1,4	3,3	6,1	19,5 (5)

Einbezogen werden muß in diesem Zusammenhang auch die Verteilung der Lohnarbeiter auf die Betriebe der verschiedenen Größenklassen.

Das ergibt in der Gesamtübersicht in Kärnten folgendes Bild:

Betriebsgrößenstufen nach der Kulturfläche	Familienfremde Arbeitskräfte	Betriebe
bis unter 5ha	761	10.697
5 bis unter 10ha	440	4.369
10 bis unter 20ha	688	5.453
20 bis unter 50ha	1.494	6.563
50 bis unter 100ha	990	2.287
100 bis unter 200ha	805	738
200 ha und mehr	2.837	315
		(6)

Zusammenfassend kann zu diesen Tabellen und Übersichten gesagt werden:

1) starke und gute Maschinen gibt es in den wenigen Großbetrieben in einer weitaus höheren Anzahl als in Kleinbetrieben.

2) Die kapitalistischen Großbetriebe können die gute maschinentechnische Ausstattung im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Lohnarbeit optimal ausnutzen. Etwas, was beim Kleinbetrieb vollkommen wegfällt.(Eine Ausnahme bilden hier in gewisser Weise hochspezialsierte Kleinbetriebe, wie Gärtnereien oder Baumschulen.)

3) Auch Wissenschaft und Forschung können vom Großbetrieb besser eingesetzt werden. Ein Kleinbetrieb muß seine Felder bebauen und kann sich auf Versuche nicht einlassen.

Zu diesen Vorteilen des Großbetriebs über den Kleinbetrieb kommen noch eine ganze Reihe anderer.

Der Großbetrieb ist nicht nur leichter in der Lage, teure Anschaffungen zu machen (Traktoren, Futteraufbereitungsmaschinen etc.), sondern er kann sie auch besser ausnutzen und früher amortisieren. Die Anschaffung eines Mähdreschers z.B. lohnt sich erst ab einer Mindestanbaufläche von 50ha.

Beim Kleinbetrieb dagegen gehen die Maschinen schon oft früher kaputt als sie abbezahlt sind.

Auch bei Einkäufen und Verkäufen ist der Großbetrieb im Vorteil, hat er doch die Möglichkeit des En-gros-Einkaufs (was durch Rabatte große Vorteile bringt) und der En-gros-Produktion, die rationeller ist und wodurch er niedrigere Preise vergeben kann. Die Großbetriebe diktieren auf diese Weise auch den Preis einer Menge agrarischer Produkte. Produkte von Kleinbauern, die oft nur händisch produzieren, kommen auf einen weitaus höheren Preis und müssen teurer verkaufen. So sind die Kleinbauern gegenüber dem Großbetrieb in der Konkurrenz eindeutig unterlegen. Wichtig ist auch die weitaus bessere Ausbildung der Arbeitskräfte eines Großbetriebs, die Möglichkeit des Großbetriebs, Arbeitskräfte heranzuziehen, die in der Leitung eines Betriebs und im Management beschlagen sind.

Dazu kommen beim Großbetrieb bessere Möglichkeiten der Marktbeobachtung, bessere kommerzielle Fähigkeiten, günstigerer Bezug von Betriebsmitteln, vorteilhaftere Absatzmöglichkeiten, weiters meist sehr günstige Geschäftsbeziehungen zu andern Kapitalisten und Beziehungen zu politischen Institutionen sowie Bankverbindungen, die es ihnen ermöglichen, zu günstigen öffentlichen Zuschüssen und billigen Krediten zu kommen. Die Vorteile des Großbetriebs gegenüber dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft drücken sich deshalb notwendigerweise auch beim Betriebseinkommen je nach Arbeitskraft in Prozenten aus:

Große Betriebe erzielen dabei pro Arbeits-

5) Ebenda, S.110

6) Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970, Landesheft Kärnten, Wien 1973, S.28

6a) Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1970, Wien, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, 1971, S.133

kraft ein weitaus höheres Betriebseinkommen als Kleinbetriebe. (Siehe folgende Tabelle)

ANTEIL DER BETRIEBE MIT EINEM BETRIEBSEINKOMMEN IN S ... JE ARBEITSKRAFT

(Ackerwirtschaften - Nordöstliches Flach- und Hügelland)

	bis 10.000	bis 30.000	bis 40.000	bis 60.000	bis 70.000	bis 80.000	darüber
10-20ha	9,1	27,3	24,3	9,1	3,0	3,0	-
20-50ha	3,7	5,6	14,8	9,2	14,8	13,0	22,2
50-100ha	-	9,7	-	9,7	16,1	12,9	45,2 (!)

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft

Die notwendige Entwicklung zum Großbetrieb brachte die sich schnell vollziehende Spaltung der Bauern in einerseits Großagrarier und Großbauern und andererseits arme Bauern, die entweder direkt ins Proletariat gestoßen werden oder noch eine Zeit als Arbeiterbauern ihr Leben fristen. Verstärkt wurde dieser Prozeß durch die seit dem 2.Weltkrieg ständig bestehenden Absatzschwierigkeiten für Agrarprodukte (die sich jetzt wiederum zuspitzen). Durch die zu andern Produktionszweigen verhältnismäßig niedrigen Löhne in der Landwirtschaft und durch die Erschließung des Arbeitskräftepotentials im landwirtschaftlichen Gebiet für die Industrie (besonders seit Anfang der 60er Jahre) haben in den vergangenen fünf Jahrzehnten ungefähr 1,5 Millionen Menschen der Landwirtschaft den Rücken gekehrt.

Das monatliche Durchschnittseinkommen eines Arbeiters in der Land-und Forstwirtschaft betrug 1973 4.348S gegenüber 5.071S eines nicht-landwirtschaftlichen Arbeiters. Das sind ungefähr 14,26% oder 1/7 weniger.(7)

Um die Jahrhundertwende betrug die Landbevölkerung 2,1 Mill.Menschen (das sind 34% der Gesamtbevölkerung). 1951 waren es nur mehr 1,5 Millionen (oder 22%). 1971 wurden nur mehr 0,8 Mill.Menschen als zur Landbevölkerung gehörig gezählt. Dies machte einen Prozentsatz von 11% aus. *„Laut letzter Volkszählung (1.Juni 1971) wurden in der Land- und Forstwirtschaft nur mehr 426.000 Erwerbstätige gezählt...*"(8) Die im jüngsten Monatsbericht erschienene Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts prognostiziert für das Jahr 1985 nur mehr 223.000 Erwerbstätige in der Landwirtschaft (das ist ⅓ weniger als 1975). Der Anteil des Agrarsektors an den Erwerbstätigen soll von 14% im Jahr 1971, bzw. 11% im Jahr 1975 auf 6,5% im Jahr 1985 absinken. Bis 1985 dürfte sich diesen Zahlen zufolge die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen um 4,5% pro Jahr verringern.(9) (Das waren von 1972 auf 1973 rund 18.000 Menschen, davon waren 15.000 Selbständige und deren Familienmitglieder.)

„Die bloße Tatsache der zunehmenden Landflucht nicht nur der Landarbeiter, sondern auch der Bauern, bezeugt bereits augenfällig eine Zunahme der Proletarisierung. Der Flucht der Bauern nach der Stadt geht aber nun notwendigerweise der Ruin voraus, dem Ruin seinerseits ein zäher Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit.... Das unabwendbare Ergebnis des Kampfes aber ist: Ausscheidung einer Minderheit wohlhabender, begüterter Besitzer... und wachsende Verelendung der Mehrheit....Das unabwendbare Ergebnis des Kampfes ist ferner die Bildung einer Minderheit kapitalistischer, auf Lohnarbeit beruhender Wirtschaften und wachsende Notwendigkeit für die Mehrheit, sich nach 'Nebenverdiensten' umzusehen, d.h. zu industriellen und landwirtschaftlichen Lohnarbeitern zu werden." (10)

Starke Entwicklung des Halbproletariats (Nebenerwerbsbetriebes) in Österreich

Was Lenin 1906 über die Kleinbauern, die sich nach „Nebenverdiensten" umsehen müssen, aussagte, ist heute zu einem vorherrschenden Phänomen in der österreichischen Landwirtschaft geworden.

In den Berichten über die Lage der österreichischen Landwirtschaft konnte man noch vor Jahren vergeblich nach Aussagen in bezug auf die Entwicklung der Nebenerwerbsbetriebe Ausschau halten. In den letzten Jahren hat die Tendenz zum Nebenerwerbsbetrieb auf der Grundlage der sich schnell entwickelnden Zentralisation in der Landwirtschaft jedoch derart sprunghaft zugenommen, daß die Bourgeoisie und der bürgerliche Staat dieser Entwicklung Rechnung tragen müssen, wollen sie die Versor-

7) Ebenda, S.126
8) Ebenda, S.6
9) Die Presse, Wien, 7./8.6.1975, S.8
10) W.I.Lenin: Die Agrarfrage und die „Marxkritiker", in Lenin Werke (LW), Berlin, Dietzverlag 1955, Bd.5 S.185f

gung mit landwirtschaftlichen Gütern aufrechterhalten und die Bewegung unter den vom Ruin betroffenen Kleinbauern unter Kontrolle behalten. Für die Bourgeoisie ist die Erhaltung des Nebenerwerbsbetriebs vor allem zur Bewahrung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum, insbesondere im Berg- und Grenzland und zur Erhaltung der Kulturlandschaft (dies ist besonders wichtig für die Erhaltung und den Ausbau des Fremdenverkehrs) sowie für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts von Bedeutung.

Im Bericht zur Lage der österreichischen Landwirtschaft wird die Situation der Nebenerwerbsbetriebe in Österreich kurz so umrissen:

„Als Nebenerwerbsbetriebe nach der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970 sind Betriebe zu verstehen, in denen das Betriebsleiterehepaar weniger als 50% seiner gesamten Arbeitszeit dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb widmet und zu mehr als 50% einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachgeht. Wie dem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1972 u.a. zu entnehmen ist, stellen auf Grund der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970 die 141.162 Nebenerwerbsbetriebe mit 39% der Gesamtbetriebe die zweitstärkste Betriebsgruppe dar. Sie betreuen 15,6% der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche und herrschen bereits in einigen Bundesländern - so im Burgenland, Vorarlberg und Kärnten - zahlenmäßig vor."(11)

Hier muß berücksichtigt werden: Diese Zahlen datieren aus dem Jahr 1970 und in den vergangenen fünf Jahren haben sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft so enorm geändert, daß man heute schon sicherlich mit 50% oder mehr an Nebenerwerbsbetrieben rechnen muß. Ins Kalkül gezogen werden müssen auch die Zuerwerbsbetriebe (Grad der Nebenbeschäftigung ist hier unter 50%), die 1970 43.801 Betriebe oder 12% aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachten. Schon 1970 ergaben die Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe zusammen 184.978 Betriebe, das sind rund 52% aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Berücksichtigt man die Voll- und Nebenerwerbsbetriebe in der Kategorie bis zu 20ha, so ergeben schon 1970 die Nebenerwerbsbetriebe 132.752 Betriebe gegenüber 96.662 bei den Vollerwerbsbetrieben. Bei den Betrieben über die Größenordnung von 20ha, die auch schon in den meisten Fällen kapitalistisch organisiert sind, wird in den allermeisten Fällen mit Fremdarbeitskräften produziert. Auf keinen Fall kann also davon die Rede sein, daß die selbständig, ohne Fremdarbeitskräfte produzierenden Kleinbauern die Mehrheit der österreichischen „Bauern" darstellt.

In einzelnen Bundesländern hatten schon 1970 die Nebenerwerbsbetriebe insgesamt die Überhand. So z.B. in Kärnten: Dort ergaben Neben- und Zuerwerbsbetriebe 12.725 gegenüber 12.678 Vollerwerbsbetrieben.

Berücksichtigt man die beabsichtigten Betriebsveränderungen bis 1975 in Kärnten, so ergibt sich folgendes Bild (bei den Betrieben unter 20ha):

Von den 5.022 Vollerwerbsbetrieben
werden bis 1975
201 vergrößern
90 verkleinern
4592 gleichbleiben
139 aufgeben

Von den 12.228 Nebenerwerbsbetrieben werden
117 vergrößern
248 verkleinern
11355 gleichbleiben
508 aufgeben

Von den 2.682 Zuerwerbsbetrieben werden
43 vergrößern
62 verkleinern
2539 gleichbleiben
38 aufgeben
(12)

11) Bericht über die Lage der österr. Landwirtschaft 1973, a.a.O., S.63
12) Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970, Landesheft Kärnten, a.a.O, S.52

Gliederung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (1970)

Größenstufen nach Fläche	Vollerwerbsbetriebe	Zuerwerbsbetriebe	Nebenerwerbsbetriebe
bis 2ha	8.854	6.201	59.576
2 bis 5ha	14.606	13.981	41.345
5 bis 10ha	28.900	11.518	20.907
10 bis 20ha	54.302	7.339	10.924
20 bis 50ha	51.592	3.730	6.209
50 bis 100ha	9.092	725	1.393
100 bis 200ha	2.708	210	468
200ha und mehr	989	97	355

Bei den Vollerwerbsbetrieben, die also aufgeben oder verkleinern, ist damit zu rechnen, daß sie entweder Proletarier oder Halbproletarier werden. Der Prozentsatz der Vollerwerbsbetriebe, der verkleinert oder aufgibt, beläuft sich auf 4,6%.

Unterjochung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft unter das Kapital

Der arme Bauer, der oft der Ansicht ist, sein „eigener Herr zu sein" und sich dafür von Jahr zu Jahr mehr abrackert und auch auf so manches verzichtet, um nicht in eine Fabrik arbeiten gehen zu müssen, ist in Wirklichkeit keineswegs sein eigener Herr und Meister.

Der kleine Bauer wird systematisch vom Kapital unterjocht und der kapitalistische Staat hilft dabei nach Kräften mit.

Es fängt schon damit an, daß der Kleinbauer, will er Grund und Boden dazu kaufen, gezwungen ist, Grund und Boden der Nachbarschaft oder nähergelegene Grundstücke zu kaufen. Andere Grundstücke sind für ihn meist nicht zu bewirtschaften. Das gibt dem Verkäufer meist die Gelegenheit, den Preis hinaufzutreiben, wodurch der Kleinbauer dann oft entweder verzichten muß oder gezwungen ist, sich gewaltig auszubrennen. Ähnlich verhält es sich bei einem Kredit oder einem Darlehen durch eine Bank zur Vergrößerung oder Stützung der Landwirtschaft. Der Kleinbauer hat meist durch die geringe Höhe des Kredits nicht die Möglichkeiten von Zinsvergünstigungen. Das Darlehen selbst wird auf den Boden gewährt, der als Pfand dient (Hypothek). Im Fall der Nichtbezahlung des Darlehens kommt es zur Zwangsversteigerung.

Aber nicht nur die Banken und der Wucher bedrohen die Existenz des kleinen Bauern. Besonders leidet er unter der sich immer weiter öffnenden Preis-Kosten-Schere, die sich aus der Disproportionalität zwischen den sich kaum erhöhenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte und den horrend steigenden Preisen bei den landwirtschaftlichen Investitions- und Betriebsmitteln ergibt.

Dazu schreiben die „Landwirtschaftlichen Mitteilungen" (Organ der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark):

Im Laufe des Jahres 1974 gingen die Preise der beiden Haupteinnahmequellen, nämlich Rinder um 30% und Blochholz um rund 40% zurück. Im Mittel stiegen sämtliche landwirtschaftliche Erzeugerpreise nur um 5,5% und lagen somit um 4% unter der gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate von 9,5%.

Während die Erzeugerpreise nur gering anstiegen, zogen die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel im Durchschnitt um 14% und für Investitionsgüter um 14,5% an."(13)

Tritt der Kleinbauer auf dem Markt mit den kapitalistischen Großbetrieben in Konkurrenz, dann zieht er zwangsläufig den Kürzeren. Gegen das konzentrierte Großkapital kann der zersplittert produzierende Kleinbauer nichts ausrichten. Er wird vom technisch entwickelteren und produktiveren Großbetrieb ausgestochen.

In einer andern Form vollzieht sich die Unterjochung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch die lebensmittelverarbeitende Industrie. In Gebieten Oberösterreichs z.B. verdingen Großfleischhauerein die Kleinbauern zur Schweinezucht. Diese Kleinbauern müssen sich genauestens an die Fütterungs-, Wässerungs-, Stallbau und Gewichtsvorschriften, die von der Firma aufgestellt werden, halten. Nur dann bekommen sie den vereinbarten Lohn. Werden die Schweine krank oder passiert sonst etwas, dann hat der Kleinbauer das volle Risiko zu tragen. Der Kleinbauer wird zum Heimarbeiter und hat nur mehr formal das Verfügungsrecht über Grund und Boden. Diese Form der direkten Vertragswirtschaft ist in Österreich noch nicht sehr breit entwickelt. Sie wird jedoch vom Staat vorangetrieben und dehnt sich sukzessive auf Obstbau, Gemüsebau, Weinbau aus. Vielfach sind die *Genossenschaften* solche Abnehmer und Verarbeiter landwirtschaftlicher Produkte. In manchen Gebieten sind solche Firmen (oder überhaupt die Genossenschaft) die einzigen Aufkäufer der armen Bauern. Diese Großbetriebe können dann ohne Weiteres den Preis nach Belieben senken, denn die Kleinbauern sind auf die Abnahme ihrer Produkte durch diese Firma angewiesen. Ein größerer Betrieb dagegen kann die Produkte entweder selbst verarbeiten oder diesem Erpressungsversuch so ausweichen, daß er eben woanders verkauft.

Die Firma Maresi z.B., ist in der Obersteiermark die Molkereigenossenschaft für das Ennstal und für weitere Teile der Steiermark. Wie die folgende Tabelle zeigt, verdienen die Molkereien und Molkereigenossenschaften bei Milchpreiserhöhungen, wie der letzten am 15.7.75, den Löwenanteil:

13) Landwirtschaftliche Mitteilungen, Zeitung der Landwirtschaftskammer der Steiermark, Graz 15.4.1975, S.1

	Die Molkereien zahlten den Produzenten für 1 Liter Milch I. Qualität, 3,2% Fettgehalt:	Der Verbraucher zahlte für 1 Liter Vollmilch mit 3,2% Fettgehalt in Plastikbeuteln:
1966	S 2,27	S 3,00
1967	S 2,27	S 4,00
1968	S 2,13	S 4,20
1969	S 2,17	S 4,20
1970	S 2,17	S 4,20
1971	S 2,36	S 4,50
1972	S 2,48	S 4,80
1973	S 2,56	S 4,80
ab 1.4.74	S 3,00	S 6,20
ab 15.7.75	S 3,25	S 6,80

Beim Kampf um Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte, die vom Bauernbund und vor allem von den Großbauern auf das Energischeste gefordert werden, lassen sich die Kleinbauern oft hinter den Karren der Großbauern spannen. Doch die Erhöhung der Erzeugerpreise bringt für den Kleinbauern bestenfalls eine Milderung seiner Notsituation und bedeutet ein kleines Almosen gegenüber den steigenden Investitionsgütern oder gegenüber den sonst steigenden Preisen. Für den Großbauern macht eine solche Erhöhung der Erzeugerprodukte gleich eine Menge aus. Er erhöht somit seine Konkurrenzfähigkeit und wird in der Folge noch besser in der Lage sein, massenhaft die kleinen Bauern zu ruinieren und deren Grund und Boden aufzusaugen.

Preiserhöhungen bei Produktionsmitteln können vom Großbauern durch En-gros-Einkauf und großzügige Kalkulations- und Steuerabschreibemöglichkeiten abgefangen werden. Für den Kleinbauern brechen sie mit aller Wucht herein und beschleunigen den Ruin der selbständig produzierenden Kleinproduzenten.

Diese Beispiele ließen sich fortführen. Als Ausweg aus dieser Ausplünderung durch Lebensmittelkonzerne, kapitalistische Genossenschaften und agrarische Großbetriebe bleibt dem Kleinbauern noch einige Zeit, wo er noch härter schuften muß, bis er schließlich doch gezwungen ist, die Landwirtschaft aufzugeben. Er wird Proletarier.

Schließlich sieht es für den Kleinbauern so aus, daß sich *„ihre Exploitation von der Exploitation des industriellen Proletariats nur durch die Form entscheidet. Der Exploiteur ist derselbe: Das Kapital"*(14)

Die einzelnen Kapitalisten exploitieren die einzelnen Bauern durch die Hypothek und den Wucher.

Können die Genossenschaften in unserer Gesellschaft den Ruin der Kleinbauern aufhalten?

Die Genossenschaften, als Interessensgemeinschaften der Bauern geschaffen, sind von der sich rasch entwickelnden Differenzierung in der Landwirtschaft nicht unberührt geblieben. Mehr denn je drückt sich heute auch bei der Betrachtung der Genossenschaften aus, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen und daß der Kleinbetrieb zum Untergang verurteilt ist.

Auf Grund ihrer ökonomischen und politischen Stellung haben sich heute in den Genossenschaften die kapitalistischen Großbauern und Großagrarier durchgesetzt. Finanziert werden die Genossenschaften jedoch hauptsächlich vom Kapital vieler kleinbäuerlicher Kleinaktionäre (Kapitalanteil ab 10.000S), denen die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaft halt noch grad mehr Vorteile bringt als die Nichtmitgliedschaft. (Z.B. ist ein Kleinproduzent, der ganz geringe Warenmengen verkauft, gezwungen, bei einer Genossenschaft Mitglied zu sein, weil er in einer abgelegenen Gegend kaum einen andern Abnehmer finden dürfte.)

Den großen Vorteil von der Genossenschaft haben aber die Großbauern und Großagrarier. Bei ihnen machen z.B. Rabatte und sonstige Vergünstigungen, die man über die Genossenschaften erzielen kann, eine Menge aus. Die Kleinbauern dagegen werden in vielen Fällen zu reinen Zulieferern der Großbauern. Der Preis ihrer Produkte wird möglichst gedrückt und so mit ihrem eigenen Kapital ihr Ruin beschleunigt.

Die Ursache des kapitalistischen Charakters der Genossenschaften liegt darin, daß genossenschaftliche Vereinigungen im Kapitalismus

14) Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich 1848-50, MEW, a.a.O. Bd.7, S.84

„überall in ihrer wirklichen Organisation alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren müssen“(Marx). Sie lassen *„unermüdlich kleinbürgerliche kapitalistische Verhältnisse entstehen, welche die Entwicklung der Kapitalisten begünstigen, sie in den Vordergrund schieben und ihnen den größten Gewinn sichern.“*(15)

In den Genossenschaften setzen sich die Großagrarier nicht nur deshalb durch, weil sie von den Vorteilen durch große Mengen am besten profitieren, sondern weil sie durch ihre im einzelnen vielfach höheren Kapitaleinlagen (in der Gesamtheit sind natürlich die Kapitaleinlagen der Masse der Klein- und Mittelbauern höher) auch am meisten zu reden haben. In den Vorständen wird man auch in den meisten Fällen Großbauern finden. Nur sie sind auch in der Lage, Zeit für diverse Ämter aufzuwenden, was bei einem Kleinbauern nicht möglich ist. So haben die Großbauern allein von ihrer Stellung in der Genossenschaft gute Geschäftsverbindungen, sie können Institutionen gut überblicken und alle günstigen Bedingungen für sich ausnutzen.

Oft bestehen Illusionen darüber, daß Genossenschaften „sozialistischen Charakter“ hätten. Das ist vollkommen falsch. Jeder Zusammenschluß von Privateigentümern an Produktionsmitteln kann unter den Bedingungen bürgerlicher Herrschaft nur der Vervollkommnung der kapitalistischen Profitwirtschaft dienen. „Sozialistischen Charakter“ kann so ein Zusammenschluß erst dann haben, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht erkämpft hat und unter ihrer Führung Maßnahmen zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel gesetzt werden.

Agrarpolitik des kapitalistischen Staates: Im Dienste der Großagrarier und Agrarmonopole

Die staatliche Agrarpolitik verfolgt im wesentlichen das Ziel, die Zentralisation des Grunds und Bodens in der Hand weniger voranzutreiben und eine „gesunde“ (d.h. kapitalistisch rationell geführte) Landwirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft zu schaffen, zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Der „Grüne Plan“ (ein größerer Rahmenplan zur Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft) wird jährlich auf der Grundlage des Berichts über die Situation der österreichischen Landwirtschaft erstellt. Er bietet für die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation und wie sie von staatlicher Seite vorangetrieben wird, ein gutes Anschauungsmaterial: Der „Grüne Plan“ hat sich beispielsweise für das Jahr 1973 folgende Schwerpunkte gesetzt:

„Ausbau und Entwicklung von Vollerwerbsbetrieben im Interesse einer kostengünstigen Versorgung dort, wo es möglich ist;

Festigung von Betrieben, wo es zur Erhaltung der Kulturlandschaft notwendig ist;

Förderung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen dort, wo das Einkommen aus dem eigenen Betrieb durch außerbetriebliche Arbeit im Weg des Zu- und Nebenerwerbs ergänzt werden muß.“

Erläuternd heißt es noch dazu: *„Die mit öffentlichen Mitteln finanzierten Förderungsmaßnahmen dienen vornehmlich dazu, die Eingliederung der landwirtschaftlichen Betriebe in eine moderne Volkswirtschaft zu erleichtern, sie zur Erhaltung der Kulturlandschaft zu festigen, die Vermarktung der agrarischen Produkte zu verbessern, den ländlichen Raum verkehrsmäßig zu erschließen und die Funktionsfähigkeit der Berggebiete zu erhalten.“*(16)

Der „Grüne Plan“ läuft seit 1961. Seit damals wurden bis 1973 8,6 Milliarden Schilling ausgeschüttet. Prozentmäßg verteilen sich die Posten folgendermaßen:

a) 42% für Verbesserung der Struktur der Betriebswirtschaft
b) 22% für Zinszuschüsse
c) 12% Verbesserung der Produktionsgrundlagen
d) 12% Verbesserung des Absatzes für land- und forstwirtschaftliche Produkte
e) 6% für das Bergbauernsonderprogramm
f) 4% für Landarbeiterwohnungen
g) 2% für Forschungszwecke (17)

Was darunter genauer zu verstehen ist und wem diese Investitionen nützen, sollen einzelne Details zeigen.

Sehr klar sagen schon die Kriterien zur *„Überprüfung der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit“* worauf der bürgerliche Staat als Sachwalter der Kapitalisten hinauswill: *„In Betrieben, die die alleinige oder überwiegende Einkommensgrundlage der Besitzerfamilie sind und in Zukunft bleiben sollen (Vollerwerbsbetriebe), ist mittels der geförderten Maßnahmen insbesondere die Erzielung eines Betriebsumfanges anzustreben, der nachhaltig die Erwirtschaftung eines Einkommens in befriedigender Höher ermöglicht.*

Bei Betrieben, deren Inhaber ihren Haupterwerb außerhalb des Betriebes haben oder anstreben (Nebenerwerbsbetriebe), hat sich die Förderung auf Maßnahmen zu beziehen, die eine Vereinfachung des Betriebes und eine Verringerung der arbeitsmäßigen Belastung der Besitzerfamilie zum Ziel haben.“(18)

15) W.I.Lenin: Über die Naturalsteuer, in LW, a.a.O., Bd.32, S.360f

16) Bericht über die Lage der österr. Landwirtschaft 1973, a.a.O., S.71

17) Ebenda, S.73

Das heißt im Klartext, daß große, lebensfähige Betriebe erhalten und gefördert, die Kleinbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe nur so weit landwirtschaftlich erhalten werden sollen, so weit das für die Wasser- und Energiewirtschaft, Fremdenverkehr und als Erholungsraum sowie für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts notwendig ist. Im Rahmen der oben skizzierten Schwerpunkte (a bis g) wurden 1973 von den 989 Millionen jeweils vergeben:

„Für Maßnahmen zur Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft wurden 1973 21,13 Millionen....zur Verfügung gestellt.“(19) Hier werden dann eine Menge von Forschungsprojekten (die wie schon vorne gezeigt wurde, in erster Linie Großbetrieben nutzen, weil nur sie in der Lage sind, die Ergebnisse nutzbar zu machen) aufgezählt. *„Außerdem“*, heißt es weiter, *„wurden für Investitionen in der Viehwirtschaft von 50 Darlehenswerbern rund 10,1 Millionen in Anspruch genommen.*

Für die Anschaffung von technischen Einrichtungen für Molkereien sowie für den Ausbau von Molkereien und Sennereien wurden Agrarinvestitionskredite in der Höhe von 9,1 Millionen Schilling....ermöglicht.“(20)

1969 wurde im Rahmen des „Gründen Plans“ ein Besitzstrukturfond eingerichtet, der *„freiwerdende* (bankrottgegangene) *Grundstücke vorsorglich zu kaufen oder zu pachten und der Aufstockung bäuerlicher Betriebe zuzuführen“* hat.(21)

1973 wurden nun 5.069ha angekauft und 951 Betriebe beantragten zur Grundaufstockung 124,4 Millionen Schilling an zinsverbilligten Darlehen.

Bei den Absatz- und Verwertungsmaßnahmen wird berichtet, daß *„die Absatzmaßnahmen für Weinbauprodukte 1973 eine Förderung mit rund 13,2 Millionen erhielt, so daß bei 14 Winzergenossenschaften innerbetriebliche Arbeitsvorgänge modernisiert und ausgebaut werden konnten.“*(22)

Oder: *„Der Bau oder Ausbau von Vermarktungseinrichtungen für den Viehabsatz, von Schlachtanlagen und milchwirtschaftlichen Betrieben, wurde auch 1973....gefördert. Dabei sind 20 Millionen Schilling an Agrarinvestitionskrediten für den Bau oder Ausbau einer Fleischwarenfabrik und eines Schlachthofes, 15 Millionen Schilling AIK für den Ausbau von Käsereien und Molkereien und rund 8,5 Millionen AIK zur Verbesserung des Viehabsatzes durch den Bau von Ställen und Kälbermastanlagen bereitgestellt worden.“*(23)

Als Großtat versucht der bürgerliche Staat sein Programm für Bergbauern zu verkaufen.

Was da für die kleinen Bauern herausschaut, zeigt das knappe Zitat recht gut: *„An Bergbauern wurden insgesamt mehr als 52,1 Millionen Schilling geleistet. Hiebei betrug der Zuschuß in der Zone I (schwierige Bewirtschaftungsanlage) 2000S, und in der Zone II (leichtere Bewirtschaftungslage) 1000S je Betrieb und Jahr. Der Bergbauernzuschuß kam 1973 35.478 Betrieben zugute.“*(24)

Die staatliche Agrarhilfe und die diversen Marktordnungen dienen den großagrarischen, kapitalistischen Betrieben, der lebensmittelverarbeitenden Industrie, der Fremdenverkehrsindustrie. Die landwirtschaftliche Betriebsführung der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe wird nur so weit gefördert, als damit die Siedlungsdichte erhalten und der Kulturraum gepflegt wird und werden muß (Fremdenverkehr).

Der Kleinbauer geht als Verfechter einer historisch überholten Produktionsweise unter, der kapitalistische Großbetrieb tritt an seine Stelle. Diese Tendenz zu fördern ist die Aufgabe der staatlichen Agrarpolitik.

Agrarpolitik der bürgerlichen Parteien

Insgesamt ist zu sagen, daß die bürgerlichen Parteien in bezug auf die Forcierung der Zentralisation in der Landwirtschaft eine ähnliche Politik verfolgen.

Die SPÖ als Regierungspartei weist stolz auf ihre Großtaten in bezug auf den „Grünen Plan“ hin und streicht ihn als „großen Erfolg“ heraus. Und er war es fürwahr: Für die Agrarmonopole und für die Großbauern. Gleichzeitig wurden jedoch durch die Maßnahmen des „Grünen Plans“ tausende Kleinbauern ruiniert, genauer gesagt, durch den „Grünen Plan“ wurde der notwendige Ruin der Kleinbauern immens beschleunigt.

In einem Artikel der „Neuen Agrarzeitung“ (Organ des Österreichischen Arbeiterbauernbundes/SPÖ) heißt es zum Thema landwirtschaftliche Strukturpolitik: *„Die durchschnittliche Betriebsgröße bei den Vollerwerbsbetrieben in den letzten Jahren hat sich um 3,5ha vergrößert, während die mittlere Größe der Zuerwerbsbetriebe*

18) Ebenda, S.81
19) Ebenda, S.73
20) Ebenda, S.74
21) Ebenda, S.75
22) Ebenda, S.76
23) Ebenda, S.76
24) Ebenda, S.79

auf 11,5ha abnahm und sich bei den Nebenerwerbsbetrieben eine kleine Zunahme auf 8,2ha vollzog. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft verfügt über ein Paket strukturpolitischer Maßnahmen und Gesetze, wobei im besonderen die 1956 eingeführte Besitzaufstockungsaktion sich bewährte....

Allein im Jahr 1974 wurden 5080ha für 910 Betriebe angekauft und hiefür vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 133 Millionen Schilling zinsverbilligte Darlehen bereitgestellt."(25) Dies entspricht genau der Linie, die sie 1968 festlegte: „*Nur jene Betriebe bzw. Betriebsgruppen sollen in die Förderung einbezogen werden, die als langfristig lebensfähig anzusehen sind.*"(26)

Die ÖVP, die in den Vertretungskörperschaften der Bauern die absolute Mehrheit hat und sie auch weiterhin behalten möchte, sowie die Kleinbauern als Stimmvieh auf ihre Seite bekommen möchte, kann bei ihren Zentralisationsbestrebungen nicht so offen vorgehen wie die SPÖ. Sie bedient sich dabei vor allem ihrer Position in Genossenschaften, Bünden und sonstigen Agrarinstitutionen, wo die ÖVP-Bonzen, meist selbst Großagrarier, den meisten Einfluß haben. Und während sie nach außenhin lautstark und meist sehr wortradikal (Minkowitsch) für die „Interessen der Bauern" eintritt, machen sie in diesen Gremien in Wirklichkeit eine Politik zum Nutzen der Großagrarier und ruinieren sukzessive die Kleinbauern.

Andrerseits spielen sie sich wortradikal als Vertreter der Bauernschaft auf, um bei Preis- und Subventionsforderungen auch die Kleinbauern auf die Straße zu bringen. In Wirklichkeit steuern die Kleinbauern mit solchen Aktionen nur früher ihrem unvermeidlichen Ruin zu: Die Großagrarier sanieren sich, die Kleinbauern schaffen die Konkurrenz nicht mehr und verschwinden von der Bildfläche.

Die KPÖ „*tritt für eine Preis- und Marktpolitik ein zum Nutzen der Arbeiter und Angestellten wie der* Bauern(sic, die Verf.) *ein....Als mögliche Sofortmaßnahme schlägt die KPÖ u.a. hier vor: Preisstop außer bei Grundnahrungsmitteln, Mieten und kommunalen Tarifen auch für alle Waren und Dienstleistungen, die für die bäuerliche Erzeugung heute unentbehrlich sind! Streichung aller Preisstützungen für Großagrarier! Dementsprechend mehr Mittel für die Anhebung der bäuerlichen Erzeugerpreise und für Rationalisierungszwecke der bäuerlichen Produktion! u.a.*"(28)

Wenn die KPÖ wüßte, welche Beträge jährlich für „*Rationalisierungszwecke der bäuerlichen Produktion*" ausgegeben werden und wie diese Ausgaben die notwendige ökonomische Entwicklung mit der Herausbildung von Großbetrieben auf der einen und dem Ruin der Kleinbauern auf der andern Seite vorantreibt! Gerade aber von dieser ökonomischen Entwicklung abstrahiert die KPÖ und verspricht „den Bauern" das Blaue vom Himmel. Wer das aber in der heutigen Situation macht, wo die Spaltung in Großagrarier hier und Halbproletariat und proletarisierte ehemalige Bauern dort, schon so weit fortgeschritten ist, der macht sich zum Wasserträger der Großbauern und Großagrarier.

Sowohl die SPÖ, als auch die ÖVP und die KPÖ streichen sich als „Interessensvertretung der 'Bauern'" heraus, sprechen von der Einheit aller „Bauern" etc. Wie falsch und verlogen diese Einheit ist, zeigt die reale ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft. Obwohl die Politik aller bürgerlichen Parteien auf einen direkten Betrug an den Kleinbauern und Arbeiterbauern hinausläuft, ist die Bindung der Halbproletarier und Kleinbauern an die bürgerlichen Parteien noch sehr stark. Ein Beispiel dafür ist die folgende Tabelle:

Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahlen (1970 bis 73)

	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Bauernbund	Arbeitsbauernbund	Allgem. Bauernv.	FPÖ
Insgesamt	723.639	597.443	493.585	57.279	34.627	9.980
			82,61%	9,58%	5,79%	1,67%

Mandate:	Bauernbund (ÖVP)	Arbeitsbbd. (SPÖ)	Allg. Bv.	FPÖ	Sonstige
	200	23	12	4	1

25) Landwirtschaftliche Strukturpolitik, in: Neue Agrarzeitung, Organ des Österr. Arbeiterbauernbundes, 31.Jhg., 17.5.75, S.5

26) Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft, AK-Wien 1968

27) Zahlen aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft, a.a.O., S.81

28) Franz Hager: Preis- und Marktgesetze - worum es wirklich geht, in: Weg und Ziel, 32.Jhg, Nr.10.Okt.74, S.397

29) Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: MEW, a.a.O, Bd.22, S.490

Die Kleinbauern werden die Perspektivlosigkeit des Kampfes auf der Seite der Großagrarier und auch die Perspektivlosigkeit der Versprechungen, die auf die Erhaltung des Kleineigentums abzielen, erkennen und in den Kämpfen, die sie auf der Seite der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat (gegen Steuerausplünderung, Zerstörung der Umwelt u.a.) führt, immer klarer die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung erkennen.

(Anmerkung: Die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien ist hier nur in aller Kürze abgehandelt. Sie muß sicherlich in weiteren kommunistischen Publikationen weitergeführt und vertieft werden.)

II. Die Politik der Kommunisten zur Gewinnung der kleinen Bauern und der Halbproletarier für das Bündnis mit der Arbeiterklasse

Damit das moderne Industrieproletariat seine Mission der Befreiung der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung erfüllen kann, muß es Führer aller ausgebeuteten Klassen und Schichten sein. Um seiner Führerrolle auch gegenüber den Kleinbauern und dem Halbproletariat nachkommen zu können, muß es auch den Klassenkampf aufs Land tragen und die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande in den Kampf zum Sturz der Bourgeoisordnung führen.

Die Landbevölkerung gliedert sich heute in Österreich in folgende Klassen und Schichten:

(Wenn nun im Anschluß an die Charakterisierung der einzelnen Klassen und Schichten Zahlen genannt werden, so sind das nur Richtzahlen, die Durchschnittswerte angeben und die auch sicherlich durch die Entwicklung in den letzten 5 Jahren teilweise überholt sind)

1. Das Landproletariat: Ist der direkte Klassenbruder des Industrieproletariats. Die ständigen Lohnarbeiter, Saisonarbeiter und Taglöhner verkaufen ihre Arbeitskraft an Agrarkapitalisten und kapitalistische landwirtschaftliche Betriebe. Sie haben wie das Industrieproletariat ein unmittelbares Interesse am Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und an der Erreichung der Diktatur des Proletariats und werden sich für dieses Ziel auf dem Lande am konsequentesten einsetzen.

Laut Volkszählung von 1971 waren von den 426.478 Berufstätigen in der Landwirtschaft 52.016 Facharbeiter und sonstige Arbeiter.

2. Das Halbproletariat (Arbeiterbauern): Sie wurden durch die ökonomische Entwicklung gezwungen, ihre Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, woher sie nun ihr Haupteinkommen beziehen. Ihre Parzelle war nicht mehr dazu imstande, ihnen den Lebensunterhalt zu sichern. Sie leisten nun einerseits Lohnarbeit, bleiben aber anderseits Eigentümer ihres Grund und Bodens, und haben von dort her das Interesse, ihr kleinbäuerliches Parzelleneigentum zu erhalten - auch wenn sie enormster Belastung ausgesetzt sind.

Viele von ihnen rechnen darüber hinaus noch damit, nach einer Übergangszeit wieder nur als Kleinbauern zu arbeiten. Sie fühlen sich meist mehr als Bauern, denn als Proletarier und halten sich aus diesem Grund oft von den Kämpfen im Betrieb abseits. Trotzdem gilt es für die Kommunisten, die Einheitsfront aller Arbeiter im Betrieb herzustellen und die Halbproletarier als Proletarier zu gewinnen, die in zweiter Linie Besitzer von Produktionsmitteln sind. In der Größenordnung von 10ha gab es schon 1970 von 205.888 Betrieben 121.828 Halbproletarier (Haupteinkommensquelle nicht die Landwirtschaft), das sind 55%.

3. Die Kleinbauern: Sind „*Eigentümer oder Pächter....eines Stückchens Land, nicht größer als er mit seiner Familie in der Regel bebauen kann und nicht kleiner, als was die Familie ernährt.*"(29) Sie sind Reste einer überholten Produktionsweise, die dem Untergang preisgegeben ist. Marx sagt dazu: „*Der unabhängige Bauer oder Handwerker wird in zwei Personen zerschnitten. Als Besitzer der Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter. Er zahlt sich also sein Salair als Kapitalist und zieht seinen Profit aus seinem Kapital, d.h. er exploitiert sich selbst als Lohnarbeiter und zahlt sich in dem surplus value den Tribut, den die Arbeit dem Kapital schuldet.*"(30)

Obwohl sie, um ihr Parzelleneigentum erhalten zu können, Mehrarbeit, Mangel an Luxus, Mangel an Bildung und Kultur etc., auf sich

30) Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, in: MEW, a.a.O., Bd.26.1, S.383

nehmen müssen, verteidigen sie oft mit Zähnen und Krallen dieses Parzelleneigentum und lassen sich oft von den Großagrariern zur „Erhaltung des Bauernstandes" auf die Barrikaden hetzen. Daß sie damit nur der Zentralisation in der Landwirtschaft Vorschub leisten und ihnen eine Preiserhöhung nur eine vorübergehende Milderung bringt, während sie auf lange Sicht ihren Ruin beschleunigt, ist ihnen meist nicht bewußt. Dies zeigt auch ihre noch starke Bindung an den Bauernbund.

1970 gab es in den Größenkategorien bis 10ha (Kleinbauern kann man bei uns in Österreich in den meisten Fällen in die Kategorie unter 10ha einordnen, Ausnahmen sind hier Baumschulen und Gärtnereien, die meist kapitalistische Betriebe sind, die oft mehrere Lohnarbeiter beschäftigen) von den 209.155 unter 10ha, 52.360 Betriebe, die selbständig und in erster Linie in der Landwirtschaft produzierten. Hinzu kommt hier noch ein großer Teil der 31.700 Zuerwerbsbauern, von denen in den letzten Jahren viele entweder zu Arbeiterbauern wurden oder überhaupt ins Proletariat gestoßen wurden.

4. Mittelbauern: Sind auch Eigentümer kleiner Parzellen. Sie sind aber meist in der Lage, über die Versorgung ihrer Familien hinaus einen Überschuß zu produzieren und beschäftigen oft (meist auf Dauer) Lohnarbeiter. Sie haben massive Interessen, ihre Landwirtschaft auszudehnen, damit sie auch nach rationellen kapitalistischen Gesichtspunkten betrieben werden kann.

Nach Zählungen von 1970 kann man ungefähr 50.000 bis 100.000 Mittelbauern rechnen, wobei der Übergang zu den Großbauern einerseits und den Kleinbauern andrerseits äußerst fließend ist (darum die große Spanne). Im Durchschnitt gesehen, kann man heute in Österreich die Mittelbauern über einer Betriebsgröße von 10ha ansiedeln.

5. Großbauern und Agrarkapitalisten: Sie sind ländliche Bourgeois und stehen im direkten Gegensatz zum Landproletariat. Gegen sie den schonungslosen Kampf aufzunehmen, ist eine wichtige Aufgabe des Landproletariats. In diese Kämpfe werden auch oft Halbproletarier und Kleinbauern einbezogen werden können.

Auf jeden Fall sind jene Bauern, die über einen Besitz von mehr als 50ha verfügen, zu den Großbauern zu rechnen. Das waren 1970 12.790. Man wird aber ihre Zahl insgesamt höher ansetzen müssen (ungefähr sind es um die 30.000) und bei den Mittelbauern dementsprechend niedriger, weil gerade zwischen diesen beiden Schichten die Grenzen sehr fließend sind. Nicht gerechnet sind hier die Agrarkapitalisten vom Schlage der Firma Maresi, Desserta etc.

Auf Grund der Analyse der verschiedenen Schichten auf dem Land müssen die Kommunisten ihre Politik ausrichten.

Die wichtigsten und konsequentesten Triebkräfte auf dem Lande sind die Landarbeiter. Unter ihnen Agitation und Propaganda für die sozialistische Revolution zu machen, sie zu gewinnen und zu organisieren ist von vorrangiger Bedeutung.

Nicht der Kampf um irgendwelche Baueninteressen darf im Mittelpunkt unserer Politik stehen, sondern die Gewinnung großer Teile der Landbevölkerung für den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Um diese Aufgabe leisten zu können, müssen wir unter den Landarbeitern und Halbproletariern sowie unter den armen Bauern Kenntnisse verbreiten über den Gang der Spaltung unserer Gesellschaft in zwei sich gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat. Wir müssen an jedem Beispiel erläutern, daß sich diese Spaltung auch auf dem Land immer mehr durchsetzt und diese Entwicklung immer deutlicher die Alternative stellt: Entweder auf der Seite der Bourgeoisie die revolutionären Bestrebungen des Volkes unterdrücken und in der Folge weiterhin unterdrückt zu sein, oder auf der Seite des Proletariats den Kampf um die Klassenziele des Proletariats aufzunehmen, um den Sturz der Bourgoisherrschaft, die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Zweck der Fortführung der Revolution zur klassenlosen Gesellschaft.

Auf dieser Linie müssen wir auf dem Land agitieren und die Massen in Kämpfen zusammenschließen. Damit diese Kämpfe von einer marxistisch-leninistischen Führung angeleitet werden, ist es unsere Aufgabe, *„selbständige, von den andern Gruppen der Landbevölkerung getrennte (politische wie militärische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche wie kulturell aufklärende) Organisationen dieser Klasse (des Landproletariats, die Verf.) zu schaffen..."*(31)

In den Anfangszeiten werden es kommunistische Zellen sein, in denen das Landproletariat politisch die Haupttriebkraft sein muß. Daneben gilt es, diejenigen Kleinbauern und Halbproletarier, die die Rettungslosigkeit der kleinen Bauern als Klasse im Kapitalismus erkannt haben und die von der Notwendigkeit des revolutionären Bündnisses mit dem Proletariat überzeugt sind, an die Zelle heranzuführen und schließlich zu organisieren.

„Wir können dem Bauer, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen, ebensowenig wie den kleinen Handwerksmeister, der sich als Meister verewigen will."(32) Denn gerade das Parzelleneigentum, der Privatbesitz an Produktionsmitteln, ist ja die Ursache des Ruins, in die der Kapitalismus die kleinen Bauern stößt.

„Hiernach also können wir nicht nur der Partei, sondern auch den Kleinbauern selbst keinen schlimmeren Dienst erweisen als durch Zusagen, die auch nur den Schein erwecken, wir beabsichtigten die dauernde Erhaltung des Parzelleneigentums. Das hieße den Bauern direkt den Weg zu ihrer Befreiung versperren....Es ist Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen, veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinn der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte."(33)

Natürlich werden wir dem Kleinbauer nicht nur an den Kopf werfen, daß er auf den Sozialismus warten soll. Wir werden ihn fallweise in seinen Kämpfen gegen die agrarischen Großbetriebe, gegenüber dem Staat oder gegenüber der verarbeitenden Industrie zur Erhöhung der Erzeugerpreise unterstützen. In diesen Kämpfen werden wir ihm aber klarmachen, daß eine solche Erhöhung der Erzeugerpreise seine Lage zwar vorübergehend mildern, aber nicht prinzipiell ändern kann. Wenn wir in solchen Kämpfen nicht darauf verzichten, ihm die Ausweglosigkeit seiner Lage und die Notwendigkeit vor Augen führen, sich hinter die Forderungen des Proletariats zu stellen, dann können wir solche Kämpfe getrost unterstützen.

Falsch und bauernfängerisch ist es dagegen, von dieser weiterführenden Perspektive abzusehen, die Kleinbauern nur auf den Kampf um „ihre Interessen" zu vergattern und sie beschwören, sie sollten auch die Arbeiter dafür gewinnen, weil sie dann nämlich mehr Chancen auf Durchsetzung dieser Forderung hätten. Gerade so stellt man den Kleinbauern nicht vor die Alternative: Proletariat oder Bourgeoisie. So bestärkt man ihn nur in seinem rückwärtsgewandten Bestreben, den Kleinbesitz als Relikt einer überholten Produktionsweise zu erhalten.

Zunehmend an Bedeutung gewinnen wird auch die Teilnahme der Kleinbauern und der Halbproletarier an den Volksbewegungen gegen den bürgerlichen Staat. Gerade die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat sowie die Zerstörung der Umwelt empören die Arbeiterklasse und die Volksmassen - darunter natürlich auch die Kleinbauern - immer mehr. Hier ist es unsere Aufgabe, die Volksmassen auf der Linie der allgemeinen demokratischen Forderungen zu mobilisieren und zu organisieren. Und in diesen Kämpfen werden wir auch den Kleinbauern und Halbproletariern helfen, sich hinter die Forderungen der Arbeiterklasse zu stellen und so das Bündnis mit der Arbeiterklasse real herzustellen. Hier werden sie auch die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung immer klarer erkennen.

III. Welche Perspektive eröffnet sich den Kleinbauern und Halbproletariern im Sozialismus?

Die Landwirtschaft im Sozialismus muß im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft gesehen werden. Die sozialistische Industrie wird sich in dem Maß mit der Landwirtschaft verbinden, in dem an die Stelle der Warenproduktion die Produktion durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft treten wird.

„Die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft....wird dann allgemeines Gesetz der gesamten gesellschaftlichen Produktion werden."(34) Natürlich wird das Proletariat nicht gleich bei der Machtübernahme diese Frage in ihrer Gesamtheit lösen können. Aber es werden die ersten Schritte zu dieser Entwicklung gesetzt werden. Schon Friedrich Engels macht in „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" die erste Anmerkung darüber, wie dies vor sich gehen soll: *„Und wie werden wir verfahren müssen am Tag, wo uns die Staatsmacht zufällt? Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keines-*

31) W.I.Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, in: LW, a.a.O., Bd.31, S.141

32) Friedrich Engels: a.a.O., S.499
33) Ebenda, S.501f
34) Kautsky, a.a.O., S.299

wegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen. Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß....wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren...., wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber den Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck."(35)

Hier lohnt es sich auch, auf die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zurückzugreifen:

Die kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Betriebe wurden nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Produktionsgenossenschaften zusammengefaßt, die durch die proletarische Staatsmacht „*aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus den reichen und mittleren Bauern den meisten Nutzen brachten, in Organisationen, die in erster Linie der Dorfarmut, d.h. den Proletariern, Halbproletariern, Kleinbauern usw., helfen werden.*"(36) Gleichzeitig werden schon die großen sozialistischen Staatsgüter entwickelt, die deutlich die Überlegenheit der Großbetriebe gegenüber dem Kleinbetrieb vor Augen führen sollten und so den Kleinbauern und Halbproletariern „Beispiel gaben", auch ihre Wirtschaften auf eine höhere Stufe zu heben. Die Fortschritte in der Industrie, die Entwicklung einer Schwerindustrie, waren wichtige Voraussetzungen für die Kollektivierung. Sie gewährleisteten erst die Ausstattung der Kollektive mit den notwendigen Maschinen. Weitere Maßnahmen bei der Machtübernahme in bezug auf die Landwirtschaft waren die Befreiung des Kleinbauern von der Zahlung des Pachtzinses, Befreiung von Hypothekenschulden und von den verschiedensten Formen der Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer und der Abhängigkeit von ihnen, unverzügliche Hilfeleistung für ihre Wirtschaft seitens der proletarischen Staatsmacht (Benützung von Maschinen, Gebäuden etc.)

Der Weg zur Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln ist jedoch ganz klar vorgezeichnet: Zunächst Überleitung in genossenschaftlichen Besitz, dann auf der Basis von Freiwilligkeit die Kollektivierung nach dem Muster der großen sowjetischen Staatsgüter. Das waren die Schritte zur sukzessiven Überwindung des Privateigentums und zum Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft.

Von diesen Aufgaben, die im Sozialismus sukzessive durchgeführt werden müssen, abzugehen oder sie nicht klar und eindeutig zu definieren, heißt in Opportunismus absinken und wird dem Bündnis der Arbeiterklasse mit den Kleinbauern und Halbproletariern sowie der Sache des Proletariats insgesamt nur abträglich sein.

Wir müssen hier fest an den Lehren des Marxismus festhalten „*seine Aufgabe* (die des Sozialismus, die Verf.) *ist vielmehr nur die Übertragung der Produktionsmittel an die Produzenten, als Gemeinbesitz. Sobald wir dies aus den Augen lassen, führt uns obiger Satz direkt in die Irre, nämlich dahin, daß der Sozialismus berufen sei, das jetzige Scheineigentum der kleinen Bauern an seinen Feldern in wirkliches zu verwandeln....*"(37)

Ähnliche Erfahrungen wie das russische Volk machte - wenngleich oft unter noch schwierigeren Bedingungen - das albanische Volk bei der Kollektivierung der Landwirtschaft. In einer Broschüre über die „*Landwirtschaft im Sozialismus*" sind die Aussagen der albanischen Arbeiter und Bauern über den Gang der Kollektivierung folgend zusammengefaßt:

„*Im 2. Fünfjahresplan (1955 bis 1960) wurde die Kollektivierung konsequent in Angriff genommen. Zuerst wurden die Ebenen, später das Gebirge kollektiviert....Das weitere Ziel bei der Entwicklung der Landwirtschaft und bei der Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land ist die Umwandlung der Genossenschaften in Staatsfarmen. In der Staatsfarm hat jeder Landarbeiter - wie jeder Arbeiter im Betrieb - seinen festen Lohn, seine feste Arbeitszeit.....*

Das Nahziel dieser Umwandlung ist der ständige rasche Anstieg der Produktion in den fruchtbaren Ebenen des albanischen Landes, das langfristige Ziel ist die Erhöhung des Grades der Vergesellschaftung, die Annäherung des Gruppeneigentums an das Volkseigentum, der Abbau der Unterschiede zwischen den beiden Formen des sozialistischen Eigentums: Genossenschaft und Staatsfarm.

Die Entwicklung zum vollständigen sozialistischen Eigentum vollzieht sich in mehreren Stufen: von der einfachen Dorfgenossenschaft zum Zusammenschluß mehrerer Dörfer und weiter zur Genossenschaft höheren Typs und schließlich zur Staatsfarm."(38)

Im Gefolge der Eigentumsformen in der Landwirtschaft zu immer höheren Formen des sozialistischen Eigentums und der Ausstattung

35) Engels: a.a.O., S.493

36) Lenin: Ursprünglicher Entwurf...., a.a.O., S.142

37) Engels: a.a.O., S.493

38) Sich auf die Landwirtschaft stützen, die Industrie entwikkeln, den Sozialismus aufbauen" In: Albanische Hefte, Hrsg: Gesellschaft der Freunde Albaniens, 3.Jhrg. Hefte 2, München, August 1974, S.5ff.

des Dorfes mit Schulen, Krankenstationen, Kindergärten, Kulturinstitutionen und Kinos werden auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land im Sozialismus Schritt für Schritt abgebaut. Die Landflucht wird bei der planvollen Entwicklung der Landwirtschaft im Rahmen der sozialistischen Gesamtwirtschaft bedeutungslos und schließlich vollkommen verschwinden. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land werden planvoll überwunden. Dieser Prozeß ist von großer Bedeutung für das Herankommen an die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus.

IV. Zu den Stellungnahmen von K.G. (Volksmacht 97/ April 75) und W.L. (Klassenkampf Feb.75)

Bevor ich nun auf die Stellungnahmen im einzelnen eingehe, nur kurz einige Bemerkungen zum Anspruch, den sich die verschiedenen Stellungnahmen geben: Die Stellungnahme von K.G. in der „Volksmacht" 97 ist ihrem Anspruch nach umfassender und geht auf einige Fragen der Politik der Kommunisten gegenüber der Landbevölkerung genauer ein.

Die zweite Stellungnahme von K.G. in der „Volksmacht" 101 ist die Antwort zu einem Leserbrief, in der K.G. einige Überlegungen, die er schon der „Volksmacht" 97 entwickelt hat, wiederholt und insbesondere auf die Gefahr von Abweichungen in der Bauernfrage hinweist.

W.L. faßt dagegen in einem relativ umfassenden Artikel, in dem die Bauernfrage nur kurz behandelt wird, den heutigen Stand der ökonomischen Entwicklung in der Landwirtschaft zusammen und skizziert die prinzipiellen Grundzüge der Politik des Proletariats gegenüber den Kleinbauern und Arbeiterbauern.

K.G. „Der Bauer ist kein Ausbeuter"

Schon der Titel der Stellungnahme von K.G. „*Der Bauer ist kein Ausbeuter*" geht vollkommen an den wirklichen Verhältnissen, die wir heute in Österreich vorfinden, vorbei. Sagt K.G. nicht im folgenden selbst, daß es da einen Unterschied zwischen Kleinbauern und Großbauern gibt? Er untersucht diesen Tatbestand in seinem Artikel nicht genauer und muß deshalb in der Folge zu falschen Einschätzungen (wie: Der Bauer ist kein Ausbeuter) und zu falschen Konsequenzen für die Politik der Kommunisten gegenüber der Landbevölkerung kommen.

Untersucht man dagegen die Verhältnisse etwas genauer, dann wird man feststellen müssen: Jährlich werden Tausende von Kleinbauern entweder direkt ins Proletariat gestürzt oder sie fristen in der Hauptsache durch Lohnarbeit ihr Leben und betreiben daneben ihre Landwirtschaft. Auf der andern Seite haben die Großbauern ihre Betriebe zu kapitalistischen Großbetrieben ausgebaut oder sind gerade dabei dies zu tun. Sie beuten in ihren Betrieben Lohnarbeiter aus; vielfach sind es ehemalige Kleinbauern, deren Landwirtschaft bankrott gegangen ist und die sich jetzt bei den kapitalistischen Großbauern als Lohnarbeiter verdingen.

Groß- und Kleinbauern sowie Halbproletarier in einen Topf zu werfen und heute von „den Bauern" oder „der Bauernschaft" zu reden, ist beim heutigen Stand der Verhältnisse ganz falsch und öffnet dem Opportunismus Tür und Tor.

K.G. schreibt: „*Für W.L. ist die Bauernfrage, welche es im Zuge des revolutionären Prozesses in Österreich zu lösen gilt, nur eine 'Randfrage'*"....und „*man* (gemeint ist W.L., die Verf.) *(stuft) die kleinen und mittleren Bauern als Besitzbürger (ein), und (glaubt) somit, sie auch als objektive Bündnispartner der Bourgeoisie zu erkennen. Keineswegs erkennt man in der werktätigen Bauernschaft einen Bündnispartner des Proletariats....*"(39)

Meiner Meinung nach wird hier W.L. eine ganze Menge unterstellt: W.L. spricht dagegen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses des ganzen unterdrückten Volkes. Bei ihm heißt es: „*Die Kommunisten müssen versuchen, die armen und halbproletarischen Bauern für das Proletariat zu gewinnen....*(40)

Niemand hat also die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Proletariat und den armen und halbproletarischen Bauern in Frage

39) K.G.: Der Bauer ist kein Ausbeuter, in: Für die Volksmacht, Nummer 97, April 1975, S.8

40) W.L.: Die kommunistische Bewegung tritt in eine entscheidende Phase: Überwindung des Zirkelwesens, Schaffung einer gesamtösterreichischen Kampforganisation, in: Klassenkampf, Februar 1975, 3.Jhrg. Nr.2, S.14

gestellt. Die Frage ist nur, *wie* das Bündnis hergestellt werden soll. W.L. sagt dazu, daß vom „Bauernstandpunkt" aus kein Weg zur Einheit, zum Zusammenschluß des ganzen unterdrückten Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat führt.

Zu dieser Position schweigt sich K.G. aus. Die Auseinandersetzung geht also um den Inhalt des Bündnisses zwischen Proletariat und den armen und halbproletarischen Bauern. In dieser Frage Klarheit herzustellen und *klare* Positionen herauszuarbeiten dient der Auseinandersetzung. Verdrehungen und Scheinangriffe, die von dieser Frage ablenken, dienen ihr nicht.

K.G. schreibt in seinem Artikel weiter: *„Der zahlenmäßig überwiegende Teil der österreichischen Bauernschaft, das sind die kleinen und mittleren Bauern, die für den Markt Lebensmittel produzieren, wird einfach mit ein paar Federstrichen 'wegtheoretisiert". Die Einschätzung des Gen. W.L. ist wohl eine Folge des fast vollständigen Fehlens einer* gegenwartsgültigen *Klassenanalyse des österreichischen Dorfes, welche als Betrachtungsgrundlage die* konkrete historische Situation *der österreichischen Bauernschaft nimmt.*"(42)

In meinen Ausführungen unter dem Punkt I habe ich das Gegenteil bewiesen und zwar auf Grundlage einer Analyse des Entwicklungsstandes der österreichischen Landwirtschaft und dies auch mit Zahlen belegt.

Berücksichtigt man die Voll- und Nebenerwerbsbetriebe in der Kategorie bis zu 20ha, so ergeben schon 1970 die Nebenerwerbsbetriebe 132.752 Betriebe gegenüber 96.662 bei den Vollerwerbsbetrieben. Inzwischen sind fünf Jahre vergangen. Schon 1972 gab es in Kärnten, Vorarlberg und dem Burgenland mehr Nebenerwerbsbetriebe als Vollerwerbsbetriebe insgesamt. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß in den Vollerwerbsbetrieben über 20ha meist mit Fremdarbeitskräften produziert wird. Auf keinen Fall kann also die Rede davon sein, daß die selbständig, ohne Fremdarbeitskräfte produzierenden Kleinbauern die Mehrheit der österreichischen „Bauern" darstellt.

K.G. dagegen verzichtet auf einen Beleg für seine Behauptungen und es erhebt sich der Verdacht, daß er auf eine konkrete Analyse verzichtet hat.

Auf Grund des Fehlens dieser Analyse schleichen sich auch gleich Fehler ein. K.G. geht die Frage des Bündnisses zwischen Proletariat und den armen und halbproletarischen Bauern im wesentlichen von den Kleinbauern an und nicht vom Proletariat. K.G. schreibt in der „Volksmacht" 97 auf Seite 9: *„....sein objektives revolutionäres Potential im Klassenkampf gegen die Ausbeuter besteht darin, daß seine Angehörigen als* Bauern und als Bündnispartner *an das revolutionäre Proletariat heranzuführen sind."*

Das ist falsch, weil nach dem bisher gesagten vom Bauernstandpunkt nicht die Einheit hergestellt werden kann. Ein solches Herangehen von den Kleinbauern her nützt den Kleinbauern nicht und vor allem nicht der revolutionären Sache.

Und es hat auch wenig Sinn immer nur zu sagen, daß man für das Bündnis ist, wenn man nicht klar angibt, was das inhaltlich heißt und wenn man zur Herstellung dieses Bündnisses nicht die Bedingungen dafür untersucht.

Was die Bedingungen dieses Bündnisses anbelangt, so kommt es nicht darauf an, festzustellen, daß *„es für die werktätige Bauernschaft keinerlei Privileg mehr bedeutet, Besitzer von Produktionsmittel wie Grund und Boden, Landmaschinen, Stallungen, Vieh usw. zu sein"* (42a) Sie sind nun mal Besitzer von Produktionsmitteln und es kommt darauf an, zu untersuchen, welche Probleme dieses Faktum für die Gewinnung der Kleinbauern und Halbproletarier mit sich bringt.

Stalin sagt dazu: *„Was ist es, das den Kleinbauern in Westeuropa an seine kleine Warenwirtschaft fesselte, fesselt und fesseln wird? In erster Linie und hauptsächlich das Vorhandensein einer eigenen Parzelle, das Vorhandensein des Privateigentums an Grund und Boden. Er hat jahrelang Geld gespart, um ein eigenes Stück Land zu kaufen, er hat es gekauft und es ist verständlich, daß er sich davon nicht trennen will, daß er eher bereit ist, jede Entbehrung zu ertragen, wie ein Wilder zu leben, nur um sein Stückchen Land, die Grundlage seiner individuellen Wirtschaft, zu behaupten.*"(43)

Und der zwieschlächtige Charakter des Kleinbauern hat auch in diesem Faktum, dem Besitz an Produktionsmitteln, seine Grundlage. *„Ganz so wird in der kapitalistischen Produktionsweise, der unabhängige Bauer oder Handwerker in zwei Personen zerschnitten. Als Besitzer von Produktionsmitteln ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter. Er zahlt sich also seinen Arbeitslohn als Kapitalist und zieht seinen Profit aus seinem Kapital, das heißt, er beutet sich selbst als Lohnarbeiter aus.*"(44)

Mißachtet man diese Stellung der Kleinbauern und Halbproletarier im Produktion-
bauern und Halbproletarier im Produktions-

42) K.G.; a.a.O., S.8

42a) Ebenda

43) J.Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik, in: Stalin Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1952, Bd.12, S.113

44) Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, a.a.O., S.384

prozeß und zieht man falsche Konsequenzen daraus, dann werden die Kommunisten als Avantgarde des Proletariats nicht in der Lage sein, die kleinen und halbproletarischen Bauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das bedeutet aber gleichzeitig, dem Proletariat nicht alle Mittel in die Hand zu geben, sich als Führerin des gesamten unterdrückten Volks zu konstituieren, damit im revolutionären Ansturm der bürgerliche Staat und die kapitalistische Ausbeuterordnung gestürzt werden.

Es bringt auch nicht viel, wenn die VRA in „Für die Volksmacht" 100/Mai 1975 auf Seite 15 schreibt: *„Für uns revolutionäre Bauern ....ist der 450.Jahrestag kein 'vergessener' Jahrestag.... Wir revolutionäre Bauern haben bäuerliches Geschichtsbewußtsein und wir pflegen revolutionäre Traditionen. Und die Erinnerung an den Bauernkrieg gibt uns die Kraft gegen das kapitalistische System.*"(45)

Hier hat man den Eindruck, daß einer schon revolutionär ist, wenn er ein Bauer ist. Um aber wirklich einen Kampf gegen das kapitalistische System auf revolutionärer Grundlage führen zu können, muß man die Bedingungen dieses Kampfes angeben. Wenn man es sich so leicht macht wie die VRA mit dem Zitat *„An Stelle der Ausbeutung durch die Feudalherrn ist die Ausbeutung durch die Kapitalisten getreten. Die Ausbeutung hat wohl andere Formen angenommen, aber im Wesen ist sie die gleiche geblieben"*, dann verkennt man vollkommen das Wesen des Kapitalismus und die Aufgaben des Proletariats beim Kampf um ein revolutionäres Bündnis mit einem bestimmten Teil des Volks. Wobei dieses Bündnis keinem andern Zweck dient, als der erfolgreichen Durchführung der nächsten Etappe der Revolution in Österreich, der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Im Feudalismus waren alle Klassen und Schichten, die gegen die Herrschaft der Feudalherren kämpften, revolutionär. Heute gibt es nur mehr eine revolutionäre Klasse, das Proletariat. *„Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeosie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ.*"(46)

Damit bricht man keinen Stab über Klassen und Schichten, sondern man geht materialistisch an die Sache heran. Und es hilft uns nichts, zu hoffen, daß die Kleinbauern und Halbproletarier revolutionär sind. Wenn wir wirklich Politik machen wollen, dann werden wir bald sehen, wie recht Lenin mit seiner Aussage hatte:

„Die Lage der kleinen Landwirte selbst verwandelt sie in der modernen Gesellschaft unweigerlich in Kleinbürger. Sie schwanken ständig zwischen Lohnarbeiter und Kapitalisten. Die Mehrheit der Bauern verelendet, verfällt dem Ruin und verwandelt sich in Proletarier, während eine Minderheit zu den Kapitalisten hinüberwechselt und die Abhängigkeit der Massen der Landbevölkerung von sich unterstützt. Deshalb ist die Bauernschaft in allen kapitalistischen Ländern in ihrer Masse bisher der sozialistischen Arbeiterbewegung ferngeblieben und hat sich an verschiedene reaktionäre und bürgerliche Parteien angeschlossen. Nur eine selbständige Organisation der Lohnarbeiter, die einen konsequenten Klassenkampf führen, ist imstande, sie dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreissen und ihnen die volle Ausweglosigkeit der Lage der Kleinproduzenten in der kapitalistischen Gesellschaft klarzumachen." (47)

Der Zusammenschluß des ganzen unterdrückten Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zielt auf den Sturz des bürgerlichen Staates und der Ausbeuterordnung ab und hat als Perspektive den Aufbau des Sozialismus in Österreich. Das heißt in der Folge sukzessive Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und zu diesem Zweck Umwandlung des Parzelleneigentums in großangelegtes Kollektiveigentum. Ist dem Kleinbauern und Halbproletarier dies bewußt und unterstützen sie trotzdem dieses Ziel, dann *„verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen."* (Marx)

Vernachlässigen wir diesen Inhalt des Bündnisses, dann betreiben wir plumpe Bauernfängerei und werden die Kleinbauern und Halbproletarier sicherlich nicht als dauerhafte Bündnispartner gewinnen können.

Und eine Aussage wie: *„....wir müssen ihr auch die Perspektiven in der zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft aufzeigen. Und zwar eine Perspektive als Bauern, als Genossenschaftsbauern...."*, die K.G. in seinem Artikel trifft und die nicht genauer angibt, was das heißt, ist gefährlich. Denn sie kann einem Kleinbauern nicht einsichtig machen, was der Sozialismus für ihn bedeutet und warum er sich diesem

45) „Vergessener" Jahrestag, in: Für die Volksmacht Nr.100, Mai 1975, S.15

46) Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd 4, a.a.O., S.472

47) W.I.Lenin: Bauernschaft und Arbeiterklasse, 1913, in: LW Bd.16 (zitiert nach: Marxistische Arbeiterschulung, Kursus: Politische Ökonomie, S.224)

Kampf anschließen soll. Einem fortschrittlichen Kleinbauern wird die Perspektive eines „Genossenschaftsbauern" eher skeptisch machen, wird er ja gegenwärtig von den kapitalistischen Genossenschaften nach Strich und Faden ausgenommen. Es kommt vielmehr darauf an, daß wir niemandem etwas vormachen und dem Kleinbauer begreiflich machen, daß der freiwillige Zusammenschluß in Genossenschaften (die im Sozialismus auch ganz anders ausschauen als in der kapitalistischen Gesellschaft) nur eine Stufe auf dem Weg der Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmittel ist.

Auch ich bin der Ansicht, daß *„das Suchen nach einer richtigen Einschätzung der Bauernfrage im Geiste des marxistischen Meinungskampfes vor sich gehen soll"*(48)

Aber das ist allemal eine inhaltliche Frage. Es ist hier nicht von Bedeutung, ob ein Kleinbauer oder ein Intellektueller Positionen vertritt. Geprüft muß werden, welche Position richtig und welche falsch ist, sonst werden wir keine richtige Politik unter den Massen der Landbevölkerung machen können.

Die Positionen von K.G. sind meiner Ansicht nach in vielen Punkten bloß Behauptungen, die nicht richtig und die nicht belegt sind. Einige seiner Aussagen sind sehr unpräzise und lassen auch opportunistische Lösungen offen. Vielfach werden ganz falsche Konsequenzen für die Aufgaben der Kommunisten gezogen. Daß solch falschen Konsequenzen in diesem und anderen Artikeln der „Volksmacht" kritisiert werden, hat nichts mit bürgerlicher Rechthaberei zu tun, sondern das ist notwendig, wenn wir eine Einheit in dieser Frage auf revolutionärer Grundlage herstellen wollen.

In der „Volksmacht" 101 führt K.G. für die VRA die Auseinandersetzung um die Bauernfrage weiter. In diesem Artikel wird einem Mittelschullehrer, der an die Volksmacht einen Leserbrief geschrieben hat, an den Kopf geworfen, daß er abweichlerisch an die Bauernfrage heranginge, daß er gegen das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Kleinbauern und Arbeiterbauern sei, daß die Intellektuellen ein noch viel verbürgerlichteres Bewußtsein als die „Bauern" hätten und sie deshalb vor ihrer eigenen Tür kehren sollen etc.

Und das alles, weil der Genosse es wagt, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterklasse die einzig revolutionäre Klasse in unserer Gesellschaft ist und daß die andern Klassen nur insofern revolutionär sind, sofern sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Außerdem belegt der Genosse Mittelschullehrer mit einem Leninzitat, daß die Kleinbauern von ihrer Stellung im Produktionsprozeß her schwankend und zwiespältig sind.

Der Genosse weist hier auf etwas ganz Richtiges hin und stellt auch implizit die Frage, wie man gegenüber den Kleinbauern und Arbeiterbauern eine richtige Politik macht, damit diese den Standpunkt des Proletariats beziehen. Auf diese Frage gibt K.G. jedoch auch in diesem Artikel keine Antwort.

Diese Antwort, also inhaltliche Positionen, interessieren uns aber. Gerade sie sind wichtig für die Auseinandersetzung unter den österreichischen Kommunisten. Beschuldigungen, die so weit reichen, daß man einem Genossen Lehrer sinngemäß sagt: Du Intellektueller, du hast genug Dreck am Stecken, kehre vor deiner eigenen Tür, oder Feststellungen, daß das Bündnis wichtig ist (was nie jemand bestritten hat) und die Intellektuellenfrage geklärt werden müsse sowie überhebliches Schulterklopfen à la *„Schau, lieber Genosse Intellektueller, so spricht ein revolutionärer Bauer mit euch"* bringen uns dagegen nicht weiter. Sie bringen höchstens ans Tageslicht, daß die VRA in der Bauernfrage noch sehr große Unklarheiten hat, die sie mit viel Geschimpfe auf die Intellektuellen übertünchen will. Auch lange Klassikerzitate, die dann aber nicht auf die Verhältnisse bei uns, hier und heute, angewandt werden, ändern nichts an diesen offensichtlichen Mängeln der VRA-Position zur Bauernfrage.

Der Artikel von W.L. erhebt nicht den Anspruch, genauer auf die Bündnispolitik des Proletariats gegenüber den kleinen Bauern und Halbproletariern einzugehen. Er faßt nur die Situation in der österreichischen Landwirtschaft zusammen und gibt in großen Zügen die Notwendigkeit, den Inhalt und die Form des Bündnisses zwischen Proletariat und den Kleinbauern und Halbproletariern an. Die Positionen, die er in seiner Stellungnahme zur Bauernfrage vertritt, halte ich im wesentlichen für richtig.

Die Auseinandersetzung um die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage muß weitergehen. Desgleichen müssen die österreichischen Kommunisten alles dransetzen, auf dem Lande eine kommunistische Politik zu beginnen, damit sie Erfahrungen sammeln, ihre Positionen in der Praxis überprüfen, um schließlich auch auf dem Lande mehr und mehr Menschen für den Kommunismus gewinnen zu können.

Hepu, Graz

48) K.G., a.a.O., S.10

Politisches Kommunique des Palästinensischen Nationalrates

Sitzungsperiode: Kamal Djumblatt *)

Zwischen dem 12. und 21. März 1977 tagte der Palästinensische Nationalrat, das höchste Entscheidungsorgan des palästinensischen Volkes. Die Delegierten der 3,5 Millionen Palästinenser, die unterdrückt in Palästina oder vertrieben in zahlreichen Ländern leben, bestätigten Yassir Arafat erneut einhellig als Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Nationalrates.

Die Bildung eines gemeinsamen Militärischen Oberkommandos aller Widerstandsorganisationen unter Leitung von Yassir Arafat wurde beschlossen und ein Plan für den nationalen Befreiungskampf soll ausgearbeitet werden.

Das politische Kommunique, das wir im vollen Wortlaut abdrucken, wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Der erfolgreiche Verlauf und Abschluß des Kongresses hat die Feinde des palästinensischen Volkes, Zionisten, Imperialisten und Sozialimperialisten in Unruhe versetzt und ihre durchsichtigen Manöver zur Zersetzung und Spaltung des palästinensischen Widerstandes bloßgestellt (siehe den Bericht im 'Klassenkampf' Nr. 7/1977).

So hat auch das Organ der österreichischen Regierungspartei, die 'Arbeiter-Zeitung', am 12. Februar in dicken Lettern gemeldet: „Wende in Nahost: PLO für Araberstaat neben Israel". Dazu erklärte ein Mitglied der Informationsstelle in Bonn nach seiner Rückkehr vom Nationalrat (Gespräch vom 21.3.77 mit der westdeutschen 'Kommunistischen Volkszeitung'): „Carter und der US-Imperialismus sind durch den hartnäckigen Kampf des palästinensischen Volkes gezwungen worden, zumindest von Rechten des palästinensischen Volkes zu reden. Wir kennen aber die Absichten des US-Imperialismus und Zionismus sehr genau. Für uns kommt ein Kleinpalästina von US-Gnaden nicht in Frage, schon gar nicht von Gnaden des zionistischen Gebildes.

Die PLO und der Palästinensische Nationalkongreß haben ganz klar das strategische Ziel des palästinensischen Volkes bekräftigt, den Aufbau des Demokratischen Palästina, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt und ohne Diskriminierung zusammenleben. Es kann keine Einigung in irgendeiner Form mit dem zionistischen Gebilde geben oder gar eine Anerkennung seiner Existenz." ... „Die Beschlüsse des Nationalkongresses weichen an keinem Punkt vom Nationalen Manifest der PLO und von dem politischen Programm ab." ... „Der palästinensische Nationakongreß und die Führung der PLO, allen voran der Präsident des Exekutivkomitees, Yassir Arafat, haben beschlossen, den unabhängigen demokratischen Staat auf jedem befreiten Teil des besetzten palästinensischen Bodens, der dem Feind entrissen wird, aufzubauen. Das Wort unabhängig möchte ich besonders hervorheben, d.h. Palästina als Provinz Jordaniens steht für uns nicht zur Debatte. Dabei ist vollkommen klar, daß die Befreiung jedes Zentimeters unseres Bodens nur das Ergebnis des Kampfes des palästinensischen Volkes um seine Heimat und für die volle Verwirklichung seiner nationalen Rechte sein wird." Ganz in diesem Sinne wurde das politische Kommunique beschlossen, das folgendermaßen lautet:

*) Nach der Ermordung von Kamal Djumblatt, dem Vorsitzenden der libanesischen Sozialistischen Fortschrittspartei, Führer der nationalen libanesischen Kräfte und Generalsekretär der „An der palästinensischen Revolution teilnehmenden arabischen Front", wurde diese 13.-Sitzungsperiode zum Gedenken an ihn nach seinem Namen benannt.

Ausgehend von der Palästinensischen National-Charta und den Beschlüssen der vorangegangenen Nationalräte und von den Beschlüssen und politischen Errungenschaften, die die PLO auf arabischer und internationaler Ebene nach dem 12.Palästinensischen Nationalrat erzielt hat, und nach der Einschätzung der aktuellen Entwicklung der Palästina-Frage, den Vormarsch des nationalen palästinensischen Kampfes in arabischen und internationalen Institutionen unterstreichend, bekräftigt der Nationalrat folgendes:

1. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß die Palästina-Frage den Kern und die Grundlage des arabisch-zionistischen Konfliktes darstellt; die UN-Sicherheitsratsresolution 242 ignoriert das palästinensische Volk und seine unveräußerlichen Rechte, deshalb bekräftigt der Rat seine Ablehnung dieser Resolution und Verhandlungen auf arabischer und internationaler Ebene auf der Grundlage dieser Resolution.

2. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, den bewaffneten Kampf und die damit zusammenhängenden Formen des politischen und des Volkskampfes fortzusetzen, um die nationalen Rechte zu verwirklichen.

3. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt, daß der Widerstand im besetzten Gebiet in allen Formen, militärisch und politisch, im Zentrum seines Kampfprogrammes steht. Auf dieser Grundlage kämpft die PLO um die Stärkung des bewaffneten Kampfes im besetzten Gebiet und die Stärkung aller Kampfformen, die ihn ergänzen. Der Palästinensische Nationalrat sorgt für die Bereitstellung aller Formen der moralischen Unterstützung unseres Volkes im besetzten Gebiet, um seinen Kampf zu verstärken und seinen Widerstand zu fördern bis zur Beendigung und Vernichtung der Besatzung.

4. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Haltung der PLO, alle Formen der kapitulationistischen amerikanischen Lösungen und alle Liquidierungsversuche abzulehnen; er bekräftigt die Entschlossenheit der PLO, jeglichen Lösungen auf Kosten der unveräußerlichen Rechte unseres Volkes entgegenzutreten, er fordert die arabische Nation dazu auf, ihre Verantwortung zu tragen und alle ihre Kräfte zu mobilisieren, um diesen imperialistisch-zionistischen Plänen zu begegnen.

5. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit und Notwendigkeit der nationalen Einheit - militärisch und politisch - zwischen den verschiedenen Organisationen der Revolution im Rahmen der PLO, da die nationale Einheit eine grundlegende Bedingung für den Sieg ist. Deshalb muß die nationale Einheit auf allen Ebenen koordiniert werden auf der Grundlage der Verpflichtung gegenüber diesen Beschlüssen und Programmen, die die Verwirklichung dieser Beschlüsse garantieren.

6. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der palästinensischen Revolution auf Präsenz auf dem Boden des brüderlichen Libanon - im Rahmen des Kairoer Abkommens und seinen Zusatzbestimmungen zwischen der PLO und den libanesischen Behörden. Er bekräftigt sein Festhalten an der wörtlichen Durchführung des Abkommens, einschließlich der Bewahrung der Stellungen der Revolution und der Sicherheit der palästinensischen Lager. Der Palästinensische Nationalrat lehnt jegliche einseitige Interpretation des Abkommens und seiner Zusatzbestimmungen ab; gleichzeitig bringt er seine Sorge um die Souveränität und Sicherheit des Libanon zum Ausdruck.

7. Der Palästinensische Nationalrat begrüßt das brüderliche heroische libanesische Volk und er bekräftigt, daß die PLO an der Einheit des Libanon festhält, an der Einheit seines Vol-

kes, seiner Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität und an seinem arabischen Charakter; er drückt seinen Stolz darüber aus, daß die PLO die Solidarität von diesem Volk erfährt, in ihrem Kampf für die Wiedergewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes, das Recht auf Rückkehr in seine Heimat. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt in aller Entschiedenheit die Notwendigkeit der Vertiefung der Einheit zwischen den libanesischen nationalen Kräften und der palästinensischen Revolution.

8. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Notwendigkeit der Stärkung der an der palästinensischen Revolution teilnehmenden arabischen Front und die Vertiefung der Einheit mit allen teilnehmenden Kräften in den arabischen Ländern; er bekräftigt die Notwendigkeit, eine bessere Formel des gemeinsamen arabischen Kampfes und der Unterstützung der palästinensischen Revolution zu finden, um den imperialistisch-zionistischen Plänen zu begegnen.

9. Der Palästinensische Nationalrat beschließt die Forcierung des arabischen Kampfes gegen Imperialismus und Zionismus für die Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete und auf der Grundlage der Verpflichtung zur Unterstützung der palästinensischen Revolution in ihrem Kampf für die Rückgewinnung der nationalen unveräußerlichen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes - ohne Versöhnung und Anerkennung.

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der PLO, ihren Verpflichtungen auf gesamtarabischer Ebene und von allen arabischen Gebieten aus nachzukommen, um das Land zu befreien.

11. Der Palästinensische Nationalrat beschließt die Fortsetzung des Kampfes zur Rückgewinnung der nationalen Rechte unseres Volkes, vor allem das Recht auf Rückkehr und Selbstbestimmung und das Recht auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Boden.

12. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit, die Zusammenarbeit und Solidarität mit den sozialistischen Ländern, den blockfreien Staaten, den islamischen Ländern und den afrikanischen Staaten, mit allen nationalen Befreiungsbewegungen zu festigen.

13. Der Palästinensische Nationalrat begrüßt die Staaten und demokratischen Kräfte, die den Zionismus als eine Form des Rassismus und seine Aggressionsakte bekämpft haben.

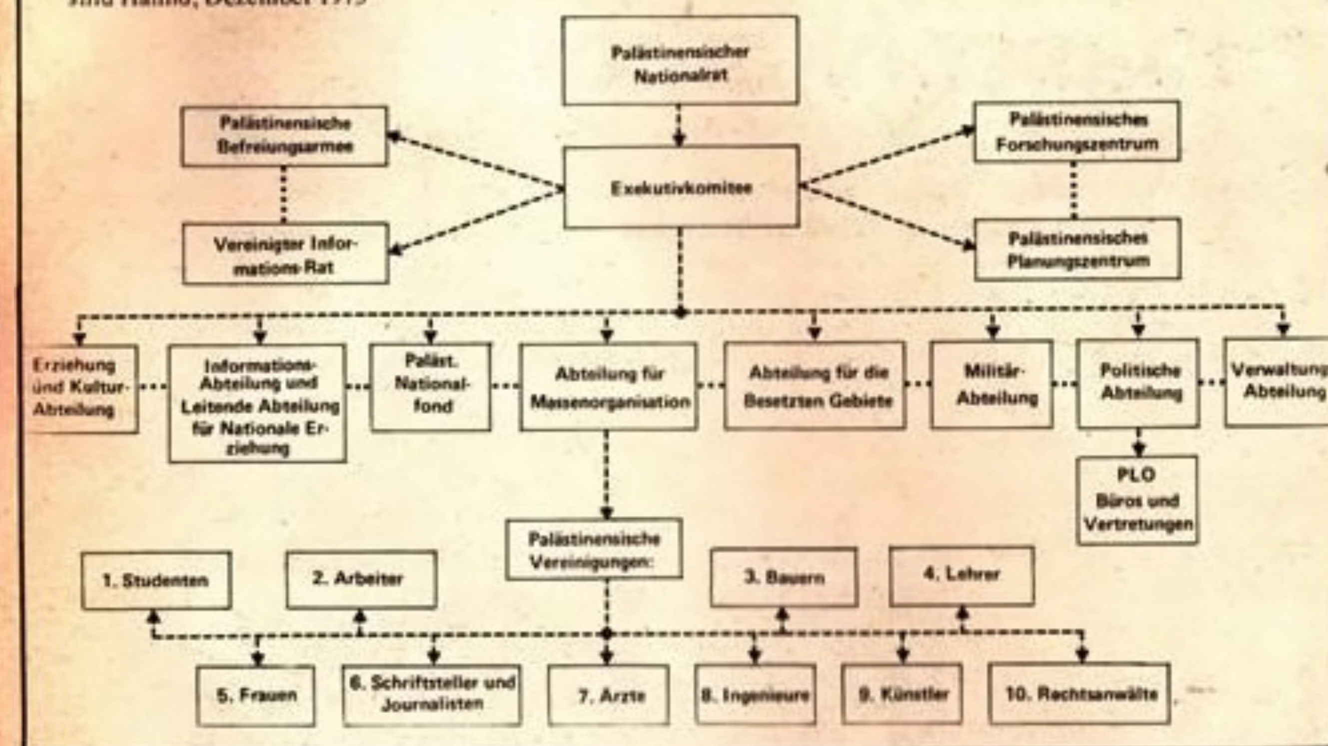
14. Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit der Beziehung und Koordination mit den jüdischen demokratischen und fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat, die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen; er ruft alle Staaten und Kräfte auf, die Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt wollen, alle Formen der Hilfe und Zusammenarbeit mit dem zionistisch-rassistischen System abzubrechen und die Kontakte mit ihm und seinen Institutionen abzulehnen.

15. Der Palästinensische Nationalrat - in Anbetracht der allgemeinen Errungenschaften, die auf arabischer und internationaler Ebene seit dem 12. Nationalrat erzielt worden sind - und nachdem der politische Bericht des Exekutivkomitees angehört worden ist, beschließt:

a) Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt das Recht der PLO auf Teilnahme in unabhängiger und gleichberechtigter Form an allen internationalen Konferenzen und Institutionen, die sich mit der Palästina-Frage und mit dem arabisch-zionistischen Konflikt befassen, um unsere unveräußerlichen nationalen Rechte, die von der UN-Vollversammlung 1974 in der Resolution 3236 bestätigt worden sind, durchzusetzen.

b) Der Palästinensische Nationalrat erklärt alle Lösungen und Regelungen, die die Rechte unseres palästinensischen Volkes berühren und in seiner Abwesenheit beschlossen werden, grundsätzlich für ungültig.

Alle politischen palästinensischen Organisationen nahmen, genau so wie die unabhängigen Vertreter an allen Sitzungen aller Ratsausschüsse teil. Die PFLP war mit dem politischen Kommunique nicht einverstanden, deshalb wurde eine Abstimmung durchgeführt. Es stimmten dabei 194 Vertreter dem politischen Kommunique zu, 13 stimmten dagegen.



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

P.b.b. Preis 5,-
Nr.8/2.Jahrgang 14.April 1977

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwärts beim Aufbau einer Kampffront gegen die Wehrgesetznovelle!

Der Charakter der Wehrgesetznovelle

Demokratisches Kampuchea: „Am 17.April 75 hat unser Volk seine Würde wiedergefunden".



„Gleitende Arbeitswoche": Regierung und Kapital bereiten weitere Aushöhlung der Arbeiterschutzgesetze vor

Was steckt hinter diesen Forderungen?

Abrüstungsverhandlungen gescheitert
Die Kriegsgefahr nimmt rasch zu

Klassenkampf - Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs. Herausgeber: Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs.
Der Klassenkampf erscheint 14-tägig.

Einzelpreis: 5,- Schilling
Jahresabonnement: 150,- Schilling
Halbjahresabonnement: 75,- Schilling

Ausland: Jahresabonnement: 224,- Schilling
Halbjahresabonnement: 112,- Schilling

Bezahlung nach Erhalt der ersten Nummer.
Zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt Heft 1/76

* Kommunistischer Bund Österreichs gegründet
  Gründungserklärung
* Die politische Lage in der Welt und in Österreich
* Die kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!
* Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs
* Beschluß des ZK zum Zentralorgan
* Spendenaufruf

Inhalt Heft 2/76

* Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne“ der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs
* Programmkritik der „Roten Fahne“
* Stellungnahme zur Programmkritik
* Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB
* Die Linie der VRA in der Minderheitenfeststellung - rechte Abweichungen vom Marxismus - Leninismus

Inhalt Heft 1/77

* Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt.
* Stellungnahme zur Programmkritik
  Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne“ (III. Teil)
* Südafrika: Es lebe die Bewegung des 16. Juni!
* Südafrika: Über die Einheitsfront
* Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Inhalt Heft 2/77

* Der Status der sogenannten Republik Südafrika
* Die revolutionäre Bewegung von heute und der Trotzkismus
* Vorbereitung und Charakter des II.Weltkrieges - Einschätzung und Kampf der Kommunistischen Internationale

zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien.

Preis: 25.-